



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

Übersetzen als ExpertInnentätigkeit unter besonderer
Berücksichtigung juristischer Fachtexte

Verfasserin

Jacqueline Weiß, BA

Angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, im Oktober 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 060 342 345

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Masterstudium Übersetzen Englisch Französisch

Betreuer:

Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Klaus Kaindl

Für meine Eltern

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Personen bedanken, die mich während der Entstehung meiner Masterarbeit unterstützt haben.

Mein Dank gilt meinem Betreuer Herrn Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Klaus Kaindl für seine fachliche Unterstützung und seine Geduld.

Ich bedanke mich bei meinen Eltern sowie meinen Freunden und Freundinnen, insbesondere bei Karin Janker und Bianca Schönhofer, für den wertgeschätzten seelischen Beistand.

Mein besonderer Dank gilt überdies Frau Mag. Bettina Rittsteuer für die Bereitstellung der in dieser Arbeit enthaltenen Rechtstexte, die eine praxisnahe Analyse ermöglicht haben.

Inhaltsverzeichnis

0. Einleitung	1
1. Übersetzen als ExpertInnenhandlung	3
1.1 <i>ÜbersetzerInnen und die Gesellschaft</i>	4
1.1.1 Translation aus Sicht der Gesellschaft und Imagepflege	4
1.1.2 Verantwortung, Ethik und Qualitätssicherung	5
1.1.3 ExpertInnenhandeln und ExpertInnenrollen von Risku	7
1.2 <i>Übersetzungsfähigkeit und Bilingualität</i>	9
1.3 <i>Kompetenzmodelle</i>	10
1.3.1 Das Modell der PACTE-Gruppe	11
1.3.2 Das Modell von Göpferich	14
1.4 <i>Teilkompetenzen der Translationskompetenz</i>	17
1.4.1 Sprach- und Textkompetenz	18
1.4.2 Kulturkompetenz und interkulturelle Kompetenz	19
1.4.3 Sach- und Fachkompetenz	21
1.4.4 Recherchekompetenz und Dokumentation	22
1.4.5 Kompetenz im Umgang mit Hilfsmitteln	23
1.4.5.1 Wörterbücher	24
1.4.5.2 Paralleltexte	25
1.4.5.3 Elektronische Hilfsmittel	26
1.5 <i>Allgemeine Translationstheorien und ihre Bedeutung für das Übersetzen von Rechtstexten</i>	27
1.5.1 Die Skopostheorie	27
1.5.2 Hermeneutik	28
1.5.3 Rechtsübersetzen - eine eigene Theorie?	30
1.5.4 Theorie und Praxis	30
1.6 <i>Zusammenfassende Bemerkungen</i>	33
2. Translationsprozessforschung	35
2.1 <i>Professionelles Übersetzen als bewusste Handlung und komplexes Problemlösen</i>	35
2.2 <i>Methoden der Translationsprozessforschung</i>	36
2.2.1 Methodenklassifizierung der Translationsprozessforschung	38

2.2.2 Erhebung verbaler Daten beim Online-Verfahren	39
2.3 Kognitive Aspekte des Übersetzungsprozesses.....	41
2.3.1 Intuition und Kognition beim Übersetzungsprozess	41
2.3.2 Die Automatisierung von Teilprozessen	44
2.4 Translationsprozessforschung und Rechtsübersetzen	45
2.5 Das Profil der RechtsübersetzerInnen.....	48
2.5.1 Die Rolle der RechtsübersetzerInnen	48
2.5.2 Das Wissen der RechtsübersetzerInnen.....	49
2.6 Zusammenfassende Bemerkungen	51
3. Rechtssprache und Rechtsübersetzen	52
3.1 Recht, Sprache, Kultur und Text.....	52
3.2 Rechtstexte und Typologien.....	53
3.3 Rechtssprache – ein Sonderfall?	55
3.3.1 Transdisziplinarität	56
3.3.2 Doppelter AdressatInnenkreis und Verständlichkeit von Rechtstexten	57
3.3.3 Unterschiedliche Rechtsordnungen und Rechtskreise.....	58
3.4 Syntax, Rechtsstil und Standardformeln.....	60
3.5 Terminologie der Rechtssprache	61
3.5.1 Fachsprachliche und gemeinsprachliche Terminologie	63
3.5.1.1 Reine Fachbegriffe	63
3.5.1.2 Hybride Begriffe.....	64
3.5.2 Unbestimmte Rechtsbegriffe	65
3.5.3 Systemgebundenheit der Rechtsterminologie	65
3.6 Rechtsübersetzung und Rechtsvergleichung.....	66
3.7 Funktion der Rechtsübersetzung	67
3.7.1 Für normative Zwecke.....	67
3.7.2 Für informative Zwecke	68
3.7.3 Vorwiegend für informative Zwecke	68
3.8 Übersetzungsstrategien	68
3.8.1 Funktionale und partielle Äquivalenz	69
3.8.2 Weitere Lösungsansätze	70
3.8.2.1 Lehnübersetzung	70
3.8.2.2 Verwendung des ursprünglichen Begriffs	71

3.8.2.3	Umschreibung	72
3.8.2.4	Bildung eines Neologismus.....	73
3.8.2.5	Prinzip des gemeinsamen Bedeutungsminimums	74
3.9	<i>Zusammenfassende Bemerkungen</i>	75
4.	Analyse eines angloamerikanischen Vertrages und seiner deutschen Übersetzung	76
4.1	<i>Wahl des Untersuchungsmaterials</i>	76
4.2	<i>Wahl der Analysekriterien</i>	77
4.3	<i>Analyse des Ausgangstextes</i>	78
4.3.1	Textexterne Faktoren.....	78
4.3.1.1	Fachgebiet, Textklasse und Textsorte	79
4.3.1.2	Bestimmung des geltenden Rechtssystems	79
4.3.1.3	EmpfängerInnen- und SenderInnenspezifika	80
4.3.1.4	Textfunktion	81
4.3.2	Textinterne Faktoren	81
4.3.2.1	Makroebene	81
4.3.2.1.1	Textaufbau und Textsegmente	81
4.3.2.1.2	Gliederungssignale	84
4.3.2.2	Mikroebene.....	85
4.3.2.2.1	Syntax.....	85
4.3.2.2.2	Stil	87
4.3.2.2.2.1	Die Formulierung von Rechten, Verpflichtungen und Verboten	87
4.3.2.2.2.2	Archaismen	88
4.3.2.2.2.3	Nominalstil und Attribute.....	89
4.3.2.2.2.4	Formelhafte Wendungen	89
4.3.2.2.2.5	Personeneinbezug.....	90
4.3.2.2.3	Terminologie	91
4.4	<i>Die Übersetzerin</i>	92
4.5	<i>Übersetzungsanalyse</i>	92
4.5.1	Übersetzungsauftrag und Funktion der Übersetzung	93
4.5.2	Makroebene	94
4.5.3	Mikroebene.....	94
4.5.3.1	Syntax.....	95
4.5.3.2	Stil	97
4.5.3.2.1	Die Formulierung von Rechten, Pflichten und Verboten	97

4.5.3.2.2	Nominalstil und Attribute.....	100
4.5.3.2.3	Formelhafte Wendungen.....	101
4.5.3.2.4	Passiv.....	102
4.5.3.3	Terminologie.....	103
4.5.3.3.1	Fachbegriffe.....	103
4.5.3.3.2	Übersetzung von Berufsbezeichnungen.....	103
4.6	<i>Zusammenfassende Bemerkungen</i>	104
5.	Conclusio	105
6.	Literaturverzeichnis	107
	Anhang I – Stock Award Agreement	119
	Anhang II - Übersetzung	125
	Abstracts - Deutsch und Englisch	131
	LEBENS LAUF	133

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Translationskompetenzmodell von 1998 (PACTE 2003)	12
Abb. 2: Überarbeitetes Kompetenzmodell (PACTE 2003).....	13
Abb. 3: Translationskompetenzmodell (Göpferich 2009).....	15
Abb. 4: Kompetenzentwicklungsmodell (Risku 2004)	33
Abb. 5: Translationsprozessforschung (Krings 2005).....	38
Abb. 6: Entwicklung der Übersetzungsstrategien (Šarčević 1997).....	49
Abb. 7: Die Komplexität von Rechtsübersetzungen (Sandrini 1999)	59

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Die Funktion von Rechtstexten (Wiesmann 2004)	54
Tabelle 2: Bestimmung des Rechtssystems.....	80
Tabelle 3: Obliegenheiten der Vertragsparteien.....	82
Tabelle 4: Definierte Begriffe	83
Tabelle 5: Zeitplan.....	85
Tabelle 6: Syntax: lange Sätze	86
Tabelle 7: Die Verwendung von „shall“	87
Tabelle 8: Die Verwendung von „may“	88
Tabelle 9: Die Verwendung von „may not“	88
Tabelle 10: Archaismen.....	89
Tabelle 11: Nominalstil und Attribute.....	89
Tabelle 12: Formelhafte Wendungen	90
Tabelle 13: Personeneinbezug.....	90
Tabelle 14: Fachbegriffe	91
Tabelle 15: Der Status der Übersetzung.....	93
Tabelle 16: Definierte Begriffe	94
Tabelle 17: Syntax: lange Sätze	96
Tabelle 18: Ausgangssprachliche Strukturen	97
Tabelle 19: Die Übersetzung von „shall“ 1	98
Tabelle 20: Die Übersetzung von „shall“ 2.....	99
Tabelle 21: Die Übersetzung von „may“	99
Tabelle 22: Die Übersetzung von „may not“	100
Tabelle 23: Nominalstil in der Übersetzung.....	101
Tabelle 24: Nomen und Attribute.....	101
Tabelle 25: Formelhafte Wendungen	102
Tabelle 26: Gebrauch des Passivs	102
Tabelle 27: Fachbegriffe	103
Tabelle 28: Die Übersetzung von Berufsbezeichnungen	104

0. Einleitung

Translation zählt zu den ältesten Tätigkeiten der Menschheit, eine Tätigkeit die schon vor tausenden von Jahren ausgeführt wurde und bereits in der Bibel Erwähnung findet. Es handelt sich um einen Beruf, der im Laufe der Zeit immer wieder einen Statuswandel erlebt hat und sich ständig zwischen Hochachtung, Unterbewertung und Unverständnis hin und her bewegte – eine Tatsache die auch heute noch zutrifft. Das Übersetzen wurde bereits als Handwerk, als Kunst oder schlicht als unmöglich bezeichnet und gewann im Laufe der Zeit stetig an Bedeutung. Aufgrund dieser Sachlage ist es mir ein Anliegen, Translation als vielschichtige und zumeist schwierige Profession darzustellen. Besonders wenn es um die Frage geht, welche Kompetenzen ÜbersetzerInnen benötigen, um ihren Beruf bestmöglich ausführen zu können oder darum, wer über diese notwendigen Kompetenzen verfügt, scheiden sich heute noch immer die Geister. Ist eine theoretische Grundlage nötig, wenn es in der Praxis offensichtlich auch ohne diese funktioniert? Wird eine einfache Tätigkeit von TranslationswissenschaftlerInnen komplizierter dargestellt als notwendig? Sind translati-onswissenschaftliche Theorien in der Praxis wirklich hilfreich? All diese Fragen werden immer wieder gestellt und sollen in dieser Arbeit thematisiert werden.

Die Unterbewertung dieser Berufsgruppe ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass Laien auf dem Gebiet der Übersetzungswissenschaft nicht dafür sensibilisiert sind, was der Begriff Übersetzen wirklich umfasst. Sie unterliegen oft der falschen Annahme, dass sich die translatorische Kompetenz rein auf Kenntnisse der Muttersprache und der jeweiligen Fremdsprache stützt, daher ist es nicht verwunderlich, dass ich, wenn ich nach meinem Studium gefragt werde und antworte, dass ich Übersetzen studiere, häufig mit folgender Frage konfrontiert werde: „Du studierst also nur Sprachen?“. Diese und ähnliche Reaktionen in meinem Umfeld verdeutlichten mir, dass viele das Studium der Translation einfach als eine Art „sehr langen und intensiven Sprachkurs“ sehen. Dieser Aspekt, gepaart mit weiteren, wie beispielsweise der Tatsache, dass Übersetzen in Österreich kein rechtlich geschützter Beruf ist, stellt professionelle ÜbersetzerInnen vor diverse Hindernisse. Sie treffen auf dem Arbeitsmarkt somit auf zahlreiche KonkurrentInnen, die lediglich über Sprachkompetenz und in vielen Fällen auch über diese nur eingeschränkt verfügen, was wiederum zu Dumpingpreisen führt. Oft werden auch Menschen die zwei- bzw. mehrsprachig aufgewachsen sind, mit professionellen TranslatorInnen gleichgesetzt, jedoch wie schon der griechische Philosoph Demokrit (460 - 370 v. Chr.) feststellte: „Es werden mehr Menschen durch Übung tüchtig als durch Naturanlage“. Bei genauerer Betrachtung dieses Zitats muss man sich jedoch auch zwangsläufig fragen, ob sich translatorische Kompetenz durch Übung, die rein sprachenpaarbezogen abläuft, entwickeln bzw. verbessern lässt. Dies würde bedeuten, dass eine universitäre Ausbildung eigentlich nicht unbedingt nötig wäre,

um Translationskompetenz zu entwickeln. Auch diese Thematik soll in den nachstehenden Kapiteln behandelt werden.

Während Laien generell in Bezug auf das Übersetzen meist die Sprachkompetenz überbetonen, so trifft dies im Bereich der Fachübersetzung oft auf die Fachkompetenz zu, ganz unabhängig davon, um welches Fachgebiet es sich handelt. Es kann davon ausgegangen werden, dass viele Laien TechnikexpertInnen mit Fremdsprachenkenntnissen eine höhere übersetzerische Kompetenz zuschreiben würden, als ÜbersetzungsexpertInnen mit Spezialisierung auf Technik – eine Einschätzung, die von den ExpertInnen des jeweiligen Fachgebiets selbst oft geteilt wird. Die Annahme, translatorische Kompetenz könne rein durch sprachenpaarbezogenes Lernen erweitert werden, würde somit auch hier eher für die FachexpertInnen und nicht für die TranslationsexpertInnen sprechen.

Die fortschreitende Globalisierung, besonders im wirtschaftlichen Bereich, die engere Zusammenarbeit von Unternehmen auf internationaler Ebene und viele andere Faktoren haben dazu beigetragen, dass auch das Übersetzen von juristischen Fachtexten immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Den Aufschwung, den die Rechtsübersetzung in den letzten Jahren erfahren hat, hängt im europäischen Raum vorwiegend damit zusammen, dass es wesentlich einfacher geworden ist, in anderen EU-Mitgliedstaaten zu arbeiten, und auch die Gründung von Unternehmen oder auch der Kauf von Liegenschaften verläuft zunehmend leichter. Aufgrund dieser Tatsachen befasst sich nun auch die Wissenschaft zunehmend intensiver mit dem Thema Rechtsübersetzung. Im Bereich der Rechtsübersetzung ist zu beobachten, dass er von JuristInnen dominiert wird, obgleich eine zukünftig noch engere Zusammenarbeit zwischen der Rechts- und der Sprachwissenschaft zu begrüßen wäre. Neben meinem Anliegen, Übersetzen als komplexen Begriff darzustellen, ist es mir ein Bedürfnis mich in diesem Zusammenhang näher auf das Übersetzen von juristischen Fachtexten zu beziehen. Dies ist zum einen auf mein persönliches Interesse an diesem Bereich und andererseits auf die Tatsache zurückzuführen, dass der Rechtssprache als Fachsprache sehr häufig ein Sonderstatus eingeräumt wird, der auf verschiedenen Gründen, auf die später näher eingegangen wird, basiert. In dieser Arbeit sollen die Spezifika der Rechtssprache sowie Probleme, die sich für ÜbersetzerInnen dadurch ergeben, behandelt werden. Im Praxisteil der Arbeit sollen diese Besonderheiten und Problemquellen systematisch anhand der Analyse eines Vertrages und seiner Übersetzung dargestellt werden. Im Anschluss an diese Analyse bleibt zu klären, welches Wissen ÜbersetzerInnen juristischer Fachtexte folglich benötigen und vor allem, welche dieser Kompetenzen JuristInnen und welche ausgebildete ÜbersetzerInnen besitzen. Die Kernfrage dieser Arbeit bleibt also: Welches Wissen und welche Kompetenzen sind für professionelles Übersetzen unerlässlich und wer besitzt sie?

1. Übersetzen als ExpertInnenhandlung

*A competent legal translator is first of all
a competent translator.*

- Deborah Cao

Es kann davon ausgegangen werden, dass Translation, trotz ihres großen Einflusses auf die Geschichte und auf die Entwicklung vieler Sprachen, noch nie von solch großer Bedeutung war wie in unserer heutigen Zeit. Die Zahl der zu übersetzenden Texte steigt stetig an, wobei neben gedruckten Texten vor allem auch Übersetzungen in elektronischer Form, beispielsweise für Webseiten, eine immer größer werdende Rolle spielen. Aufgrund dieser Entwicklungen kommt es in Bezug auf den Beruf der ÜbersetzerInnen sowohl zu einer erhöhten Professionalisierung als auch zu einem erhöhten Grad der Spezialisierungen, wie u. a. Lokalisierung oder Untertitelung (vgl. Dimitrova 2005:1). Auch im Bereich der Wirtschafts- und Rechtsübersetzung steigt der Bedarf an qualitativ hochwertigen Übersetzungen stetig an, was vor allem mit der Globalisierung und der engen Zusammenarbeit und Kooperation der Staaten – besonders jener der EU – in Zusammenhang steht.

Aufgrund dieser Gegebenheiten ist es besonders wichtig geworden zu verdeutlichen, dass Translation im Allgemeinen und Fachübersetzen im Speziellen Tätigkeiten sind, die im professionellen Rahmen von speziell ausgebildeten ExpertInnen durchgeführt werden sollten und eine einschlägige Ausbildung erfordern. In den nachfolgenden Kapiteln wird zunächst auf die Begriffe Fähigkeit, Kompetenz und Expertise eingegangen, da diese häufig synonym verwendet werden. Im Bereich der Translation entsteht diese synonyme Verwendung der Begriffe oft daraus, dass professionelles Übersetzen mit der Beherrschung einer oder mehrerer Fremdsprachen auf dieselbe Ebene gestellt wird.

Um Translation als ExpertInnenhandlung zu definieren, muss zunächst zwischen der grundsätzlichen Voraussetzung zu übersetzen, wie sie alle bilingualen Personen besitzen, und der Translationskompetenz professioneller TranslatorInnen unterschieden werden. Hönig (1995:25) spricht in diesem Kontext von der „Illusion der Natürlichkeit“ und lehnt jeglichen Vergleich zwischen professionellem Übersetzen mit Fremdsprachenkenntnissen ab: „Denn natürlich hat jeder Mensch, der auch nur ansatzweise über mehr als eine Sprache verfügt, die Fähigkeit, irgendwie zwischen diesen Sprachen zu vermitteln. Doch dies hat mit professionellem Übersetzen nichts zu tun [...]“ (Hönig 1995:25).

Es stellt sich also zunächst die Frage, ob jene Kompetenz, die notwendig ist, um professionell übersetzen zu können, sprachenpaarbezogen antrainiert werden kann oder, ob

gezieltes Reflexionstraining notwendig ist. Häufig wird diese von praktizierenden ÜbersetzerInnen, die jegliche Auseinandersetzung mit Translationstheorien ablehnen, als rein wissenschaftliches Getue empfunden, das mit der Praxis wenig zu tun hat. Es trifft jedoch nicht zu, dass sich diese ÜbersetzerInnen keiner Theorien, Regeln oder Normen bedienen – sie nutzen sie ständig, jedoch ohne Bewusstsein oder Reflexion.

1.1 ÜbersetzerInnen und die Gesellschaft

Jeder Berufsstand muss sich zwangsläufig damit auseinandersetzen, welche Pflichten und Rechte er hat und wo seine Verantwortungsbereiche liegen. Auch die Fragen, wie ein Berufsstand von der Gesellschaft gesehen wird und warum, und welche Aufgaben ihm von selbiger zugeschrieben werden, gilt es zu beantworten. Im nachfolgenden Kapitel soll zunächst behandelt werden, wie der Beruf der TranslatorInnen von der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, wodurch diese Sichtweise bzw. Einstellung gegenüber dieser Berufsgruppe entsteht und welche Möglichkeiten TranslatorInnen selbst haben, ihrem Berufsstand die nötige Anerkennung zu verschaffen.

1.1.1 Translation aus Sicht der Gesellschaft und Imagepflege

Die Art und Weise, wie der Beruf des Übersetzers und der Übersetzerin in der Gesellschaft wahrgenommen wird, stellt einen wichtigen Faktor dar. Es kommt häufig vor, dass diese Wahrnehmung von außen in der Praxis nicht so aussieht, wie es für professionelle ÜbersetzerInnen wünschenswert wäre. Der Öffentlichkeit ist die Komplexität der erforderlichen translatorischen Kompetenzen eher selten bewusst. Wäre das Übersetzen ein rechtlich geschützter Beruf, hätte dies möglicherweise Einfluss auf die Sichtweise der Gesellschaft, da es für potentielle AuftraggeberInnen oft schwierig ist zwischen professionellen und unprofessionellen ÜbersetzerInnen zu unterscheiden. Da dies jedoch nicht der Fall ist, liegt es an den ÜbersetzerInnen selbst, ihr Image in der Gesellschaft auf anderem Wege zu verbessern und ein generelles Bewusstsein dafür zu schaffen, dass es sich beim Übersetzen um eine ExpertInnentätigkeit handelt. Um das Image des eigenen Berufsstandes zu verbessern, versuchen Berufsgruppen Qualitätsstandards festzulegen und ihre Tätigkeiten systematisch darzulegen, um somit das Vertrauen der Gesellschaft in die Berufsgruppe herzustellen bzw. zu festigen (vgl. Kadrić/Kaindl/Kaiser-Cooke 2012:11). Kaiser-Cooke vertritt die Meinung, dass Translation der Öffentlichkeit als Wissenschaft bewusst gemacht werden muss und, dass Erkenntnisse dieser Wissenschaft für die Gesellschaft veranschaulicht werden sollten, um folgende Ziele zu verwirklichen:

- Wir machen klar, was Translation ist und wie viel Know-how dafür erforderlich ist.

- Wir können dadurch die Anerkennung – und damit auch die Entlohnung! – der Praxis (und der Theorie) steigern.
- Wir identifizieren den Bedarf der Wirtschaft an einer differenzierteren, effizienteren Arbeitsteilung.
- Wir eröffnen damit neue berufliche Perspektiven für die AbsolventInnen einer Translationsausbildung.
- Wir legitimieren dadurch auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit der translatorischen Praxis. (Kaiser-Cooke 2007:97, Hvbgl. i.O.)

AuftraggeberInnen, die entweder der Sprache des Zietextes oder des Ausgangstextes nicht mächtig sind, haben kaum die Möglichkeit, die Qualität von Übersetzungen zu überprüfen – eine Tatsache aufgrund derer oft Unsicherheit entsteht. Steht einem Patienten oder einer Patientin eine Operation bevor, kann er oder sie ebenso wenig beurteilen, ob der behandelnde Arzt oder die behandelnde Ärztin qualifiziert ist, wie KundInnen von ÜbersetzerInnen, „denn eine objektive Bewertung von Fachleistungen kann die Gesellschaft nicht vornehmen“ (Kadrić/Kaindl/Kaiser-Cooke 2012:11). Die Vertrauensbasis zwischen ÄrztInnen und PatientInnen entsteht in erster Linie durch die Erwartungshaltung, dass ÄrztInnen, die ein Medizinstudium absolviert haben, dadurch automatisch qualifiziert sind, ihren Beruf auszuüben. Translation für die Gesellschaft als Wissenschaft und somit als ExpertInnentätigkeit, derer es einer spezifischen Ausbildung bedarf, erkennbar zu machen, würde demnach zu einer Aufwertung des Images von professionellen ÜbersetzerInnen führen.

1.1.2 Verantwortung, Ethik und Qualitätssicherung

TranslatorInnen produzieren Texte in der Regel nicht für sich selbst, sondern für den Fremdbedarf, da jene, die das Translat benötigen, selbst über keine bzw. zu wenig ausgebildete Kompetenzen verfügen, um einen adäquaten Text in der Zielsprache selbst zu erstellen. Wie Risku (vgl. 2002:52) feststellt, sind für das Verfassen von Translaten nicht dieselben Kompetenzen erforderlich, wie für dessen Nutzung – eine Tatsache, die generell auf alle „Produkte“ zutrifft. Risku vergleicht TranslatorInnen sehr treffend mit „Dramatikern, die eben nicht schauspielern“ und „Reiseveranstaltern, die [...] nicht an ihren Reisen teilnehmen“ (Risku 2002:52). Aufgrund der Tatsache, dass für andere produziert wird, übernimmt der Translator oder die Translatorin eine dementsprechende Verantwortung für sein oder ihr Endprodukt. Es zählt zu ihren Aufgaben, für die Qualität ihres Produktes zu sorgen, wobei es nicht zulässig ist, sich im Nachhinein auf etwaige Mängel des Ausgangsmaterials zu berufen, sollte seitens der AuftraggeberInnen Kritik am Translat geübt werden. Probleme, die sich für die TranslatorInnen aufgrund des Ausgangstextes ergeben können, müssen mit den AuftraggeberInnen ggf. im Vorhinein besprochen und geklärt werden. Zu analysieren, welchen Stellenwert der Ausgangstext für den einzelnen Auftrag einnimmt, zählt ebenso zur Verantwortung der ÜbersetzerInnen. Manchmal werden Translate ledig-

lich als reines Informationsmaterial ohne rechtliche Verbindlichkeit genutzt und manchmal rückt der Ausgangstext in den Vordergrund, wie es beispielsweise bei Verträgen und Urkunden der Fall sein kann (vgl. Risku 2002:52f).

Da es natürlich dazu kommen kann, dass beispielsweise AuftraggeberInnen mit einem Translat nicht vollends zufrieden sind, oder Fragen zu bestimmten Formulierungen etc. stellen, ist es unabdingbar, die eigenen Übersetzungsentscheidungen argumentieren zu können. Können die eigenen Entscheidungen nicht verbal begründet werden, wirken sie willkürlich und unprofessionell. Risku spricht der Kompetenz, das eigene Handeln verbal darstellen zu können, mehrere Vorteile zu:

Verbalisierung als kognitive Strategie hilft nicht nur bei der Weiterentwicklung der eigenen Übersetzungsstrategien, sie ist auch eine entscheidende soziale Komponente der Expertentätigkeit. Experten sind dafür verantwortlich, in den Verhandlungen mit den Bedarfsträgern Bedürfnisse auszuarbeiten und zu versuchen, ihre Probleminterpretation zur gemeinsamen Verständigung darzulegen. (Risku 1998:112)

Risku geht weiters davon aus, dass diese Kompetenz professionellen ÜbersetzerInnen nicht nur im Gespräch mit Laien sondern auch mit anderen ExpertInnen von Nutzen ist. Dies trifft beispielsweise zu, wenn es sich um eine Übersetzung im Team handelt oder das Layout festgelegt wird (vgl. Risku 1998:112).

Natürlich ist das Was - in diesem Fall die grundsätzliche Kompetenz, das translatorische Handeln begründen zu können - genauso wichtig wie das Wie. Bei dem Wie handelt es sich um die Kompetenz, mit Laien in einem angemessenen Rahmen über das Übersetzen sprechen zu können. Hönig (vgl. 1995:20f) beschreibt dies als eine Situation, die häufig einen entmutigenden und unmöglichen Eindruck macht. Er begründet diese Aussage damit, dass ÜbersetzungsexpertInnen einerseits von Laien nicht ernst genommen werden, wenn sie bewusst einfache Formulierungen verwenden, anstatt sich auf wissenschaftliche Fakten zu stützen und andererseits wird ihnen unterstellt, sie würden nur mit wissenschaftlichen Ausdrücken um sich werfen, um etwas Einfaches komplex wirken zu lassen. Folglich müssen TranslatorInnen also ein Gespür dafür haben, wie mit Laien, seien es nun AuftraggeberInnen oder andere Personen, über ihre Tätigkeit gesprochen werden sollte. Auch Kußmaul (2010:175) argumentiert, dass es im Verantwortungsbereich professioneller TranslatorInnen liegt, über ihr eigenes „sprachliches Denken“ berichten zu können und nennt in diesem Zusammenhang die „metasprachliche Kompetenz“. Auch er betont, dass es nicht reicht, einfach nur darüber sprechen zu können, sondern, dass es von großer Bedeutung ist, dies auch auf eine angemessene Art und Weise zu tun:

„Ich möchte aber davor warnen, Auftraggeber und Verfasser von Ausgangstexten mit Fachtermini zuzuschütten. Das würde sicher nicht der guten Verständigung dienen und wirkt

meistens außerdem noch überheblich. Wir werden also die Termini und Modelle sehr vorsichtig dosieren müssen. Dazu gehört Einfühlsamkeit und ein Gespür für die Situation.“ (Kußmaul 2010:175)

Ein weiterer Aspekt des Verantwortungsbereichs professioneller ÜbersetzerInnen liegt in der Gewährleistung qualitativer Translate. Da es für KundInnen, wie bereits festgestellt, nicht einfach ist die Qualität von Translaten zu kontrollieren, wurden Normen entwickelt, um gewisse Qualitätsstandards gewährleisten zu können. Im deutschsprachigen Raum zählte die DIN 2345 zu den ersten Normen, die einen wichtigen Beitrag zur Qualitätssicherung leisteten. Unglücklicherweise befasste sich diese Norm nur mit dem Zusammenhang zwischen Ausgangs- und Zieltext, und entsprach somit eher einem veralteten Übersetzungsbegriff (vgl. Schopp 2005:260f). Im europäischen Raum wurde der als üblich geltende Qualitätsstandard weiterentwickelt und es entstand die Europäische Norm DIN EN 15038 „Übersetzungsdienstleistungen – Dienstleistungsanforderungen“, die schließlich im August 2006 die DIN 2345 ersetzte. Im Gegensatz zur DIN 2345 umfasst sie nicht mehr ausschließlich Normungen, die den Auftrag betreffen, ist aber ebenso wie ihre Vorgängerin nur für das Übersetzen und nicht für das Dolmetschen geeignet. Mit Hilfe dieser Norm soll die Schaffung von Transparenz ermöglicht werden und sie soll sowohl für AuftragnehmerInnen als auch KundInnen und AuftraggeberInnen als Orientierungshilfe dienen. Sie zeichnet sich durch verständliche Definitionen einerseits und Flexibilität in ihrer Anwendung andererseits aus (vgl. Herzog/Mühlbauer 2007:4).

Konkret bezieht sich die DIN EN 15038 auf die folgenden Bereiche:

- personelle und technische Ressourcen;
- Qualitäts- und Projektmanagement;
- vertragliche Rahmenbedingungen;
- Arbeitsprozesse und
- eventuell angebotene zusätzliche Dienstleistungen. (Herzog/Mühlbauer 2007:4, Hvbgl. i.O.)

Durch die Nutzung dieser und anderer Normen bietet sich somit sowohl für Übersetzungsbüros als auch für freiberufliche ÜbersetzerInnen die Gelegenheit, das Vertrauen der KundInnen zu stärken und sich von anderen KonkurrentInnen abzuheben.

1.1.3 ExpertInnenhandeln und ExpertInnenrollen von Risku

Die Gesellschaft hat ganz bestimmte Ansichten darüber, welche Anforderungen verschiedene Berufsgruppen zu erfüllen haben. Sie weisen ihnen also eine bestimmte Rolle zu, die häufig nicht mit den tatsächlichen Tätigkeiten und Aufgaben konform ist.

Auch Risku geht davon aus, dass sich die Erwartungen, die die Gesellschaft an professionelle ÜbersetzerInnen stellt, nicht notwendigerweise mit den tatsächlichen Handlungen der ÜbersetzerInnen decken. Sie unterscheidet in ihren Ausführungen zwischen „Expertenhandeln“ und „Expertenrolle“, die gemeinsam ExpertInnenkompetenz ergeben. Um das Bewusstsein für das nötige Wissen einfach und klar darzustellen, bedient sie sich der drei erkenntnistheoretischen Kategorien Venkulas (1994), und zwar der empiristischen, der hermeneutischen und der pragmatischen Betrachtungsweise. Basierend auf diesen Ansätzen wurden von Risku drei ExpertInnenrollen, nämlich die „empiristisch-positivistische“, die „hermeneutische“ und die „pragmatisch-kooperative“ erstellt (vgl. Risku 1998:90ff).

Nach der empiristisch-positivistischen Betrachtungsweise sollten die von den ExpertInnen verwendeten Methoden ausschließlich werturteilsfrei und messbar sein. Durch die Anwendung allgemeingültiger wissenschaftlicher Methoden kann Wissen immer nachgebildet werden ohne Interpretationen oder Wertungen jedweder Art zu enthalten. ÜbersetzerInnen reproduzieren also den Ausgangstext, ohne ihn zu interpretieren und tragen somit auch keine Verantwortung dafür, für welchen Zweck das Translat später genutzt wird. Ist eine Gesellschaft empiristisch-positivistisch ausgerichtet, bewertet sie alle Leistungen der ÜbersetzungsexpertInnen nach dem Ausmaß ihres Rechercheaufwands und danach, dass die einzelnen im Ausgangstext aufgegliederten Elemente im Zieltext durch äquivalente Einzelteile ausgetauscht werden. Dass bei den etwaigen Recherchen darauf geachtet werden muss, ob sie angemessen sind oder nicht, wird hierbei nicht berücksichtigt. Es wird angenommen, dass das Zielprodukt eine Abbildung des im Ausgangsmaterial enthaltenen Wissens darstellt, wobei die Qualität des Translats festgestellt werden kann, indem die einzelnen Bestandteile miteinander verglichen werden (vgl. Risku 1998:94ff).

Um diese doch sehr extreme Sichtweise abzuschwächen, plädiert Risku für das Hinzufügen hermeneutischer und pragmatischer Erwägungen. Aus hermeneutischer Sicht wird deutlich wie es dazu kommen kann, dass Personen zu verschiedenen Endresultaten gelangen, obwohl das Ausgangsmaterial doch dasselbe ist. ÜbersetzerInnen begreifen nur jenes Datenmaterial als Information, das sie ihrem Begriffssystem zuweisen können und die Beziehung der einzelnen Elemente zueinander führt zur Verständlichkeit des Ausgangsmaterials. Im Gegensatz zur empiristisch-positivistischen Variante, rücken beim holistischen Ansatz auch die ExpertInnen als Personen in den Vordergrund, denen bewusst ist, dass Intuition und Interpretation Auswirkungen auf das Translat haben. Intuition aus hermeneutischer Sicht, wie sie Risku in Anlehnung an Gadamer (1976:108) beschreibt, kann nicht gelernt werden und Talent und Hingabe nehmen einen wesentlich höheren Stellenwert als Ausbildung ein. Die Tätigkeit professioneller TranslatorInnen umfasst jedoch mehr als Interpretation (vgl. Risku 1998:97ff). Ihre Aufgaben umfassen die Gewährleistung von Kommunikation und die Generierung adäquater Maßnahmen. Kompetenz, die das Handeln und die Kooperation der TranslatorInnen betrifft, und zwar in Bezug auf bestimmte Problemfälle die

es zu lösen gilt, bildet den Kern der pragmatisch-kooperativen ExpertInnenrolle. Es herrscht Bewusstsein dafür, dass die Wirklichkeit kein starres Objekt, sondern ungewiss und veränderlich ist. ExpertInnen sind sich darüber im Klaren, dass sie Verantwortung für ihr Handeln tragen, da jede ihrer Handlungen Auswirkungen auf die Wirklichkeit hat, und sie wissen, dass sie eine lenkende Funktion innehaben, obwohl ein bestimmtes Endresultat nie vollends garantiert werden kann.. Aus pragmatisch-kooperativer Sicht ist es nicht möglich, sich gänzlich ohne interdisziplinäre Herangehensweisen auf ein Gebiet zu spezialisieren. „Die pragmatische Auffassung des ExpertInnentums steht im Einklang mit dem Schlagwort ‚lebenslanges Lernen‘“ (Risku 1998:101), wobei es unzureichend ist nur neue Fakten zu erlernen. Überdies ist es notwendig, Ausführungen und Handlungsweisen fortwährend anzupassen und zu aktualisieren. ÜbersetzerInnen sollten somit jede Schwierigkeit auf die sie stoßen als herausfordernde Aufgabe betrachten, sowohl im theoretischen Kontext als auch in Bezug auf das bestimmte Problem. ExpertInnen vertrauen auf theoretische Grundsätze und Hypothesen, richten ihr Handeln aber immer nach der konkreten Problemstellung aus. Dies kann ExpertInnen, die sich auf diesen Ansatz stützen, von empiristisch ausgerichteten Personen zuweilen als Inkompetenz ausgelegt werden, da sich ihr Handeln nicht nur auf ihr eigenes Spezialgebiet beschränkt (vgl. Risku 1998:100ff).

1.2 Übersetzungsfähigkeit und Bilingualität

Diese Arbeit orientiert sich zum Zwecke der Unterscheidung zwischen grundlegenden translatorischen Fähigkeiten und translatorischer Kompetenz an den folgenden Definitionen, wie sie Dimitrova (2005) beschreibt:

- Die translatorische Fähigkeit ist eine notwendige Grundvoraussetzung, jedoch keine Garantie dafür, dass sich daraus translatorische Kompetenz oder Expertise entwickelt.
- Die translatorische Fähigkeit wird in diesem Sinne nicht erlernt, eine Person kann diese Fähigkeit jedoch durch Übung, Feedback, etc. weiterentwickeln.
- Die translatorische Kompetenz in ihrer Gesamtheit kann in verschiedene Subkompetenzen gegliedert werden, wobei angenommen werden kann, dass professionelle TranslatorInnen einen Entwicklungsprozess durchlaufen haben, der all diese Subkompetenzen geprägt hat (vgl. Dimitrova 2005:12f).

Ebenso wie Hönig (1995) und viele andere lehnt Dimitrova folglich die natürliche Disposition zu übersetzen als Synonym der Übersetzungskompetenz ab, die in dieser Arbeit mit den Begriffen „Fähigkeit“ und „Kompetenz“ bzw. „natürliches“ und „professionelles“ Übersetzen abgegrenzt werden sollen.

In der Bilingualismusforschung ergab sich die Qualifikation zu übersetzen automatisch aus der Bilingualität. Harris (1978) unterschied in seinen Ausführungen jedoch zwischen „natural translation“ und „professional translation“ und grenzte diese beiden Übersetzungsarten dahingehend ab, dass sich professionelles Übersetzen im Gegensatz zur natürlichen Übersetzung an die Gesellschaft und die Erwartungen der jeweiligen Kulturen zu halten habe. Wie bereits festgestellt wurde, kommt es auch heute unter Laien auf dem Gebiet der Übersetzungswissenschaft noch häufig zu einer Überbewertung der sprachlichen Kompetenzen. Basierend auf dem Grundsatz, der Übersetzen als angeborene Fähigkeit darstellt, fühlen sich viele Laien in ihrem Irrglauben, die Verbesserung von Sprachkenntnissen führe automatisch zu einer Verbesserung der Übersetzungskompetenz, bestärkt, da sie für den Unterschied zwischen natürlicher und professioneller Übersetzung nicht sensibilisiert sind (vgl. Göpferich 2008:144). Auch Risku betont in dem folgenden Zitat die Notwendigkeit, zwischen Bilingualismus und translatorischer Kompetenz zu unterscheiden: „Mit der Zugehörigkeit zu zwei Kulturkreisen und der Kenntnis ihrer Sprachen werden noch keine translatorischen Kompetenzen mitgeliefert [...], die die Steuerung von interkulturellen Kommunikationssituationen ermöglichen würden.“ (Risku 1998:90) Am Translationsmarkt ist zu beobachten, dass die große Zahl an laienhaften und semiprofessionellen ÜbersetzerInnen zu einem Konkurrenzkampf führt, der ausschließlich über den Preis geführt wird. Prunč spricht hier von einer „Dumpingspirale“, die er auf das Zusammenspiel verschiedener Faktoren zurückführt:

Ausgelöst wurde der Prozeß durch den sprunghaften Anstieg des bi- und multilingualen Potentials in den urbanen Zentren, das sich aus der Freizeitmobilität, den internationalen Migrationen im Zuge der sozialen und politischen Umwälzung und der medialen Globalisierung der Kommunikation ergab. Ein Überangebot an semi- und unprofessionellen translatorischen Leistungen war die Folge. (Prunč 1997:104)

Diese Entwicklung an sich hätte jedoch auch anders verlaufen können. Durch eine Übersättigung des Translationsmarktes hätte sich ebenso ein starker Wettbewerb auf Basis von Qualitätsanforderungen einstellen können. Das Zusammenwirken dieses Trends mit dem Irrglauben, Übersetzungskompetenz sei mit Sprachkompetenz gleichzusetzen, sowie das Fehlen allgemeingültiger Kriterien führten zu der Situation am heutigen Translationsmarkt (vgl. Prunč 1997:104).

1.3 Kompetenzmodelle

Es gibt eine Vielzahl an Gründen für das Interesse an dem breitgefächerten Bereich der Translationsprozessforschung, auf einige davon wird in Kapitel 2 eingegangen. Ein Aspekt der für TranslationsforscherInnen relevant ist, ist die Forschung im Bereich der Übersetzungsprobleme, wie sie häufig bei ÜbersetzungsstudentInnen und NovizInnen auf-

treten. Durch die Identifizierung dieser Probleme versuchen ForscherInnen wichtige Informationen über den Erwerb der Translationskompetenz zu gewinnen. Als Folge können die Ausbildung professioneller TranslatorInnen entsprechend verbessert und Translationskompetenzmodelle entwickelt werden (vgl. Pavlović 2009:81f).

Innerhalb der Translationswissenschaft wurden bereits einige Versuche unternommen, Modelle der Translationskompetenz zu entwickeln, die u. a. verschiedene Teilkompetenzen der Übersetzungskompetenz anführen und beschreiben¹. Die modellhafte bzw. grafische Darstellung der translatorischen Kompetenz erweist sich jedoch als schwieriges Unterfangen, da es aufgrund der Komplexität des Begriffs, die bereits im ersten Kapitel behandelt wurde, nicht einfach ist, alle Aspekte überschaubar in einem Modell zu umfassen. Nachfolgend soll ein Kompetenzmodell (Göpferich 2008) vorgestellt werden, das m.E. eines der aktuellsten Modelle darstellt und auf wichtige Faktoren eingeht, die in anderen oft nicht berücksichtigt werden. Ein weiterer Aspekt der für dieses Modell spricht ist, dass es zum Teil auf anderen Modellen aufbaut und in enger Verbindung mit der Studie TransComp entwickelt und später entsprechend verbessert wurde. Zunächst soll jedoch das erste Translationskompetenzmodell (PACTE 2000:101) und vor allem die überarbeitete Version (2003:60 und 2005:610) der PACTE-Gruppe vorgestellt werden, da Göpferichs Modell durch die eingehende Befassung mit diesen beiden Kompetenzmodellen entstand.

1.3.1 Das Modell der PACTE-Gruppe

Die Forschungsgruppe PACTE (Process in the Acquisition of Translation Competence and Evaluation) wurde im Oktober 1997 mit dem Ziel gegründet, den Erwerb translatorischer Kompetenz zu erforschen, wobei sich die Untersuchungen nur auf Übersetzen, nicht aber auf Dolmetschen beziehen. Die Gruppe setzt sich ausschließlich aus ÜbersetzerInnen und ProfessorInnen die Translation unterrichten zusammen. Die Idee, eine Forschungsgruppe zu bilden, ergab sich aus dem Wunsch, mehr darüber herauszufinden, wie TranslationsstudentInnen Kompetenz erwerben, um bessere Lehrmethoden zu schaffen und Bewertungsmethoden zu optimieren. Abb. 1 zeigt das erste Translationskompetenzmodell der PACTE-Gruppe:

¹ Beschreibungen und Modelle der Translationskompetenz liefern beispielsweise Hönig (1991), Hönig/Kußmaul (1995) und Pym (2003).

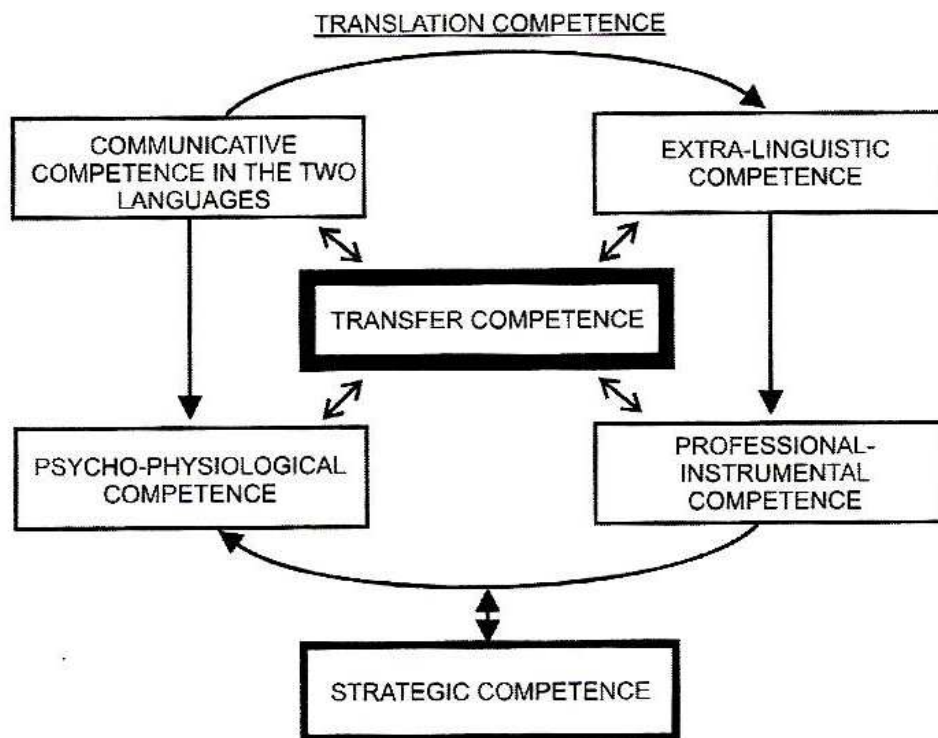


Abb. 1: Translationskompetenzmodell von 1998 (PACTE 2003)

Schon nach kurzer Zeit hielt es die PACTE-Gruppe aufgrund ihrer bisherigen Untersuchungen für notwendig, ihr ursprüngliches Modell anzupassen:

The experience gained from the research carried out so far has led us to redefine the sub-competencies of the 1998 translation competence model and adjust their functions. It has become clear that translation competence is qualitatively different from bilingual competence and that it is expert knowledge in which procedural knowledge is predominant. Furthermore, it has become increasingly clear that translation competence is made up of a set of sub-competencies that are inter-related and hierarchic, with the strategic sub-competence occupying a dominant position. (PACTE 2003:59f)

Aufgrund seines Umfangs soll auf die Erstversion des Modells hier nicht näher eingegangen werden. Die graphische Darstellung dient lediglich dazu, die Unterschiede gegenüber der überarbeiteten Version zu verdeutlichen.

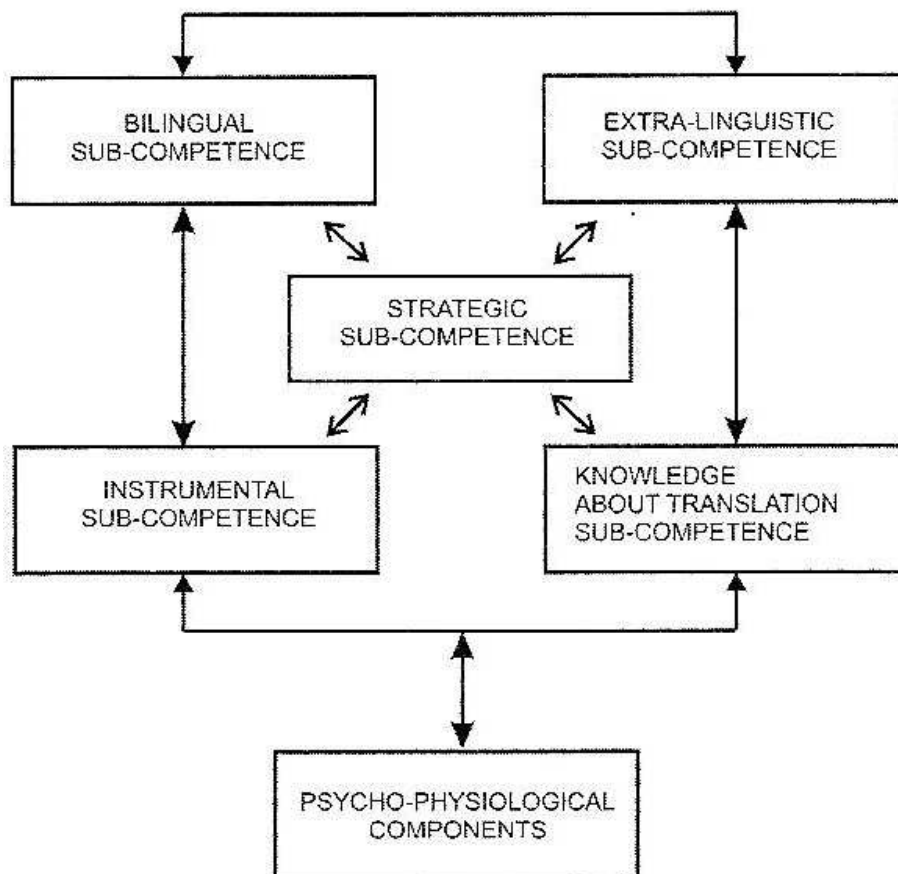


Abb. 2: Überarbeitetes Kompetenzmodell (PACTE 2003)

Ausgehend von der Annahme, dass Übersetzen als ExpertInnentätigkeit sowohl deklaratives als auch prozedurales Wissen umfasst, hat die PACTE-Gruppe ihre Definition von Translationskompetenz, sowie deren Subkompetenzen in ihrem überarbeiteten Modell angepasst (siehe Abb.2). Den Begriff der Translationskompetenz beschreiben sie wie folgt:

Translation competence is the underlying system of knowledge needed to translate. It includes declarative and procedural knowledge, but the procedural knowledge is predominant. It consists of the ability to carry out the transfer process from the comprehension of the source text to the re-expression of the target text, taking into account the purpose of the translation and the characteristics of the target text readers. It is made up of five sub-competencies [...] and it activates a series of psycho-physiological mechanisms. (PACTE 2003:58)

Gemäß der PACTE-Gruppe setzt sich Übersetzungskompetenz aus fünf Teilkompetenzen, sowie einer psycho-physiologischen Komponente, zusammen. Aus dem Modell geht deutlich hervor, dass diese Komponente nicht zu den Teilkompetenzen zählt und sich im Modell folglich auf einer anderen Ebene befindet. Im Zentrum der Teilkompetenzen steht die „strategic sub-competence“, die für die PACTE-Gruppe die wichtigste Komponente darstellt:

The strategic sub-competence is the most important, solving problems and guaranteeing the efficiency of the process. It intervenes by planning the process in relation to the translation project, evaluating the process and partial results obtained, activating the different sub-competencies and compensating for deficiencies, identifying translation problems and applying procedures to solve them. (PACTE 2005:610)

Unter „psycho-physiological components“ verstehen die ForscherInnen Folgendes:

They include: (1) cognitive components such as memory, perception, and attention and emotion; (2) attitudinal aspects such as intellectual curiosity, perseverance, rigor, critical spirit, knowledge of and confidence in one's own abilities, the ability to measure one's own abilities, motivation, etc.; (3) abilities such as creativity, logical reasoning, analysis and synthesis, etc. (PACTE 2003:93)

Die gesonderte Anführung in ihrem Modell ist darauf zurückzuführen, dass diese Komponente nicht nur für Translation wichtig ist, sondern einen zentralen Teil jedes ExpertInnenwissens darstellt (vgl. PACTE 2003:91).

1.3.2 Das Modell von Göpferich

Eines der derzeit aktuellsten Translationskompetenzmodelle stammt von Göpferich (2009). Wie aus der folgenden Graphik ersichtlich ist, wird die Translationskompetenz in diesem Modell in fünf Teilkompetenzen unterteilt, deren Kern die strategische Kompetenz und Motivation bilden. Der Gebrauch der Teilkompetenzen wird wiederum durch drei Kriterien bestimmt: a) Translationsnormen und Übersetzungsauftrag, b) übersetzerisches Selbstbild/Ethos und c) psycho-physische Disposition. Punkt b) umfasst u. a. auch die soziale Dimension der Übersetzungskompetenz, d. h. die Rolle der professionellen ÜbersetzerInnen in der Gesellschaft, wie sie Risku² (1998) beschreibt. Genützt wird dieses Modell für die Longitudinalstudie TransComp, deren Thema die Entwicklung der translatorischen Kompetenz ist.

² Zur ExpertInnenrolle nach Risku siehe Kapitel 1.2.3 sowie Risku 2004:76

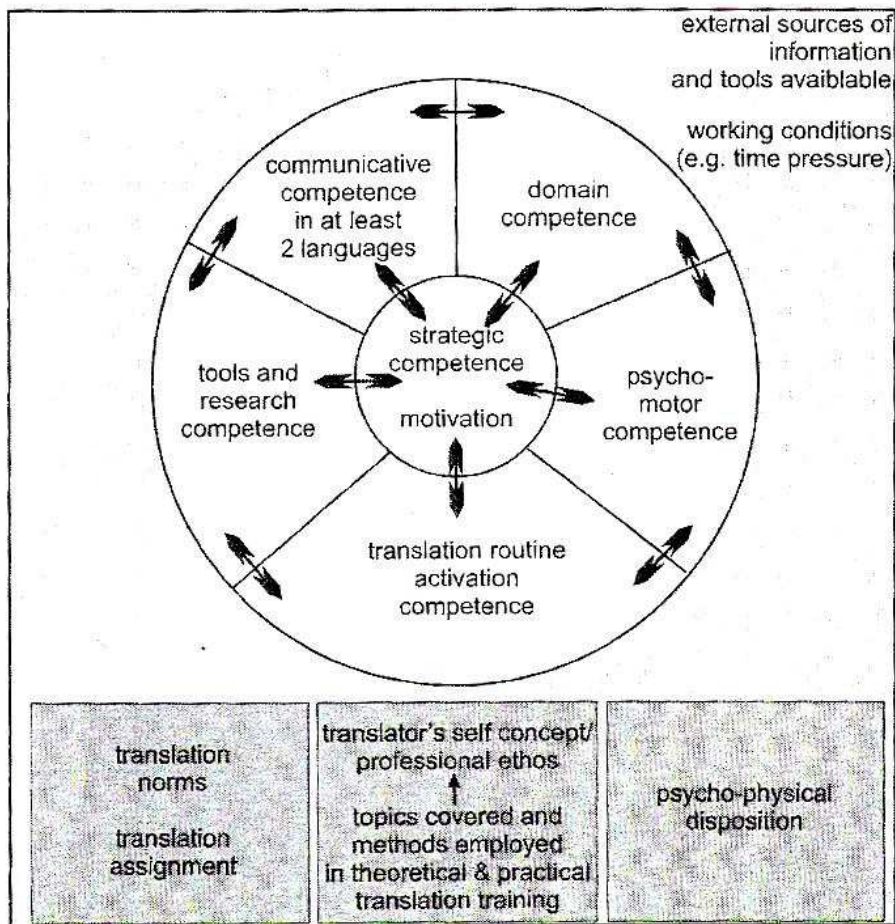


Abb. 3: Translationskompetenzmodell (Göpferich 2009)

Die Teilkompetenz „communicative competence in at least two languages“ entspricht im Modell der PACTE-Gruppe der „bilingual sub-competence“ und setzt sich aus grammatikalischem, pragmatischem und lexikalischem Wissen in der Ausgangs- und Zielsprache zusammen. Zum pragmatischen Wissen gehören sowohl Kenntnisse über das Genre als auch über situationsbedingte Konventionen der jeweiligen Kulturen. Während das Wissen über die Ausgangssprache hauptsächlich für die Rezeption des Ausgangsmaterials wichtig ist, bestimmt das Wissen über die Zielsprache die Qualität des Translats (vgl. Göpferich 2009:20f).

Die „domain competence“ sieht Göpferich als ungefähre Entsprechung der „extra linguistic competence“ der PACTE-Gruppe. Diese Teilkompetenz umfasst allgemeines und fachspezifisches Wissen, welches in Kombination mit dem bereits oben genannten Wissen notwendig ist, um den Ausgangstext zu verstehen und den Zieltext zu formulieren. Ist dies nicht gegeben, dann sollte zumindest ein Gespür dafür vorhanden sein, zu erkennen, welches zusätzliche Wissen aus externen Informationsquellen nötig ist, um die eigenen Wissenslücken aufzufüllen (vgl. Göpferich 2009:21). In Göpferichs Modell werden in dieser

Subkompetenz folglich Sach- und Fachwissen sowie Recherchekompetenz zusammengefasst.

Die „tools and research competence“ entspricht der „instrumental sub-competence“ der PACTE-Gruppe und setzt sich aus der Fähigkeit, u. a. gebräuchliche übersetzungsspezifische sowie elektronische Hilfsmittel, Nachschlagewerke und Enzyklopädien, Termdatenbanken und andere Datenbanken sowie der Kompetenz Paralleltexte, Suchmaschinen und Translationsmanagementsysteme in angemessener Weise zu nutzen, zusammen (vgl. Göpferich 2009:21).

Bei der „translation routine activation competence“ handelt es sich um das Wissen und die Fähigkeit, bestimmte - meist sprachenpaarspezifische - Übertragungsprozesse abrufen und anwenden zu können, die häufig zu passenden Äquivalenten in der Zielsprache führen (vgl. Göpferich 2009:21).

Unter „psychomotor competence“ werden die psychomotorischen Fähigkeiten verstanden, die für das Lesen und Schreiben in Bezug auf elektronische Hilfsmittel notwendig sind. Je stärker diese Fähigkeiten ausgebaut sind, umso weniger kognitive Kapazitäten werden gebraucht, was dazu führt, dass diese Kapazitäten für andere kognitive Aufgaben verwendet werden können. Psychomotorische Fähigkeiten, die beispielsweise für das Tippen gebraucht werden, haben also möglicherweise Einfluss auf die kognitiven Kapazitäten die für das Lösen von Translationsproblemen im engeren Sinne nötig sind (vgl. Göpferich 2009:21f).

Göpferichs „strategic competence“ deckt sich mit der „strategic competence“ der PACTE-Gruppe und steuert die Anwendung der bereits genannten Teilkompetenzen. Als metakognitive Kompetenz regelt sie Prioritäten und legt die Hierarchien der einzelnen Teilkompetenzen fest. Inwieweit TranslatorInnen diese Makrostrategie anwenden, ist sowohl von ihrer strategischen Kompetenz als auch von ihrer situationsbezogenen Motivation abhängig, die sowohl intrinsisch als auch extrinsisch sein kann (vgl. Göpferich 2009:22).

Die Anwendung der genannten Teilkompetenzen sowie ihre zentrale Steuerung werden von drei Faktoren bestimmt, die die Basis für Göpferichs Modell darstellen:

[...] (1) the translation brief and translation norms; (2) the translator's self-concept/professional ethos, on which the contents conveyed and the methods employed in theoretical and practical translation training courses have an impact and which form the component of my model where aspects of social responsibility and roles come in (cf. Risku 1998:90; 2004:76), and (3) the translator's psycho-physical disposition (intelligence, ambition, perseverance, self-confidence, etc.). (Göpferich 2009:22)

Die psychische und physische Disposition der TranslatorInnen kann möglicherweise darauf Einfluss ausüben, wie rasch sich ihre Translationskompetenz entwickelt. Dies könn-

te den Schluss zulassen, dass ein kritischer Geist sowie Beharrlichkeit beim Lösen translatorischer Probleme die Entwicklung der Translationskompetenz fördern.

1.4 Teilkompetenzen der Translationskompetenz

Da nun anhand der Kompetenzmodelle verdeutlicht wurde, dass professionelles Übersetzen weitaus komplexer ist als die natürliche Fähigkeit zu übersetzen, soll in den folgenden Kapiteln näher auf die einzelnen Teilkompetenzen der Übersetzungskompetenz eingegangen werden. Zu den Teilkompetenzen, in die die Translationskompetenz traditionellerweise aufgegliedert wird, zählen Sprach-, Kultur-, Sach- und Fachkompetenz, in aktuelleren Ausführungen ist auch häufig von Recherchekompetenz sowie Kompetenz im Umgang mit technischen Hilfsmitteln die Rede. Diese und weitere Faktoren der Übersetzungskompetenz sollen in den nachfolgenden Unterkapiteln beschrieben werden.

Neben zahlreichen Beschreibungen der Kompetenzen von ÜbersetzerInnen generell, wie sie in den folgenden Kapiteln beschrieben werden, wurden auch einige Versuche unternommen, den idealen Rechtsübersetzer und die ideale Rechtsübersetzerin zu definieren. Smith (vgl. 1995:181) spricht in diesem Zusammenhang von drei Grundvoraussetzungen, die erfolgreiche RechtsübersetzerInnen erfüllen müssen. Zum einen müssen sie Grundkenntnisse der Rechtsordnungen, sowohl der Ausgangs- als auch der Zielsprache besitzen, zum anderen sollten sie auch mit der relevanten Terminologie vertraut sein und schließlich sollten sie den spezifischen juristischen Schreibstil der Zielsprache beherrschen. Etwas genauer beschreiben AutorInnen wie beispielsweise Šarčević (1997) das gewünschte Profil der RechtsübersetzerInnen. Durchaus berechtigte Kritik an den bislang unternommenen Definitionsversuchen kommt von Cao (vgl. 2007:38), die die meisten Versuche als „overgeneralised“ und zu ungenau bezeichnet. Sie argumentiert, dass das Rechtsübersetzen viele Merkmale mit anderen Fachübersetzungsbereichen teilt und einige eigene Charakteristika aufweist.

Ausgehend von Caos Aussage „A competent legal translator is first of all a competent translator“ (2007:39), mit der sie sich auf ihr „model of translation competence“ (Cao 1996) als Basismodell translatorischer Kompetenz bezieht, wird deutlich, warum sich dieses Kapitel zunächst mit der translatorischen Kompetenz befasst, ohne allzu sehr auf die Spezifik des Rechtsübersetzens einzugehen. Fakt ist, dass es, um als professioneller Übersetzer oder professionelle Übersetzerin erfolgreich zu sein - unabhängig davon, ob im juristischen oder in einem anderen Bereich übersetzt wird - einer Reihe von Teilkompetenzen bedarf, die in ihrer Gesamtheit als Übersetzungskompetenz bezeichnet werden können. Es soll an dieser Stelle jedoch betont werden, dass Übersetzen als komplexe ExpertInnentätigkeit noch weitaus mehr ist, als die Summe bestimmter Teilkompetenzen. Nichtsdestotrotz

ist es für die nachfolgenden Kapitel notwendig, diese in Subkompetenzen aufzugliedern, um die Beschreibung zu erleichtern (vgl. Kaiser-Cooke 1993:132). Diese aufgegliederte Anführung bedeutet keinesfalls, dass manchen Teilkompetenzen mehr Wichtigkeit zugeschrieben werden sollte als anderen. Sie sind gleichwertig zu sehen, da sie in enger Beziehung zueinander stehen und letztendlich nur als Ganzes bedeutsam sind. Auch die Reihung der angeführten Teilkompetenzen ist von ihrem Stellenwert unabhängig.

1.4.1 Sprach- und Textkompetenz

Obwohl bereits erläutert wurde, dass der sprachlichen Komponente beim Übersetzen häufig eine übergeordnete Rolle zugeschrieben wird, so bedeutet dies natürlich nicht, dass sie völlig außer Acht gelassen werden darf. Konkret wird oft dem fremdsprachlichen Wissen die größte Bedeutung zugewiesen. Ein äußerst wichtiger Faktor, der im Bereich des Übersetzens jedoch häufig außer Acht gelassen bzw. als selbstverständlich angesehen wird, ist die muttersprachliche Kompetenz. Je nach Alter, Bildung, Erfahrung, etc. unterscheidet sich auch das Wissen um die eigene Muttersprache, das grundsätzlich jederzeit erweitert werden kann. Diese Tatsache wird zum Leidwesen vieler ausgebildeter ÜbersetzerInnen von potentiellen AuftraggeberInnen nicht wahrgenommen, was dazu führt, dass das Kriterium MuttersprachlerIn zu sein, zur obersten und manchmal sogar zur einzigen Priorität wird. Will (1997) plädiert für eine umfangreichere und systematische Einbeziehung der muttersprachlichen Kompetenzbildung in den Übersetzungsunterricht. Auch Krings (1986) verweist auf die Wichtigkeit der muttersprachlichen Kompetenz, seine Ausführungen werden jedoch von Will kritisiert, da er sich nur auf die „[...] Reverbalisierungsfähigkeit als einen entscheidenden Baustein der Übersetzungskompetenz“ (Will 1997:235) beziehe. Wünschenswert wären folglich umfassende empirische Studien, die sich mit den Auswirkungen der Vermittlung muttersprachlichen Wissens auf die Übersetzungskompetenz befassen (vgl. Will 1997:234f). Mangelnde schriftsprachliche Kompetenz kann beim Übersetzen aus einer Fremdsprache, die der Muttersprache in Bezug auf den Satzbau ähnelt, dazu führen, dass bestimmte Textsortenkonventionen der Muttersprache nicht eingehalten werden (vgl. Will 1997:237f). Muttersprachliche Kompetenz wird nicht nur relevant, wenn in die Muttersprache übersetzt wird, sondern auch dann, wenn in die Fremdsprache gearbeitet wird, da geringste Bedeutungsunterschiede einzelner Begriffe und Formulierungen sowie etwaige Defekte im Ausgangstext erkannt werden müssen. Überdies ist es häufig der Fall, dass die gesamte Kommunikation mit den AuftraggeberInnen in der eigenen Muttersprache abgewickelt wird (vgl. Resch 1999: 343).

Profundes Wissen in Bezug auf die Fremdsprache ist natürlich die Basis für das Übersetzen. Es ist aber, wie aufgrund der Darstellung ebenso bedeutsamer Komponenten der translatorischen Kompetenz deutlich wird, eben an sich noch nicht mit Übersetzungs-

kompetenz gleichzusetzen. Hansen beschreibt die fremdsprachliche Kompetenz folgendermaßen:

Fremdsprachliche Kompetenz ist keineswegs ein leicht isolierbarer, gleichsam monolithischer Gegenstand, sondern eine komplexe und vielseitig verflochtene Kombination aus Fähigkeiten, Fertigkeiten und Wissen, über die man in Relation zu Sprachen verfügt, die nicht die Muttersprache sind. Die fremdsprachliche Kompetenz ist zwar eine unverzichtbare Voraussetzung für das Übersetzen, aber keineswegs die einzige [...]. (Hansen 1999:341)

Um professionell und erfolgreich Übersetzungen zu produzieren ist gemäß Resch, neben den mutter- und fremdsprachlichen Kompetenzen, ein Verständnis für die Komplexität der Begriffe Text und Kultur nötig und sie spricht in diesem Zusammenhang von „Sprachverwendungswissen“ sowie dem „Bewusstsein für die kulturspezifisch anderen Realitätszugänge, Wissensstände, Werte und Einstellungen und weiters [der] Fähigkeit, diese Wissensbereiche in einzelne Texte zu integrieren“ (Resch 2006:222) und fasst dies unter dem Begriff translatorische Textkompetenz zusammen. Als weiteren wichtigen Faktor nennt sie bewusste Reflexion durch die es für ÜbersetzerInnen möglich wird, Probleme als solche zu erkennen, um sie anschließend zu beheben (vgl. Resch 2006:222f). Translatorische Textkompetenz ist ein komplexer Begriff, ohne sie ist professionelles Übersetzen nicht möglich. Wenn kein oder wenig Bewusstsein vorhanden ist, fehlen zumeist Kenntnisse die Genres und Diskurse betreffen. Es kann dazu führen, dass Möglichkeiten, Kohärenz im Text zu schaffen, nicht erkannt werden und die Tatsache, dass Translation auch immer Aussagen über die Machtsituation der Ausgangs- und Zielkultur enthält, ist möglicherweise unklar. Resch geht weiters davon aus, dass Laien auf dem Gebiet der Translation aufgrund dieser Problematik zu sogenannten Vermeidungsstrategien greifen, die schlussendlich dazu führen, dass Entscheidungen ohne genügend Reflexion getroffen werden, was wiederum zur Produktion wenig qualitativer Translate führt. Aus den gleichen Gründen kann es den ÜbersetzerInnen Probleme bereiten, ihren produzierten Text zu rechtfertigen (vgl. Resch 2006:122ff).

1.4.2 Kulturkompetenz und interkulturelle Kompetenz

Mangelhafte Translate werden häufig durch fehlende sprachliche Kompetenzen der ÜbersetzerInnen begründet. Mängel und Fehler dieser Art kommen natürlich vor, da Wissen über Syntax und Lexik für die erfolgreiche Erstellung von Translaten unabdingbar ist, häufig ist es jedoch auch fehlendes Wissen über die betreffenden Kulturen, das zu Problemen und Fehlern führt (vgl. Resch 2006:221). Translation ist auch immer eine interkulturelle Handlung – eine Aussage, die schon längst als Tatsache betrachtet werden kann.

Kultur entsteht aus dem Bedürfnis der Menschen, sich adäquat auf die Realität zu beziehen. Was als adäquat gilt, unterscheidet sich je nach Gesellschaft und den kollektiven Bedürfnissen dieser Gesellschaft. Es gibt unterschiedliche Kulturen, weil es unterschiedliche Gesellschaften gibt mit unterschiedlichen Bedürfnissen in Bezug auf die Realität. Jede Kultur stellt somit einen anderen Bezug zur Realität dar. (Kadrić/ Kaindl/ Kaiser-Cooke 2012:29)

Professionelle TranslatorInnen müssen also die Fähigkeit besitzen, sich gewissermaßen aus ihren eigenen kulturgeprägten Ansichten und Auffassungen lösen zu können und mit einer gewissen Distanz die Ausgangskultur, die in vielen Fällen die eigene Kultur ist, und die Zielkultur zu vergleichen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass man die jeweiligen Kulturen von einer neutralen Warte aus sieht, sondern dass man sich mit den Kulturen intensiv und aufmerksam auseinandersetzt (vgl. Kadrić/ Kaindl/ Kaiser-Cooke 2012:41). Für Witte (2000:125) bedeutet transkulturelles Handeln in erster Linie, „dass zwei Phänomene in Abhängigkeit von einem bestimmten Ziel (Skopos) über Kulturgrenzen hinweg in eine bestimmte Relation gebracht werden sollen“, dies bedeutet also, dass TranslatorInnen Gegebenheiten der Ausgangskultur im Ausgangstext erkennen und je nach Zweck mit einer passenden Gegebenheit der Zielkultur in Relation setzen, was somit die Basis für die Erstellung eines Translats bildet. Es ist nicht zu bestreiten, dass ÜbersetzerInnen über ein hohes Maß an Sach- und Allgemeinwissen in Bezug auf die Kulturen ihrer Arbeitssprachen verfügen müssen (vgl. Resch 2006:221f). Ein häufiges Problem beim Übersetzen ist folglich „[d]as fehlende Kulturwissen um Institutionen, Geschichte und Literatur eines Landes“ (Resch 2006:121). Witte (2000:126ff) unterscheidet im Bereich der Kulturkompetenz grundsätzlich zwischen der „naiv-natürlichen“ und der „professionell-translatorischen“ Vergleichshandlung. Sie beschreibt den professionell-translatorischen Vergleich als zweckgebunden, professionell und nicht am Eigenbedarf orientiert. TranslatorInnen orientieren sich am Skopos, der u.U. erst festgestellt werden muss und auf die Personen zurückgeht, für die Kommunikation ermöglicht werden soll. Professionelle TranslatorInnen müssen nun Überlegungen anstellen, die die Zielgruppe der Übersetzung betreffen und diese auch professionell argumentieren können. Phänomene der Zielkultur, für die sich ÜbersetzerInnen letztlich entscheiden, basieren somit u. a. auf den Überlegungen, die unter Berücksichtigung der jeweiligen Zielgruppe getroffen wurden. Diese Art von professionellem Vergleich unterscheidet sich somit von der „naiv-natürlichen“ Variante durch einen bewussten und reflektierten Entscheidungsprozess, für den profundes Vorwissen über die Ausgangs- und Zielkultur vorhanden sein muss. Im Bereich der Rechtsübersetzung muss nicht nur tiefgehendes Wissen über Ausgangs- und Zielkultur vorhanden sein, sondern auch über die entsprechenden Rechtssysteme und Rechtsordnung, wie in Kapitel 3 eingehend behandelt wird.

1.4.3 Sach- und Fachkompetenz

Die Fachkompetenz ist für professionelle ÜbersetzerInnen von sehr großer Bedeutung, da es sich beim Großteil aller Texte, die auf der Welt übersetzt werden, um Fachtexte oder teilweise fachliche Texte handelt (vgl. Kadrić/ Kaindl/ Kaiser-Cooke 2012:151). Der steigende Bedarf an qualitativen Fachübersetzungen führte zu einer zunehmenden Auseinandersetzung mit den Handlungsprozessen, die mit dem Fachübersetzen verknüpft sind, sowie mit der Person des Fachübersetzers und der Fachübersetzerin. Sowohl die Fachsprachenforschung als auch die Übersetzungswissenschaft kamen zu der Erkenntnis, dass das Übersetzen von Fachtexten in keinsten Weise weniger anspruchsvoll ist, als andere Formen des Übersetzens, wie beispielsweise literarisches Übersetzen. Ende der siebziger Jahre wurde noch angenommen, dass sich Übersetzungsprobleme im Bereich der Fachübersetzung nahezu nur auf Terminologie und Lexik beschränken, das Übersetzen literarischer Werke jedoch wesentlich komplexere Probleme bereiten würde. Natürlich ist diese simplifizierte Sichtweise des Fachübersetzens heute nicht mehr aktuell (vgl. Arntz 2001:172). Benötigt werden FachkommunikatorInnen, die mit einer soliden und zeitgerechten Ausbildung aufwarten können und die Fähigkeit besitzen, klar formulierte Texte zu produzieren, sowie diese an das Zielpublikum anzupassen (vgl. Risku 2004:28). Sach- und Fachwissen können sich TranslatorInnen unter anderem durch Recherche aneignen, wofür natürlich Recherchekompetenz³ erforderlich ist. Wissen dieser Art kann beispielsweise durch die Zuhilfenahme von Paralleltexten, Sach- und Fachbüchern, Datenbanken oder durch Gespräche mit FachexpertInnen erworben werden. Ein Problem, mit dem sich ÜbersetzerInnen konfrontiert sehen ist, dass es häufig wesentlich schwieriger ist, an fachspezifische Paralleltexte und andere Informationsquellen zu gelangen, als es bei gemeinsprachlichen Texten der Fall ist. Eine Eigenschaft der Fachsprachen, die sich für TranslatorInnen zumeist positiv auswirkt, ist die Tatsache, dass der Bedeutungsspielraum von Fachtermini und Fachwendungen relativ eng gefasst ist. Folglich sinkt die Wahrscheinlichkeit eben jene falsch zu interpretieren im Vergleich zu gemeinsprachlichen Termini und Wendungen (vgl. Kadrić/ Kaindl/ Kaiser-Cooke 2012:164f). Neben den spezifischen Fachtermini bedienen sich Fachsprachen auch Begriffen der Gemeinsprache, wobei ihnen eine wesentlich spezifischere Bedeutung zugewiesen wird. Dies führt besonders im Bereich der Rechtsübersetzung zu Interpretationsschwierigkeiten. Ein Beispiel hierfür wäre der Begriff „ordentlich“. In der Gemeinsprache könnte dieser Begriff u. a. als Synonym für „aufgeräumt“ oder „geordnet“ verwendet werden. Ist im rechtlichen Kontext jedoch von einem „ordentlichen Mitglied“ oder „ordentlichen Studierenden“ die Rede, wird dem Begriff eine ganz bestimmte

³ Da FachübersetzerInnen, unabhängig von dem jeweiligen Fachbereich, natürlich nicht alles wissen können, muss die Kompetenz, fehlendes Wissen aufzufüllen sehr früh erlernt werden. Schmitt (1999b:359) spricht sich dafür aus, dass Lehrende Unterlagen für das Selbststudium zu einem bestimmten Fachbereich bereits vor Beginn von Übungen, bei denen es konkret um das Übersetzen von Fachtexten geht, bereitstellen. Dies hätte den Zweck, etwaige Wissensunterschiede der TeilnehmerInnen vor Übungsbeginn auszugleichen.

rechtliche Definition zugewiesen. Begriffe der Gemeinsprache sind im fachsprachlichen Kontext also „Teil[e] der Realität, auf [die] sich unterschiedliche Gruppen mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen auf unterschiedliche Weise beziehen“(Kadrić/ Kaindl/ Kaiser-Cooke 2012:152). Die Schwierigkeit für ÜbersetzerInnen liegt beim Übersetzen fachlicher Texte also nicht nur darin, adäquate Äquivalente für Fachtermini zu finden, sondern auch gemeinsprachliche Ausdrücke in ihrer fachspezifischen Bedeutung zu erkennen.

Obwohl es wichtig ist mit der Fachterminologie des jeweiligen Fachgebiets vertraut zu sein, bzw. die Kompetenz zu besitzen diese zu recherchieren, wird heute weitgehend akzeptiert, dass das nötige Fachwissen von ÜbersetzerInnen nicht nur darin bestehen kann, Wörter bzw. Fachbegriffe von einer Sprache in eine andere zu übertragen. Besonders im Bereich Recht sind Kenntnisse der Fachterminologie zwar unabdingbar, es stehen aber stets der gänzliche zu übersetzende Text sowie der Kontext, in dem er eingebettet ist, im Vordergrund. Bei der Übersetzung von Rechtstexten müssen Inhalte richtig interpretiert und angewandt werden, was RechtsübersetzerInnen sehr viel Wissen abverlangt (vgl. Šarčević 1997:103). Im Rahmen internationaler Kommunikation treffen JuristInnen verschiedener Länder aufeinander, bauen Beziehungen auf und tätigen Rechtsgeschäfte. Um sprachliche und kulturelle Barrieren zu überwinden, muss entschieden werden, welche der Sprachen der beteiligten Parteien zur Kommunikation genützt wird bzw. wird häufig eine dritte, neutrale Sprache vereinbart (vgl. Kocbek 2009:43). Um die damit verbundenen Rechtübersetzungen adäquat umzusetzen ist folglich ein hohes Maß an Fachkompetenz erforderlich.

1.4.4 Recherchekompetenz und Dokumentation

Aufgrund der Komplexität und der Vielfalt der zu übersetzenden Texte werden natürlich beim Sach- und Fachwissen der ÜbersetzerInnen immer Lücken vorhanden sein, eine Tatsache die nichts mit mangelnder Kompetenz zu tun hat, sondern Recherchekompetenz seitens der ÜbersetzerInnen erfordert. Recherchearbeiten bedeuten für ÜbersetzerInnen einen hohen zeitlichen Aufwand und nehmen somit im Übersetzungsprozess einen hohen Stellenwert ein. Es ist natürlich ausgeschlossen, alles wissen zu können, was durch die unüberschaubare Menge an Information und Wissen, auf die wir dank neuer Technologien fast uneingeschränkten Zugriff haben, besonders deutlich wird. Die Schwierigkeit, auf die TranslatorInnen bei ihren Recherchen zumeist stoßen, besteht also nicht darin, an Informationen zu gelangen, sondern darin, „Richtiges“ bzw. Relevantes herauszufiltern. Besonders bei der Internetrecherche⁴ ist die Gefahr groß, auf falsche oder unvollständige Informationen zu stoßen.

⁴Zum Thema Recherche im Internet siehe u. a. Hehl (2001)

Ausgehend von Nords Zirkelschema (vgl. Nord 1991 sowie 2009) nach dem der Translationsprozess zur Gänze einen zirkelförmigen Vorgang darstellt und „jede neue Erkenntnis im Laufe des Analyse- und Verstehensprozesses gleichzeitig auch zurück wirkt auf vorherige Erkenntnisse, die dadurch bestätigt oder aber auch korrigiert werden“ (Nord 2009:37), wird deutlich, dass Recherche und Analyse in jedem Stadium des Übersetzungsprozesses stattfinden. Hönig (vgl. 2006:162) argumentiert, dass ÜbersetzerInnen mit einem hohen Maß an Sach- und Fachwissen ausgestattet sein müssen, räumt aber gleichzeitig ein, dass es unmöglich ist, ohne Recherche zu arbeiten, da die Inhalte der Ausgangstexte so vielfältig sind und das vorhandene Wissen stets erneuert und erweitert werden muss. Ebenso nennt er Textverstehen als Voraussetzung, um den Recherchebedarf richtig abschätzen zu können (vgl. Hönig 2006:160). Bei jedem Übersetzungsauftrag werden TranslatorInnen mit neuen Aufgaben und Situationen konfrontiert, was den Schluss zulässt, dass für jeden neuen Auftrag zusätzliches Wissen erworben werden muss. Dieser ständig neue Sachverhalt, der umfassende Recherchekompetenz voraussetzt, ist auf verschiedene Faktoren, wie beispielsweise die Funktion des Translats oder dessen Zielgruppe, zurückzuführen. TranslatorInnen werden immer wieder mit neuen Faktoren und Problemstellungen konfrontiert werden und müssen daher einerseits im Stande sein zu erkennen, wenn erforderliches Wissen fehlt und andererseits über die Fähigkeit verfügen, diese Wissenslücken zu beseitigen (vgl. Kadrić/ Kaindl/ Kaiser-Cooke 2012:144f).

Einen weiteren wichtigen Teilaspekt der Recherchekompetenz bildet die Kompetenz, Rechercheergebnisse bestmöglich zu dokumentieren. Zum einen ermöglichen es gute Dokumentationen ÜbersetzerInnen ihre eigenen Lösungsansätze sowie die Gründe für bestimmte Entscheidungen auch später noch argumentieren zu können und zum anderen sind sie vor allem bei Teamarbeiten relevant, da somit auch KollegInnen bestimmte Herangehensweisen nachvollziehen können. Überdies bilden vollständige und ausführliche Dokumentationen auch gleichzeitig die Basis für ÜbersetzerInnen, sich bei Problemen oder kritischen Äußerungen von KundInnen, die die Qualität des Translats betreffen, rechtfertigen zu können (vgl. Kadrić/ Kaindl/ Kaiser-Cooke 2012:148f). Auf die Notwendigkeit, die eigenen Leistungen argumentieren zu können wird in Kapitel 1.2.2 näher eingegangen.

1.4.5 Kompetenz im Umgang mit Hilfsmitteln

In ihren Ausführungen unterscheidet B. Nord (vgl. 2002:6) zwischen fünf Arten von Hilfsmitteln und zwar Hilfsmitteln zur physischen Ausübung, zur Verwaltung, zur Kommunikation, zur Textproduktion und zur Recherche. Bei den nachstehenden Hilfsmitteln handelt es sich ausschließlich um jene, die für Recherchezwecke genutzt werden, also somit ÜbersetzerInnen dazu dienen etwaige Wissenslücken durch „externe Wissensbestände“ (Schmitt 1999:186) aufzufüllen.

1.4.5.1 Wörterbücher

Ein für ÜbersetzerInnen unverzichtbares Hilfsmittel stellen Wörterbücher dar. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten zwischen Wörterbüchern zu unterscheiden⁵, zum einen kann generell zwischen Print- und Onlinewörterbüchern unterschieden werden, zwischen einsprachigen, zweisprachigen und mehrsprachigen Wörterbüchern und im Speziellen beispielsweise zwischen Lern- oder Fachwörterbüchern. Unabhängig von der Typologie der Wörterbücher ist jedoch die Frage nach ihrer Nützlichkeit sowie ihrer Relevanz für professionelle ÜbersetzerInnen. ÜbersetzerInnen muss bewusst sein, dass Wörterbücher keine fertigen Übersetzungslösungen bieten können. In ihrer Funktion als Hilfsmittel dienen sie lediglich als Informationsangebot, das auf verschiedene Bedeutungsmöglichkeiten einzelner Wörter hinweist, jedoch sehr häufig keine umfassenden Definitionen, geschweige denn Informationen, die den kulturellen Hintergrund betreffen, liefern (vgl. Kadrić/ Kaendl/ Kaiser-Cooke 2012:145f). Auch Hönig und Kußmaul (1991:88ff) behandeln dieses Thema und sprechen in diesem Zusammenhang von den „Tücken der Wörter“ (Hönig/Kußmaul 1991:53). Sie differenzieren hier zwischen einsprachigen und zweisprachigen Wörterbüchern, wobei sie ersteren für die Arbeit professioneller ÜbersetzerInnen etwas mehr Relevanz zusprechen. Die Schwierigkeit der Verwendung zweisprachiger Wörterbücher bestehe darin, dass ein Wort der Ausgangssprache einem oder mehreren Wörtern der Zielsprache, je nach Kontext, zugewiesen werden könne. Obwohl oder vielleicht gerade weil das Recherchieren in einsprachigen Wörterbüchern zeitraubender und aufwendiger ist als das Nachschlagen in zweisprachigen, sehen sie einen höheren Nutzen, was vor allem an den in einsprachigen Wörterbüchern vorhandenen Definitionen liegt, die dem semantischen Verstehen dienlich sind.

In Bezug auf Fachwörterbücher unterscheidet Tarp (1995) zwischen den BenutzerInnen allgemeiner zweisprachiger Wörterbücher und BenutzerInnen von Fachwörterbüchern. Ausgehend von der Annahme, dass FachübersetzerInnen eine geringere Fachkompetenz besitzen als ExpertInnen des jeweiligen Fachgebiets, ist der Nutzen zweisprachiger Fachwörterbücher aufgrund fehlender Hintergrundinformationen, die auch bereits in Bezug auf allgemeine zweisprachige Wörterbücher angesprochen wurde, in Frage zu stellen. Bei den zweisprachigen Fachwörterbüchern kommt noch hinzu, dass den ÜbersetzerInnen sowohl Wissen über den fremd- als auch den muttersprachlichen Fachbegriff fehlt.

Diese Schwierigkeiten, die bei der Benützung zweisprachiger Fachwörterbücher auftreten können, treffen natürlich auch auf zweisprachige Rechtswörterbücher zu. ÜbersetzerInnen, die diese nützen, haben folglich bestimmte Ansprüche an den Inhalt der Rechtswörterbücher. Es soll das gesamte Ausmaß und alle wesentlichen Inhalte der einzelnen Termini

⁵ Ein Überblick zum Thema Typologie von Wörterbüchern findet sich in B. Nord 2002 Kapitel 1.2.2.

durch ihre zielsprachlichen Äquivalente dargestellt werden und darüber, wie Benennungen eingeordnet werden müssen, sollten mehrere Entsprechungen existieren. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Angabe der unterschiedlichen Rechtsordnungen und –gebiete als Orientierungshilfe. Da Rechtssprachen an ihre jeweiligen Rechtsordnungen gebunden sind, wären für ÜbersetzerInnen Erläuterungen betreffend der (teilweisen) Nichtübereinstimmung vieler rechtlicher Begriffe in der Ausgangssprache und ihren Entsprechungen in der Zielsprache äußerst hilfreich. Darüber hinaus sollten Rechtswörterbücher durchwegs Kollokationen und Phraseologismen anführen, die im rechtlichen Kontext relevant sind (vgl. Kileva-Stamenova 2008:19f).

1.4.5.2 Paralleltexte

Göpferich beschreibt Paralleltexte in Anlehnung an Spillner (vgl. 1981:241) als:

[...] verschiedensprachige Texte [...] die originär in ihrer jeweiligen Sprache – am besten von kompetenten Muttersprachlern – erstellt wurden, die also keine Übersetzungen voneinander sind, aber ein möglichst ähnliches Thema behandeln und sich in ihrer kommunikativen Funktion entsprechen, d.h. derselben Textsorte(nvariante) angehören. (Göpferich 2006:184)

Paralleltexte sind unter anderem für die Übersetzungsrecherche deshalb so relevant, weil sie nicht nur in der Zielsprache verfasst sind, sondern auch die Textsortenkonventionen der Zielkultur widerspiegeln. Durch das Einhalten der Strukturen in den Paralleltext werden somit die Erwartungen des Zielpublikums erfüllt. Holz-Mäntäri (vgl. 1981:8f) unterscheidet in ihren Ausführungen bezüglich Hilfsmitteln für TranslatorInnen zwischen Paralleltexten und Hintergrundtexten, die sie dem Überbegriff „Hilfstexte“ zuordnet. Weiters definiert sie Paralleltexte als Originale der Zielsprache, die im Idealfall von muttersprachlichen FachexpertInnen geschrieben wurden und die ÜbersetzerInnen dem Skopos entsprechende, in den Kontext eingebettete Terminologie, sowie Optionen für die Zieltextgestaltung, aufzeigen. Im Gegensatz zum sprachlichen Wissen, das aus Paralleltexten gewonnen werden kann, steht das Sachwissen, zu dem man durch sogenannte Hintergrundtexte gelangen kann. Es wurden auch andere Arten der Einteilung erstellt, Nord (1997) spricht ebenso wie Holz-Mäntäri von Hilfstexten, unterteilt diese jedoch in Paralleltexte, Vergleichstexte und Hintergrundtexte. Wenn Paralleltexte mit dem Ausgangsmaterial nicht nur in Bezug auf Textsorte und Thema übereinstimmen, sondern sich auch inhaltlich decken spricht Nord von „Modelltexten“. Als „Hintergrundtexte“ bezeichnet sie informative Texte der Ausgangs- oder der Zielsprache die sich mit demselben Thema wie der Ausgangstext befassen (vgl. Nord 1997:121f). Für Diskussionen sorgt häufig die Frage, ob Übersetzungen zu den Paralleltexten gezählt werden können. Snell-Hornby (1990:10) schließt Übersetzungen mit ihrer Definition „Originaltexte der gleichen Textsorte [...]“ als Paralleltexte

aus. Unabhängig davon, ob Übersetzungen nun zu den Paralleltexten gezählt werden oder nicht, müssen professionelle ÜbersetzerInnen mit dieser Art von Hilfsmittel umzugehen wissen. Besonders Paralleltexte bzw. Hilfstexte jeglicher Art, die aus dem Internet stammen, müssen hinreichend auf ihre Adäquatheit und Richtigkeit überprüft werden.

1.4.5.3 Elektronische Hilfsmittel

In unserem sogenannten Informationszeitalter, in dem sowohl der professionelle als auch der private Gebrauch technischer Geräte nicht mehr rapide steigt und in dem geographische Grenzen zunehmend an Bedeutung verlieren, ist der Umgang mit diversen technischen Hilfsmitteln in nahezu allen Berufssparten zu einem Muss geworden. Auch ÜbersetzerInnen – besonders im Bereich der Fachsprachen – verwenden verschiedenste elektronische Hilfsmittel. Die Nutzung oder Nichtnutzung von elektronischen Hilfsmitteln, um zeit- und kostensparend zu arbeiten, ist auch nicht mehr nur eine Entscheidung, die professionelle ÜbersetzerInnen für sich selbst treffen. Der kompetente Umgang mit technischen Hilfsmitteln, insbesondere den sogenannten CAT-Tools⁶, gilt heute für viele AuftraggeberInnen als Voraussetzung. Bezüglich der Qualität von Übersetzungen, schreibt Risku (vgl. 2004:242) der Übersetzungstechnologie zwei Rollen zu. Durch die Verwendung von Translation Memories wird es einfacher Übersetzungen für Kunden zu erstellen, für die man bereits zuvor gearbeitet hat und das Management bei Teamarbeiten wird ebenso erleichtert. Risku betont jedoch auch den „Vergleich von Einzelelementen“, auf dem Management-Systeme basieren, was einer Übersetzungsstrategie gleichkommt, die mit laienhaftem Übersetzen vergleichbar ist.

Im Gegensatz zu den übersetzungstechnischen Hilfsmitteln steht die maschinelle Übersetzung⁷. Nach jahrelangen Forschungen auf dem Gebiet der vollautomatischen Übersetzung hat sich bis heute noch kein wesentlicher Erfolg eingestellt und sie wird im professionellen Rahmen auch kaum angewandt. Aus sprachtechnologischer Sicht setzt die Industrie heute vermehrt auf Übersetzungstechnologie, die TranslatorInnen bei ihrer Arbeit unterstützen und sie nicht ablösen sollen. Verschiedene Systeme und Programme tragen beispielsweise zur Konsistenz der Terminologie bei und ersparen den ÜbersetzerInnen, wenn sie richtig eingesetzt werden, sehr viel Zeit und Aufwand. Dies trifft vor allem auf technische und stark standardisierte Texte zu.

⁶ Zur Typologie der verschiedenen elektronischen Hilfsmittel im Übersetzungsbereich siehe v.a. Austermühl 2001.

⁷ Detaillierte Informationen zum Thema maschinelles Übersetzen finden sich u. a. bei Hutchins (1997).

1.5 Allgemeine Translationstheorien und ihre Bedeutung für das Übersetzen von Rechtstexten

In den folgenden Kapiteln soll behandelt werden, in wie weit allgemeine Translationstheorien speziell auf die Übersetzung von Rechtstexten anwendbar sind und, ob es u.U. Adaptierungen bedarf.

1.5.1 Die Skopostheorie

Traditionsgemäß waren RechtsübersetzerInnen stets an den Grundsatz der Treue zum Ausgangstext gebunden, und zwar basierend auf der Annahme, dass es das Hauptziel der Rechtsübersetzung sei, den Inhalt des Ausgangstextes so genau wie möglich wiederzugeben. Sowohl JuristInnen als auch SprachwissenschaftlerInnen waren sich daher einig, dass wörtlich übersetzt werden muss. Obwohl sich bis zum heutigen Tage bereits einiges in dieser Hinsicht getan hat und sich TranslatorInnen dafür eingesetzt haben zieltextorientierter zu übersetzen, so scheint Treue zum Ausgangstext im Bereich Recht noch immer als oberstes Gebot zu gelten (vgl. Šarčević 1997:16). Vermeer (1989) stellte mit seiner Skopostheorie eine generelle Translationstheorie auf, die den Zweck der Übersetzung in den Vordergrund rückt. Vermeer ist davon überzeugt, dass seine Theorie auf Übersetzungen jeglicher Art anwendbar sind (vgl. Vermeer 1982:99), viele FachsprachentheoretikerInnen sind jedoch von dem Nutzen der Skopostheorie für das Fachübersetzen nur schwer zu überzeugen, da sie noch immer an dem Grundsatz festhalten, dass der Inhalt des Ausgangstextes so exakt wie möglich übertragen werden muss, basierend auf der Annahme, dass fachsprachliche Texte meist dieselbe Funktion haben wie das Translat (vgl. Šarčević 1997:18). Wie auch Vermeer selbst, sind viele TranslationswissenschaftlerInnen jedoch der Meinung, die Skopostheorie wäre besonders für die Übersetzung fachsprachlicher Texte geeignet (vgl. u. a. Stolze 1994 und Snell-Hornby 1988:47). Vermeer (vgl. 1986:34) verwendet einen Versicherungsvertrag als Beispiel für die Anwendung seiner Theorie für das Übersetzen von Rechtstexten. Er versucht anhand von zwei möglichen Situationen zu demonstrieren, dass die Funktion des Zieltextes Auswirkungen auf die Übersetzungsstrategie hat. Würde der Text nämlich als Beweismittel vor Gericht genützt werden, müsse ausgangstextorientiert übersetzt werden, würde er jedoch als Vertrag in der Praxis genutzt werden, müsse man sich an der Zielsprache orientieren. Kritik an dieser Darstellung kommt zunächst von Šarčević (vgl. 1997:19), die dieses Beispiel als zu vereinfachte Darstellung ansieht. Durch die Annahme, eine passende Übersetzungsstrategie könne rein auf Basis der Funktion gewählt werden, würde die Tatsache außer Acht gelassen, dass Rechtsübersetzen speziellen Regeln unterliegt, „governing their use in the mechanism of law“ (Šarčević 1997:19), sie befürwortet jedoch die Feststellung, dass Rechtsübersetzungen nicht in jedem

Fall wörtlich zu erfolgen haben. Auch Madsen stellt in Frage, ob die angeblich generelle Gültigkeit der Skopostheorie auch auf das Übersetzen juristischer Fachtexte zutrifft:

[...] it may be recognized that the basic assumptions of the skopos theory prove inadequate when it comes to the description of legal texts, basically because the level of abstraction is so high that the theory, despite its claim for general validity, does not take into account the conventionalization and institutionalization of the communicative activities of the legal universe. (Madsen 1997:17)

Im Rahmen der beiden bereits erwähnten möglichen Situationen, die Vermeer für seinen Beispieltext bestimmt, wäre die Übersetzung entweder als Dokument oder Instrument zu sehen, was der Skoposregel „Eine Translation ist abhängig vom Zweck des Translats“ (Vermeer 1986:34) entspricht. Madsen kritisiert jedoch Vermeers weitere Ausführungen:

Eine Translation ist also immer auch ein transkultureller Transfer, die möglichste Lösung eines Phänomens aus seinen alten kulturellen Verknüpfungen und seine Einpflanzung in zielkulturelle Verknüpfungen. Ohne diese Verknüpfungen geht es gar nicht ab. (Vermeer 1986:34)

Madsen (vgl. 1997:17) ist mit der Annahme, dass Translation in jedem Fall ein transkultureller Transfer sei insofern nicht einverstanden, als dass dies im Kontrast zu jener von Vermeer bestimmten Situation des Translats als „Dokument“ stünde.

Generell kann also angenommen werden, dass der Hauptkritikpunkt seitens juristischer FachexpertInnen an der Relevanz der Skopostheorie für das Rechtsübersetzen darin besteht, dass sie die Komplexität des rechtlichen Rahmens nicht angemessen einbezieht.

1.5.2 Hermeneutik

„Hermeneutics is exploring the possibility of understanding otherness“, wie es Stolze (2011:45) formuliert. Indem der Translator und die Translatorin als kompetente Personen in den Mittelpunkt wissenschaftlicher Überlegungen gestellt werden, werden sie zum Zentrum des Paradigmas der Hermeneutik. Verstehen hängt mit der Orientierung und Dominanz innerhalb der eigenen Umwelt zusammen. Probleme entstehen, wenn die Interpretationen und Erfahrungen innerhalb dieser Umwelt nicht mehr anwendbar sind. Dies trifft im Bereich Translation, aufgrund der ständigen Spürbarkeit der Spannungen zwischen dem Fremden und dem Bekannten, zu (vgl. Stolze 2011:45).

Gemäß Stolze (1992a) setzt sich der Übersetzungsprozess aus zwei Phasen, und zwar der Verstehens- und der Reverbalisierungphase zusammen und bezieht sich im Rahmen der Hermeneutik auch speziell auf das Übersetzen von Rechtstexten:

Das Verstehen und Übersetzen juristischer Texte ist daher schwerpunktmäßig mit drei Problemkreisen konfrontiert: der Auslegung des individuellen Textsinns wie bei jedem Text, dem Umgang mit den Standardformeln und der Übersetzung der rechtsförmigen Begriffswörter. (Stolze 1992a:177)

Bezugnehmend auf die Ausführungen von Stolze betont Garre (vgl. 1999:83f) zunächst, dass diese generellen Schilderungen interessante und auch relevante Themen umfassen. Garre argumentiert jedoch auch, dass Stolzes, zumeist sehr allgemeine, Hinweise auf Problemstellen jedoch keine konkreten Lösungsvorschläge enthalten. Stolze würde beispielsweise die Übersetzung formelhafter Wendungen als Problemquelle bei der Rechtsübersetzung ansprechen, jedoch keine Vorschläge liefern, wie hermeneutische ÜbersetzerInnen mit diesen Wendungen umgehen sollten. Garre sieht den hermeneutischen Ansatz beim Rechtsübersetzen schließlich als problematisch, weil ÜbersetzerInnen zu viel Interpretationsspielraum hätten:

The main reason for the problem in the hermeneutic approach to translation is that it leaves too much to the individual translator in terms of decision-making and interpretation. Hermeneutic translation does not try to place translations and translators in a larger context. That is a serious problem, because it means that neither the translation nor the translator will have any grounding other than in individual background and history. (Garre 1999:85)

Garre titulierte, wie bereits erwähnt, Stolzes (1992) Ausführungen als zu allgemein und ohne wirklich relevante Lösungsvorschläge. In späteren Ausführungen zur hermeneutischen Übersetzung präsentierte Stolze jedoch Teile eines englischsprachigen Vertrags und seiner deutschen Übersetzung (vgl. 2011:210f) sowie einen ausführlichen Kommentar (vgl. 2011:212ff). Stolze (vgl. 2011:113) räumt ein, dass bei Rechtstexten verschiedene Aspekte eine wichtige Rolle spielen, da sich Rechtskonzepte, die das Zusammenleben von Menschen regeln, beispielsweise auf Basis regionaler Traditionen entwickelt haben. In Bezug auf den als Beispiel angeführten Vertrag, fasst Stolze (2011:212ff, Hvbgl. i.O.) fünf Hauptproblemquellen zusammen und zwar „SITUATIVE BACKGROUND“, „MEANING DIMENSION“, „PREDICATIVE MODE“, „GENRE AND STYLISTICS“ und „FUNCTION“, die sie im Zuge ihrer Analyse näher ausführt.

Šarčević (vgl. 1997:63) betont in ihren Ausführungen, dass zwischen juristischer Hermeneutik und Hermeneutik, wie sie allgemein verstanden wird, ein signifikanter Unterschied bestünde und bezieht sich hierbei auf Mayer-Maly:

Bei der allgemeinen Hermeneutik zielt das Verstehen auf alles, was der Text bedeutet. Der juristischen Auslegung dagegen geht es zumeist bloß darum, ob ein Text so zu verstehen ist, daß er für einen bestimmten Sachverhalt erheblich ist (Mayer-Maly 1969:414).

Das Ziel der juristischen Hermeneutik besteht nicht nur darin, die Bedeutung eines Rechtsgrundsatzes zu ermitteln, sondern auch darin festzustellen, ob der Sachverhalt in

einem konkreten Fall im Rahmen des abstrakten Grundsatzes subsumiert werden kann (vgl. Šarčević 1997:63).

Um einen Text verstehen zu können, müssen RezipientInnen die Fähigkeit besitzen, den Text auszulegen. Die Hermeneutik wird hierfür als wissenschaftliches Verfahren erachtet. Auch Simonnæs unterscheidet zwischen der Hermeneutik, wie sie von SprachwissenschaftlerInnen verstanden wird und dem, was RechtsexpertInnen als Hermeneutik bezeichnen (vgl. 2012:27f). Simonnæs (2012:32) sieht Rechtswissenschaft weiters als „die Wissenschaft vom Verstehen des in der Sprache lebenden Rechtsstoffes“, für die Hermeneutik folglich eine wichtige Rolle spielt. Während bei der Hermeneutik im allgemeinen Sinn das Verstehen von allem, was ein Text bedeutet, umfasst, geht es bei der juristischen Hermeneutik um ein enger gefasstes Ziel, nämlich den Text im Hinblick auf einen konkreten Sachverhalt zu verstehen (vgl. Mayer-Maly 1969:414).

1.5.3 Rechtsübersetzen - eine eigene Theorie?

Es wurde bereits oft die Frage gestellt, ob für das Übersetzen von Rechtstexten eine eigene Theorie notwendig sei. Aufgrund des interdisziplinären Charakters der relevanten Wissenschaften, und zwar der Translations- und Rechtswissenschaften, liegt die Annahme nahe, solch eine Theorie sollte in enger Zusammenarbeit der Fachdisziplinen entwickelt werden. Die beiden vorhergehenden Kapitel haben gezeigt, dass sich dies als schwieriges Unterfangen erweist, da meist keine Einigkeit über die Relevanz verschiedener Theorien herrscht.

Während TranslationswissenschaftlerInnen in ihren Versuchen, allgemeine Translations-theorien für Rechtstexte anzuwenden, häufig irreleitende Angaben machen und die kommunikative Funktion der Rechtstexte nicht erkennen, konzentrieren sich JuristInnen in ihren Ausführungen zum Thema Translation meist ausschließlich auf terminologische Fragen und vernachlässigen den Text als Ganzes. Da Translation jeglicher Art wie schon festgestellt wurde kein „transcoding process“ ist, ist die Behandlung rein terminologischer Problemstellen bei weitem nicht ausreichend (vgl. Šarčević 1997:5). Auch Pommer (2006:63) ist der Ansicht, dass, obwohl terminologische Aspekte natürlich besonders im Bereich Recht eine wichtige Rolle spielen, oft andere Problemstellen überhaupt nicht behandelt werden.

1.5.4 Theorie und Praxis

„Theoretisches Wissen ist die Voraussetzung für jedes Handeln.“ Mit dieser Aussage definiert Kaiser-Cooke (2007:39) in einem Satz die Beziehung zwischen theoretischem und

praktischem Wissen. Das theoretische Wissen, das somit als Basis jeder praxisbezogenen Handlung dient, kann sowohl angeborenes als auch erworbenes Wissen sein und sollte nicht als Gegensatz zum praktischen Wissen gesehen werden (Kaiser-Cooke 2007:39f).

Die Frage danach, inwieweit Theorie für die Praxis des Übersetzens von Bedeutung ist und in welcher Relation sie zur Praxis steht, wurde seit Entstehung der Translationswissenschaft – einer noch relativ jungen Wissenschaft – immer wieder gestellt, und auch versucht zu beantworten. In der Praxis gibt es auch heute noch viele ÜbersetzerInnen, die ihrer Tätigkeit, sei es nun aufgrund mangelnder Kenntnisse über die Komplexität des Übersetzens oder aus anderen Gründen, ohne fundierter translationswissenschaftlicher Ausbildung, nachgehen. Um die eigenen Entscheidungen jedoch auf professionelle Weise verteidigen und begründen zu können, ist es unerlässlich, auf theoretisches Wissen zurückgreifen zu können. Reiß (vgl. Reiß/Snell-Hornby/Kadrić 1995:29) führt diese ablehnende Haltung gegenüber Translationstheorien mit sehr direkten Worten u. a. auf Faulheit, Naivität und Uneinsichtigkeit zurück und betont gleichzeitig, dass von namhaften ÜbersetzerInnen schon immer theoretische Überlegungen angestellt wurden. Als Beispiel nennt sie zum einen Cicero, der seine eigenen Grundlagen und Methoden hatte und zum anderen Hieronymus und Luther, die ihr Vorgehen durch Argumentation rechtfertigten.

Um translatorische Kompetenzen zu erwerben, muss Wissen über die Realität der Praxis vorhanden sein und darüber, was sie umfasst. Ebenso ist es unverzichtbar, eine Theorie zu dieser praktischen Anwendung zu formulieren, deren Richtigkeit und Relevanz in der Praxis getestet werden kann und somit wieder zu praxisrelevantem Wissen umgewandelt wird (vgl. Kaiser-Cooke 2004:285). Nichtsdestotrotz ist es eine Tatsache, dass bereits seit sehr langer Zeit auch ohne theoretisches Fundament übersetzt wird und dies auch „funktioniert“. Auch Hönig (vgl. 1995:22f) erkennt, dass es für die Translationswissenschaft schwierig ist, diesem Argument den Wind aus den Segeln zu nehmen. Warum etwas ändern, das auch so möglich ist? Immer wieder trifft man auf KundInnen, die mit Übersetzungsleistungen nicht zufrieden sind sowie ÜbersetzerInnen, die sich über utopische Erwartungen seitens der AuftraggeberInnen ärgern. Diese Tendenzen scheinen aber von den ÜbersetzerInnen, die ohne theoretische Grundlagen arbeiten, noch weitgehend als unbedenklich empfunden zu werden. Hönig spricht aber von Entwicklungstendenzen, die es den unreflektiert arbeitenden ÜbersetzerInnen zukünftig schwerer machen könnten. In seinen Ausführungen spricht er von einem Markt, der sich mit seinen Worten zunehmend in den Sektor „Billig- und Massenware“ sowie „Qualitätsprodukte“ zweiteilt. Damit professionelle ausgebildete TranslatorInnen mit den nichtausgebildeten ÜbersetzerInnen konkurrieren können, muss dies folglich durch andere Kriterien als der preislichen geschehen. Viele Berufstätige bieten zusätzlich zu ihrer hauptberuflichen Tätigkeit auch Übersetzungen zu Preisen an, aufgrund derer freiberufliche professionelle ÜbersetzerInnen am Markt keine Chance haben. „Die Chance der qualifizierten Übersetzer kann nur in der Qualität ihrer Produkte

liegen – und damit aber vor allem auch in der Fähigkeit, diese Qualität nachweisen zu können.“ (Hönig 1995:23)⁸ Jene Personen, die also nur nebenbei übersetzen, könnten nun argumentieren, dass sie nicht so viel Zeit hätten, wie hauptberufliche ÜbersetzerInnen und sich daher nicht so genau mit der Materie befassen könnten. Doch wäre dieses Argument legitim? Eine mögliche Antwort darauf liefert Hönig:

Würde wohl auch jemand sagen: ‚Ich bin kein professioneller Arzt, deshalb ist die Wunde nicht so schön verheilt.‘ Oder: ‚Ich bin kein professioneller Jurist, deshalb haben Sie den Prozeß verloren‘? Sicher nicht! Der Nicht-Jurist oder Nicht-Mediziner würde sagen: ‚Ich kann (und darf!) das nicht machen, gehen sie zu einem Fachmann.‘ (Hönig 1995:29)

Dass sich im Bereich der Translation sehr wohl Laien dazu bemächtigt fühlen Übersetzungen anzufertigen, deutet darauf hin, dass sie für jene Übersetzungen eingesetzt werden können, die nicht „hundertprozentig perfekt“ sein müssen. Für Hönig (1995:299) deutet dies auf folgende fälschliche Annahme hin: „Übersetzer sind zuständig für ästhetisch befriedigende Resultate, aber ‚Inhalte‘ können auch Laien übertragen.“ Um diese Annahme als inkorrekt zu identifizieren, muss lediglich auf die bereits erläuterten Teilkompetenzen verwiesen werden. Auch Risku erkennt den untrennbaren Zusammenhang zwischen theoretischen Grundlagen und der Praxis. Sie argumentiert, dass Studierende sowohl Wissen über Theorien der Translationswissenschaft, als auch über Translationsmodelle erwerben müssen, „um das Lernziel verstehen zu können“ (Risku 2004:34). Während des Studiums sollte klar vermittelt werden, was Translation bzw. Translationskompetenz beinhaltet.⁹ Es sollte ein Bewusstsein dafür entstehen, dass der Kern des Studiums der Translationswissenschaft nicht mit Sprachunterricht, bei dem Grammatik- und Wortschatzübungen im Vordergrund stehen, gleichzusetzen ist. Einen Gegenstand professionell und wissenschaftlich zu betrachten bedeutet, eine kritische Reflexion der aktuellen Situation und seiner üblichen Organisation (vgl. Risku 2004:34f). Das folgende Modell zeigt, wie sich translatorische Kompetenz entwickelt:

⁸ Nähere Ausführungen zum Thema Qualität nachweisen und argumentieren werden in Kapitel 1.2.2 und Kapitel 1.3.4 behandelt.

⁹ Mit der Frage, welche Rolle akademische Institutionen in Bezug auf die Vermittlung theoretischen Wissens innehaben bzw. innehaben sollten, befasst sich auch Prunč. Er kritisiert, dass der frühere sehr praxisorientierte Zugang dazu führte, dass sich die ausgebildeten ÜbersetzerInnen durch nichts von ihren zweisprachigen KonkurrentInnen ohne akademische Bildung abhoben (vgl. Prunč 1997:105f). Somit besteht auch die Aussicht, dass akademische Ausbildungsstätten durch einen auf theoretischen Grundlagen basierenden Ansatz neue Qualitätsstandards für Translation schaffen (vgl. Prunč 1997:206).

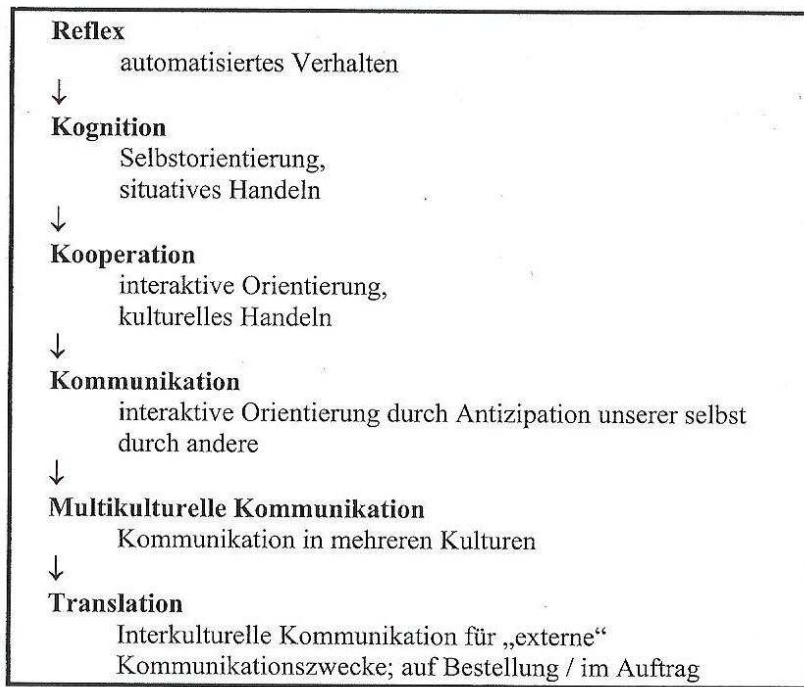


Abb. 4: Kompetenzentwicklungsmodell (Risku 2004)

Um translatorische Kompetenz zu erwerben, ist theoretisches Basiswissen also unverzichtbar:

Übersetzen erlernt man nicht, indem man übersetzt. Theoretische Modelle sind als Orientierungsinstrumente nötig, ansonsten geht man in der Komplexität der jeweiligen Situation verloren oder man verlässt sich [...] auf antrainierte, statische Methoden, die in trügerischer Weise Sicherheit vortäuschen. (Risku 2004:35)

Translation ist ein interdisziplinärer, dynamischer Gegenstand, aus diesem Grund ist auch die Zusammenarbeit mit anderen Disziplinen wie Kognitionswissenschaft oder den spezifischen Fachbereichen wie beispielsweise Recht oder Technik essentiell.

1.6 Zusammenfassende Bemerkungen

Übersetzungskompetenz ist also ein komplexer Begriff und umfasst weitaus mehr als Fremdsprachenkenntnisse. Der Begriff Übersetzungskompetenz setzt sich aus mehreren Teilkompetenzen zusammen, die eng miteinander in Beziehung stehen. Überdies wird die Übersetzungskompetenz von weiteren Faktoren bestimmt, die auch in den zuvor vorgestellten Kompetenzmodellen dargestellt werden. Neben den notwendigen praktischen Kompetenzen spielt auch fundiertes translationstheoretisches Wissen eine wichtige Rolle, um professionell agieren zu können.

Das Wissen, das professionelle TranslatorInnen besitzen müssen, wurde bereits eingehend behandelt. Um auf die Frage, über welche Kompetenzen juristische FachübersetzerInnen verfügen müssen und, ob eine eigene Theorie nötig ist bzw. existiert, müssen weitere Faktoren behandelt werden. Das folgende Hauptkapitel befasst sich vorwiegend mit der Person des Übersetzers und der Übersetzerin und den mentalen Prozessen die während des Übersetzungsvorgangs ablaufen. In Kapitel 3 werden alle relevanten Aspekte der Rechtsprache und des Rechtsübersetzens dargestellt um einen Überblick aller relevanten Aspekte und Besonderheiten zu bekommen.

2. Translationsprozessforschung

*Denken ist etwas, das auf Schwierigkeiten folgt
und dem Handeln vorausgeht.*

- Berthold Brecht

Professionelle ÜbersetzerInnen zeichnen sich durch bewusstes und reflektiertes Handeln aus, das sie, wenn notwendig, auch verbal zum Ausdruck bringen können. Aus diesem Sachverhalt ergibt sich nun der Umstand, dass die Kompetenz von TranslatorInnen nicht nur anhand der Qualität ihrer Translate bewertet werden kann, wie es lange Zeit der Fall war. Ein wichtiger Faktor für die Qualitätsbeurteilung sind die mentalen Prozesse, die während des Übersetzungsvorgangs ablaufen und u. a. Aufschluss über die Unterschiede zwischen Laien und ExpertInnen geben. Aus diesem Grund sind die nachfolgenden Kapitel dem mentalen Aspekt des Übersetzungsprozesses oder wie es Krings (1986) formuliert: „Was in den Köpfen von Übersetzern vorgeht“, gewidmet.

2.1 Professionelles Übersetzen als bewusste Handlung und komplexes Problemlösen

Anhand der bisherigen Ausführungen wird deutlich, dass professionelles Übersetzen ein äußerst komplexer Prozess ist und somit weit über das Beherrschen einer Fremdsprache hinausgeht. Risku (vgl. 2002:40) tituliert interkulturelle Fachkommunikation als komplexen Problemlösungsprozess, da die Erstellung von Texten im Rahmen interkultureller Fachkommunikation nicht einfach nur das Festhalten von Wörtern auf Papier ist, sondern „die konstruktive Gestaltung einer umfassenden multimedialen Situation“ darstellt. Gemäß Funke (1992:5) ist von Problemlösen die Rede, wenn „die Überführung des Ausgangszustands in einen (u.U. selbständig zu präzisierenden) Zielzustand nicht auf Anhieb gelingt, sondern das Überwinden von ‚Barrieren‘ zwischen Ist- und Sollwerten erfordert“. Aufgrund von Unterschieden die Ausgangs- und Zielkultur betreffend, fehlenden Äquivalenten in der Zielsprache und vielen weiteren Aspekten kann wohl davon ausgegangen werden, dass sich TranslatorInnen also nahezu durchgehend mit solchen „Barrieren“ konfrontiert sehen, die es zu bewältigen gilt. Auch, dass es zu den Aufgaben von TranslatorInnen zählt, den gewünschten „Zielzustand“ des Translats selbst zu formulieren trifft zu, sollten die AuftraggeberInnen dazu nicht in der Lage sein bzw. sich über die Notwendigkeit einer solchen Spezifizierung nicht im Klaren sein. Risku (2002:40) betont in diesem Zusammenhang auch die Notwendigkeit, sich an der Gesamtsituation orientieren zu können und Strategien ggf. an die Gegebenheiten der spezifischen Situationen anzugleichen, um somit zweckmä-

ße Lösungen für Probleme bereitstellen zu können. Um Probleme lösen zu können, muss zunächst ein Bewusstsein für ihre Existenz bestehen. Dieses Bewusstsein ist ein wichtiges Kriterium für ExpertInnen und bei Laien häufig nicht vorhanden. Im Bereich der Translation äußert sich dieses Unbewusstsein häufig in Form von AuftraggeberInnen, die von leicht zu übersetzenden Texten sprechen. Ein leicht verständlicher Ausgangstext hat nicht automatisch zur Folge, dass seine Übersetzung ebenso reibungslos verläuft. Die Probleme ergeben sich also nicht aus dem Ausgangstext, sondern resultieren „aus dem Verhältnis zum intendierten Zieltext“ (Kadrić/ Kaindl/ Kaiser-Cooke 2012:143). Bewusstes und reflektiertes Handeln in der Praxis setzt theoretisches Wissen voraus, wie es in Kapitel 1.6 dargestellt wurde. Die Vorteile, die sich durch bewusstes und reflektiertes Arbeiten auf Basis der Translationstheorien für professionelle TranslatorInnen ergeben, wurden von Hönig sehr klar zusammengefasst:

Ein Bewußtsein davon, was Übersetzer eigentlich tun, würde sie in die Lage versetzen

- sich durch ihr prozessuales Wissen wechselnden Anforderungen anzupassen;
- den Standpunkt von Laien zu verstehen und produktiv mit ihnen über die Qualität einer Übersetzung reden zu können;
- Auftraggebern und Endverbrauchern einer Übersetzung zu verdeutlichen, was sie sinnvollerweise von ihr erwarten können und wie sie darauf Einfluß nehmen können, daß das Produkt ihren Erwartungen entspricht;
- die Qualität von Fremdübersetzungen beurteilen zu können;
- Hilfsmittel (besonders auch computergestützte) realistisch beurteilen und effektiv einsetzen zu können;
- Mitarbeiter zu schulen, anzuleiten und ihre Leistungen beurteilen zu können;
- die Möglichkeiten der maschinellen Übersetzung beurteilen und nutzen zu können (und gegebenenfalls auch an der Entwicklung einschlägiger Software mitzuarbeiten). (Hönig 1995:24, Hvbgl. i.O.)

Die Schlüsselbegriffe der professionellen Tätigkeit als ÜbersetzerIn lauten also Reflexion und bewusstes Handeln. Diese Eigenschaften würden ÜbersetzungsexpertInnen folglich sichtbar von Laien abgrenzen und überdies auch von FachexpertInnen, die neben ihrer hauptberuflichen Tätigkeit Übersetzungen anfertigen. Denn es kann wohl davon ausgegangen werden, dass ein Beruf der viele Kompetenzbereiche umfasst und einen hohen Grad an Bewusstsein und Reflexion erfordert, „nebenbei“ zufriedenstellend ausgeführt werden kann, wenn die hauptberufliche Tätigkeit ohnehin schon fordernd ist.

2.2 Methoden der Translationsprozessforschung

Nachdem nun in Kapitel 1 dargestellt wurde, wie komplex der Vorgang des professionellen Übersetzens ist, soll nun näher auf die mentalen Prozesse eingegangen werden, die während des Übersetzungsvorgangs ablaufen. Sehr lange Zeit wurden nur aus dem Endergebnis, im Falle des Übersetzens der Qualität des Translats, Schlüsse auf die erforderliche

Kompetenz von TranslatorInnen gezogen. Die Translationsprozessforschung hingegen befasst sich mit der Frage, welche Vorgänge und Abläufe zu fertigen Translaten führen, wobei unter Translationsprozessen jene Prozesse verstanden werden können, die die Organisation von Abläufen und Kooperation betreffen, oder aber die mentalen Vorgänge, die zum gewünschten Endprodukt führen (vgl. Göpferich 2008:1). Für dieses Kapitel sind vor allem die mentalen Prozesse von Belang, daher sind in den nachfolgenden Ausführungen unter Translationsprozess ausschließlich diese zu verstehen. Die Translationsprozessforschung hat sich innerhalb der Translationswissenschaft herausgebildet und ist folglich ein noch sehr junger Bereich der Forschung. In den 1980ern wurden erstmals Versuche unternommen, Fakten über die mentalen Abläufe von TranslatorInnen zu gewinnen, anstatt ihr Können rein an ihren Translaten festzumachen. Einen der ersten Beiträge zur Translationsprozessforschung lieferte Krings (1986) in seiner, in dieser Arbeit bereits erwähnten, Dissertation, bei der durch Lautes Denken versucht wurde, Aufschluss über die Abläufe in den Gehirnen der ÜbersetzerInnen zu geben (Göpferich 2008:3). Die Zahl der Studien und Experimente im Bereich der Translationsprozessforschung hat in den letzten beiden Jahrzehnten vermehrt zugenommen, was vor allem auf die Entstehung und Nutzung der Methode des Lauten Denkens zurückzuführen ist. Das vorhandene Interesse an diesem Forschungsbereich ergibt sich wohl aus dem Wunsch, das Phänomen Translation und die damit einhergehenden mentalen Prozesse besser zu verstehen, ihn erklären und möglicherweise sogar vorhersagen zu können (vgl. Pavlović 2009:82).

Die Translationsprozessforschung ist heute bemüht, Experimente auf eine Weise durchzuführen, die einer realen Situation so nahe wie möglich kommen. Dies äußert sich beispielsweise darin, dass VersuchsteilnehmerInnen an ihrem üblichen Arbeitsplatz und mit den auch sonst verwendeten Hilfsmitteln arbeiten. Da bei diesen Versuchen häufig verbale Daten ausgewertet werden und dies natürlich mit einem hohen Aufwand verbunden ist, war die Zahl der VersuchsteilnehmerInnen pro Studie bisher immer relativ gering und daher weniger repräsentativ. Neuerdings entsteht innerhalb der Translationsprozessforschung jedoch ein weiterer Forschungszweig. Verschiedene Forschungsgruppen, wie beispielsweise die PACTE-Gruppe, verwenden solche Verfahren nun um Daten auszuwerten, wobei die Resultate rein durch statische Verfahren gewonnen werden (vgl. Göpferich 2008:5f).

Zu diesen Datenerhebungsmethoden gehören Fragbögen mit geschlossenen Fragen, Aufzeichnungen des Schreibprozesses beim Übersetzen, zu deren Auswertung elektronische Hilfsmittel entwickelt werden, so dass große Datenmengen von vielen Versuchspersonen rasch analysiert werden können; sowie Eye-Tracking. Sicherlich stellen die Ergebnisse dieser quantitativen Auswertungsverfahren eine wertvolle Ergänzung zu den bereits vorliegenden Ergebnissen qualitativer Art dar und helfen der Translationsprozessforschung aus der Verhaftetheit in Fallstudien heraus. (Göpferich 2008:6f)

Welche Verfahren und Einteilungsmöglichkeiten im Bereich der Translationsprozessforschung vorhanden sind, soll in den folgenden Kapiteln erläutert werden.

2.2.1 Methodenklassifizierung der Translationsprozessforschung

Eine besonders übersichtliche Zusammenstellung der verschiedenen Methoden der Prozessforschung liefert Krings (2005:348):

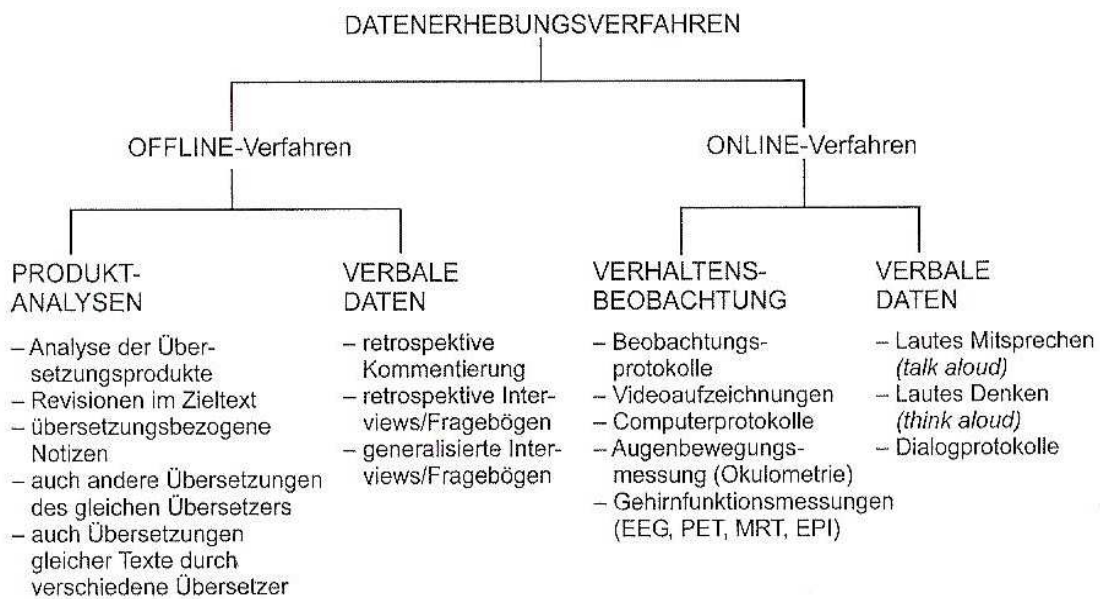


Abb. 5: Translationsprozessforschung (Krings 2005)

In seiner Typologie unterscheidet Krings zunächst zwischen „Offline-Verfahren“, bei denen die Daten erst nachdem der Übersetzungsprozess vollendet ist gesammelt werden und „Online-Verfahren“, bei denen Daten und Informationen simultan zum Übersetzungsprozess gewonnen werden. Bei den Offline-Verfahren unterscheidet Krings zwischen „Produktanalysen“ und „Verbale Daten“. Bei den Produktanalysen werden die Endprodukte der ÜbersetzerInnen, also ihre Translate verwendet, um auf Basis verschiedener Merkmale Schlüsse auf den Übersetzungsprozess zu ziehen (vgl. Krings 2005:348). Bei der Verwendung verbaler Daten werden alle von den ÜbersetzerInnen schriftlich notierten Anmerkungen in Betracht gezogen, „konkret also alle Markierungen und Notizen in, am oder zum Ausgangstext, erste Übersetzungsversuche und insbesondere alle Revisionen [...] im Zieltext.“ (Krings 2005:348f)

Krings schreibt den Online-Verfahren mehr Nutzen für die Erkenntnisgewinnung in Bezug auf Translationsprozesse zu als Offline-Verfahren und unterteilt auch diese Katego-

rie zunächst in zwei Untergruppen: „Verhaltensbeobachtung“ und erneut „verbale Daten“. Zu den derzeit aktuellsten Methoden der Verhaltensbeobachtung zählt beispielsweise die Verwendung von Screen-Recording-Software, bei der Computerprotokolle erstellt werden¹⁰. Verbale Daten beim Online-Verfahren werden zeitgleich mit dem Übersetzungsprozess gesammelt und stellen das bis jetzt am häufigsten angewandte Verfahren dar. Beim Lauten Denken werden die Versuchspersonen dazu aufgefordert, alle Gedanken während des Übersetzungsprozesses laut auszusprechen, diese Aussagen werden zeitgleich entweder durch Audio- oder Videogeräte aufgezeichnet und anschließend in Protokollen des Lauten Denkens schriftlich festgehalten. Krings differenziert überdies zwischen Lautem Denken und „Lautem Mitsprechen“:

Vom Lauten Denken [sic!] zu unterscheiden ist das sog. Laute Mitsprechen (talk aloud): Dieses ist ein eingeschränktes Lautes Denken, bei dem von den Versuchspersonen verlangt wird, nur das laut auszusprechen, was sie während der Beschäftigung mit der Aufgabe leise zu sich selbst sagen. Anders als beim Lauten Denken verbalisieren die Versuchspersonen in diesem Fall nur solche Gedanken, die konkretes sprachliches Material aus dem Ausgangstext oder dem Zieltext enthalten, während sie beim Lauten Denken auch sehr viele Verbalisierungen vornehmen, in denen die gesamte Problemhaftigkeit des Übersetzungsprozesses in all seinen Aspekten und einzelnen Lösungsschritten thematisiert wird. (Krings 2005:351)

Die letzte Subkategorie des Online-Verfahrens bilden die sogenannten „Dialogprotokolle“. Anders als beim Lauten Denken wird bei dieser Variante im Team gearbeitet (vgl. Krings 2005:352). Auf dieses Verfahren soll im nächsten Kapitel eingegangen werden.

2.2.2 Erhebung verbaler Daten beim Online-Verfahren

Wie die Typologie von Krings (2005) gezeigt hat, gibt es eine Vielzahl an Verfahren, die für Studien und Experimente in Bezug auf Translationsprozesse genutzt werden können. Die Anwendung von LD-Protokollen zählt wohl zu den bekanntesten und auch am häufigsten genutzten Verfahren. Aus diesem Verfahren hat sich eine noch weniger häufig angewandte Methode entwickelt, bei der mehr als eine Person am Translationsprozess beteiligt ist. Pavlović (2007) verwendet in diesem Zusammenhang den Begriff „collaborative translation protocols“ oder kurz CTPs, für die durch dieses Verfahren gewonnenen Protokolle. Bei diesen „collaborative translation tasks“ übersetzen zwei oder mehrere Personen gemeinsam einen Ausgangstext und erstellen, basierend auf ihren gemeinsam getroffenen Entscheidungen, ein Translat. Im Laufe dieser gemeinsamen Zusammenarbeit, beruht die Erarbeitung der Signifikanz des Ausgangstextes und die Entstehung des Zieltextes sowohl auf individuellen kognitiven Prozessen als auch auf der Interaktion der VersuchsteilnehmerInnen (vgl. Pavlović 2009:83).

¹⁰ Weitere mögliche Methoden der Verhaltensbeobachtung finden sich in Krings (2005:350f)

Ein Vorteil dieser Methode gegenüber der Methode des Lauten Denkens, der häufig genannt wird, ist, dass die Situation eher der Realität entspricht, da die Versuchspersonen mit realen PartnerInnen kommunizieren und arbeiten, und nicht mit sich selbst sprechen. Die Notwendigkeit, sein Vorgehen verbal auszudrücken, ergibt sich somit nicht durch die Anweisungen von ForscherInnen, die oft nicht einmal anwesend sind, sondern durch die Aufgabe selbst, deren Basis Kollaboration ist (vgl. Hönig/Kußmaul 1991:91f). Pavlović (2009:84) räumt ein, dass es durchaus wünschenswert wäre, dass die TeilnehmerInnen bereits Erfahrungen im Bereich der gemeinsamen Übersetzung hätten und, dass eine erfolgreiche Zusammenarbeit keineswegs garantiert werden kann, vor allem wenn die Problematik der Gruppendynamik ins Spiel kommt.

Betreffend möglicher Probleme, die bei der Anwendung der CTP-Methode auftreten könnten, verweist Pavlović (2009:90) auf Ericcson und Simon (1993), die einen Nachteil darin sehen, dass jeder Erklärungsversuch und alle weiteren verbalen Begründungen für das Vorgehen der TeilnehmerInnen sozial motiviert seien und jeglichen sozialen Interaktionen während Versuchen, die Lautes Denken beinhalten, eigentlich entgegengewirkt werden sollte. Trotz dieser Kritik steht Pavlović dieser Methode weiterhin positiv gegenüber und verweist darauf, dass die soziale Interaktion sogar den Kern dieses Verfahrens bildet:

Nevertheless, I believe CTPs can still be considered a valid research tool, as long as it is made clear that they are not a result of think aloud proper, but an alternative method. Depending on what we are investigating, we might even decide to make use of adversity: the very reasons why CTPs are not TAPs might be the very things we would like to find out about translation processes, for instance, why particular translation decisions are made, and not others. (Pavlović 2009:90)

Um diese Methode als legitimes Forschungsmittel zu betrachten, muss folglich Bewusstsein darüber vorhanden sein, dass CTPs eine Alternative zu den Protokollen des Lauten Denkens darstellen und möglicherweise gerade deshalb in verschiedenen Situationen von Nutzen sein können. Auch Krings sieht dieses Verfahren als „in jüngster Zeit häufiger praktizierte interessante Alternative zum Lauten Denken“ (Krings 2005:352).

In Bezug auf das Übersetzen von Rechtstexten wurde bereits zumindest eine Studie in dieser Form durchgeführt. Faber und Hjort-Pedersen (vgl. 2010:240) führten eine Studie durch bei der acht dänische StudentInnen des Masterstudiengangs „English for Specific Purposes“ paarweise mit der Übersetzung eines Rechtstextes beauftragt wurden, wobei die Methode des lauten Denkens sowie Videoaufnahmen herangezogen wurden. Die Ergebnisse haben gezeigt, dass bei den Studierenden Unverständnis ein Auslöser für Implikationen ist.

Ein unerwartetes Ergebnis stellte für die Forscherinnen die Tatsache dar, dass die StudentInnen durchaus dazu bereit waren, das Risiko linguistischer Explikationen oder Implikationen, trotz rechtlicher Konsequenzen, einzugehen. Es besteht natürlich die Mög-

lichkeit, dass sie in einer realen Situation anders gehandelt hätten. Auffallend ist auch, dass in den Translaten nur Implikationen im Sinne von Kürzungen zu finden sind, jedoch keine Verallgemeinerungen. Dies könnte als Zeichen für fehlendes Wissen über das betreffende Rechtssystem interpretiert werden, oder bedeuten, dass Verallgemeinerung als Strategie im Repertoire der Studierenden nicht vorhanden ist (vgl. Faber/ Hjort-Pedersen 2010:249). Diese Untersuchungen lassen Schlüsse darüber zu, welchen hohen Stellenwert juristisches Fachwissen bei der Übersetzung von Rechtstexten hat.

Faber und Hjort-Pedersens gemeinsames Projekt soll sich nach Beendigung aus drei Studien zusammensetzen, bei denen Translog¹¹ und entweder paarweises Lautes Denken¹² oder gleichzeitig Lautes Denken und retrospektive Interviews zur Anwendung kommen. In der ersten zuvor genannten Studie werden Übersetzungen von StudentInnen analysiert, in der zweiten Studie werden die Übersetzungen der ersten mit jenen von professionellen ÜbersetzerInnen verglichen und in der noch ausstehenden dritten Studie werden die Übersetzungen von RechtsexpertInnen beurteilt werden.

2.3 Kognitive Aspekte des Übersetzungsprozesses

Es soll nun thematisiert werden welche Rolle Kognition beim Übersetzungsprozess spielt. Insbesondere soll dargestellt werden, welchen Stellenwert Intuition und die Automatisierung von Teilprozessen einnehmen.

2.3.1 Intuition und Kognition beim Übersetzungsprozess

Fakt ist, dass Intuition ein wichtiger Bestandteil des Lebens eines jeden Menschen ist. Vor allem im Alltag werden wir immer wieder mit Situationen konfrontiert, in denen wir dazu gezwungen sind, rasch effektive Entscheidungen zu treffen, ohne dass die Möglichkeit besteht, bewusst darüber nachzudenken, warum diese Entscheidung getroffen wurde. Darüber, welche Rolle Intuition beim Übersetzungsprozess spielt bzw. in welcher Beziehung sie zur Kognition steht, gibt es unterschiedliche Meinungen und Standpunkte.

Thus, all humans can potentially translate because of the way humans are. This is not the same thing as saying that we are all born translators. At most, we are all born potential translators – just as we are all born potential singers, swimmers or lots of other things (Kaiser-Cooke 2004:285).

Wie aus diesem Zitat hervorgeht, hat also grundsätzlich jeder Mensch die kognitiven Voraussetzungen, die es ihm ermöglichen, Translation zu betreiben bzw. translatorische

¹¹ Zu Translog siehe v. a. : Jakobsen (1999a und 1999b)

¹² Dieses Verfahren würde CTPs (Pavlović 2007) bzw. Krings Dialogprotokollen (2005:348) gleichkommen.

Kompetenzen zu erwerben. Dies wiederum bedeutet nicht, dass jede Person, die diese Voraussetzungen erfüllt, automatisch als TranslatorIn geeignet ist, da es von größter Bedeutung ist zu erlernen, wie diese Tätigkeit systematisch durchgeführt wird. Es reicht nicht einfach intuitiv und unreflektiert Lösungsmöglichkeiten zu finden, es muss auch stets argumentiert werden können, warum bestimmte Ansätze gewählt wurden. Wilss (vgl. 1988:142) sieht Intuition in Bezug auf das Übersetzen als eine Art Notlösung bzw. als letzte Möglichkeit, derer sich ÜbersetzerInnen bedienen, wenn sie durch methodisches Vorgehen und die Verwendung übersetzerischer Strategien nicht mehr vorankommen. Diese Aussage impliziert gleichermaßen, dass Intuition an das Ende des Übersetzungsprozesses tritt (vgl. Göpferich 2008:165). Intuition sollte hier jedoch nicht getrennt von Kognition betrachtet werden. Vielmehr handelt es sich um zwei Faktoren, die parallel auftreten bzw. während des Übersetzungsprozesses in enger Beziehung zueinander stehen. Auch Hönig (vgl. 1995:46f) räumt ein, dass Kognition und Intuition keinesfalls getrennt voneinander betrachtet werden sollten und dass, konträr zur Aussage von Wilss, kognitive Vorgänge nicht zwangsläufig linear zu einer intuitiven Endentscheidung führen und spricht in diesem Zusammenhang von „kognitiv-intuitiven Ketten“.

Wie bereits erwähnt, spielen Intuition sowie Kognition in den verschiedensten Situationen für alle Menschen eine wichtige Rolle. Es bleibt nun zu klären, in welchem Zusammenhang Intuition und Expertise stehen.

The ‚intuitively right‘ feelings characteristic of expertise are thus based on the validated knowledge gained by experience, and are not ‘mere hunches’. The more this validation or corroboration of theory to reality increases, the more experts view events holistically, i.e. learn to select those features which are relevant. The more this happens, the more successful they are at solving problems, and the faster this occurs, the more ‘expert’ they become (Kaiser-Cooke 2004:288).

Intuition, wie sie von ExpertInnen genutzt wird, basiert also auf bereits erworbenen Erfahrungen und dem Wissen, das durch diese Erfahrungen gewonnen wurde. ExpertInnen-intuition ist verlässlich, da die ExpertInnen die Theorie, die hinter der Intuition steht, erkennen und sie bewusst auf ihre Tauglichkeit testen können (vgl. Kaiser-Cooke 2004:288). Folglich steht Intuition von TranslationsexpertInnen im Kontrast zu jener Intuition, die wir im Alltag anwenden und häufig als „Bauchgefühl“ bezeichnen.

Die sogenannte „Situating Cognition“¹³ ist eine Theorie deren Ziel darin besteht Modelle zu entwickeln, mit deren Hilfe die fortlaufende Wandlung von sozialen Prozessen zur Problemlösung und ihrer Interaktivität erklärt werden sollen. Kognition ist kein „isoliertes, auf genau definierten Informationseinheiten aufbauendes mentales Phänomen“ (Risku

¹³ Die Situating Cognition wird von anderen AutorInnen auch als „Situating Embodied Cognition“ oder „Situating Action“ bezeichnet (vgl. Risku 2004:71). Ausführliche Informationen zur Situating Cognition finden sich u. a. in Suchman (1987), Clark (1997) und Clancey (1997).

2004:88), sondern beschäftigt sich vielmehr mit der Frage, was Denken eigentlich ist, der Wahrnehmung, mentalen Prozessen und Prozessen zur Problembehebung, sowie Kommunikation und Kultur. Kognitionswissenschaft als interdisziplinäre Wissenschaft, die sich damit beschäftigt wie sich Wissen und Kompetenzen entwickeln, spielt folglich auch für die Entwicklung translatorischer Theorien eine wichtige Rolle (vgl. Risku 2004:87f).

Einen Beitrag zur Kognitionsforschung im Bereich der Übersetzungswissenschaft lieferte beispielsweise Krings (1988), der im Zuge einer Fallstudie einen Übersetzer zwei Texte übersetzen ließ, die er bereits zuvor (1986) von Fremdsprachenlernenden übersetzen hatte lassen.

Ein interessantes Ergebnis seiner Studie ist das folgende:

Die hohe Zahl der Textproduktionselemente ist dabei so zu interpretieren, daß der Berufsübersetzer einerseits wesentlich mehr Übersetzungsversuche braucht, bis er zu einer ihn zufriedenstellenden Lösung gelangt [...], daß er andererseits aber auch wesentlich größere Teile des Ausgangstextes problematisiert. (Krings 1988:403)

Eine Auslegungsmöglichkeit dieses Ergebnisses wäre, dass professionelle ÜbersetzerInnen, im Gegensatz zu Laien, den Text eher in seiner Gesamtheit betrachten können, während Laien bzw. semiprofessionelle ÜbersetzerInnen eher auf konkrete Textstellen konzentriert sind. Folglich erkennen die ExpertInnen potentielle Übersetzungsprobleme schneller und in größerem Umfang. Es kann also durchaus möglich sein, dass nicht fehlende Automatisierungen dazu geführt haben, dass der professionelle Übersetzer länger brauchte, um zu einem zufriedenstellenden Ergebnis zu kommen, sondern seine Fähigkeit, mehr Problemquellen aufzuspüren als die Fremdsprachenlernenden.

Kaiser-Cooke (vgl. 2004:283) argumentiert, dass sich Studien wie jene von Krings hauptsächlich mit „think-aloud protocols“ (TAPs), zu Deutsch auch als Protokolle des lauten Denkens (LD-Protokolle) bezeichnet, auseinandersetzen, in der Hoffnung, durch Aussagen der ÜbersetzerInnen darüber, was sie während des Übersetzungsprozesses denken, Schlüsse über den Übersetzungsprozess selbst ziehen zu können und betont, dass Gedanken keine kognitiven Prozesse sind, sondern das Produkt, das aus ihnen entsteht. Während diese Vorgehensweise neue Erkenntnisse darüber liefern können, wie ÜbersetzerInnen an das Übersetzen herangehen, betont Kaiser-Cooke „the crucial distinction between what they do, what they think and what they *think they are doing*“ (Kaiser-Cooke 2004:283, Hvbgl. i.O.). Auch Risku (2004:89) geht davon aus, dass LD-Protokolle an sich als Forschungsergebnis nicht ausreichen, da es nicht genug ist nur das Was – nämlich die Gedanken der ÜbersetzerInnen während des Übersetzungsprozesses – zu dokumentieren. Es geht vielmehr um das Wie, also um innere Abläufe, die es zu erforschen gilt. Beim lauten Denken wie es Krings in seinen Untersuchungen nützt geht es grundsätzlich darum, dass Personen, die an einem

Versuch beteiligt sind, alles was sie während der Durchführung einer bestimmten Aufgabe denken, laut aussprechen. Dies sollte spontan und unselektiert geschehen, ohne dass die LeiterInnen allzu große Eingriffe vornehmen (vgl. Krings 1986:64). Die Äußerungen der TeilnehmerInnen werden systematisch aufgezeichnet und für spätere Auswertungen schriftlich festgehalten. Trotz der Kritik, die wie bereits erwähnt, an den durch lautes Denken gewonnenen Daten immer wieder geübt wird, räumt Göpferich (vgl. 2008:22) jedoch ein, dass bis jetzt noch keine effektivere Methode entwickelt werden konnte, deren Ergebnisse wichtige Informationen über die komplexen mentalen Prozesse bei der Lösung von Problemen liefert.

2.3.2 Die Automatisierung von Teilprozessen

Wird davon ausgegangen, dass sich ExpertInnenwissen erst über einen längeren Zeitraum hinweg entwickeln kann, so ist ebenso anzunehmen, dass NovizInnen und semiprofessionelle TranslatorInnen an zu übersetzende Texte anders herantreten als erfahrene TranslatorInnen. Welche Rolle in diesem Zusammenhang die Automatisierung von Teilprozessen spielen kann, soll hier erläutert werden.

Reinart betont bei ihren Ausführungen immer wieder die Wichtigkeit dieser Aspekte für das Dolmetschen, räumt aber zugleich ein, dass sie auch beim Übersetzen Gültigkeit haben. Durch die Automatisierung verschiedener Aspekte wie Floskeln, Formeln und Kulturspezifika, können TranslatorInnen ihre Arbeit effizienter gestalten (vgl. Reinart 2009:459f). Kußmaul (vgl. 2003:131f), der Professionalität generell als komplexen Begriff sieht, geht davon aus, dass Routine ein wichtiger Teilaspekt von professionellem Handeln ist und betont ebenfalls die ökonomischen und finanziellen Vorteile. Kußmaul argumentiert jedoch auch, dass Routine allein nicht immer ausreicht. Anhand eines Modells beschreibt er Professionalität als Konzept, bei dem der Übersetzungsprozess grundsätzlich in „Routineprozesse“ und „Problemlösungsprozesse“ aufgeteilt ist. Im Gegensatz zu den automatisierten Abläufen (Routineprozesse) stehen also spezifische Übersetzungsprobleme, die beispielsweise durch Recherche gelöst werden (Problemlösungsprozesse).

Kritisch steht Risku (1998:224) dem „Einüben und Automatisieren von Entsprechungen [...], damit schnell und routiniert übersetzt werden kann und Gehirnkapazitäten für das Lösen von schwierigen Problemstellen freigesetzt werden“ gegenüber, wie es von Krings (1986:509) und Wilss (1992) vorgeschlagen wird. Sie stellt in ihren Ausführungen in Frage, ob Fertigkeiten, die auf der mikrostrategischen Ebene angesiedelt sind, wirklich die Kapazitäten des Gehirns vergrößern können oder, ob sie nicht eher das Gegenteil bewirken und zu Restriktionen führen. Risku (1998:225, Hvbgl. i.O.) spricht in diesem Zusammenhang von „der *Organisation und Handlungsgerechtigkeit* des Wissens“, wodurch die Zahl der Kompo-

nenten, die momentan abgerufen werden können, bestimmt wird. Diese einzelnen Komponenten führen zur „Mitaktivierung“ einer Vielfalt von anderem vorhandenem Wissen. Diese bestehenden Vernetzungen wiederum begünstigen die Automatisierung also nicht auf mikrostruktureller Ebene, sondern durch „Methodenhierarchien“ auf allen Handelsebenen (vgl. Risku 1998:225). Übersetzen als ExpertInnenhandlung ist keine imitative Tätigkeit, die rein auf eingelernten Fertigkeiten basiert, welche somit auch nicht als Ausbildungsansatz verwendet werden sollten. Um als ÜbersetzungsexpertIn Routine zu erlangen, bedarf es einerseits Reflexion und andererseits gilt es zu vermeiden, sich aufgrund der Vielschichtigkeit des Übersetzungsprozesses zu sehr auf einzelne Probleme und Gegebenheiten zu fixieren (vgl. Risku 1998:224ff).

2.4 Translationsprozessforschung und Rechtsübersetzen

Da die Translationsprozessforschung eine noch junge Disziplin ist und die Forschung besonders im Bereich der Erhebung verbaler Daten noch in den Kinderschuhen steckt, existieren noch nicht sehr viele Studien, die sich explizit auf bestimmte Fachbereiche beziehen. Umso erfreulicher ist die Tatsache, dass bereits zumindest ein Projekt existiert, dessen Hauptaugenmerk auf den mentalen Prozessen von RechtsübersetzerInnen liegt.

Aufgrund der linguistischen Komplexität von Rechtstexten, könnte aus kognitions-wissenschaftlicher Sicht angenommen werden, dass in Translaten von Rechtstexten häufig Explizitationen sowie Implizitationen anzutreffen seien, da die ÜbersetzerInnen dazu neigen, Spuren ihres mühsam erarbeiteten Wissens über den Ausgangstext im Zieltext zu hinterlassen. Da Rechtsübersetzungen rechtliche Konsequenzen haben, könnte aus rechtswissenschaftlicher Perspektive wiederum angenommen werden, dass Explizitationen und Implizitationen eher selten vorkommen, da das Hinzufügen oder Weglassen von Informationen des Ausgangstextes den rechtlichen Rahmen verändern würden. Die Beziehung zwischen der kognitiven Verarbeitung von Rechtstexten und den Implizitationen und Explizitationen ihrer Übersetzungen bildet einen Bereich des Forschungsprojekts von Faber und Hjort-Pederson (vgl. Faber/ Hjort-Pedersen 2009:107). Aus translationswissenschaftlicher Sicht werden Explizitationen häufig als universelles Merkmal von Translaten bzw. des Translationsprozesses gesehen:

In terms of process, explicitation is a translation technique involving a shift from the source text (ST) concerning structure or content. It is a technique of resolving ambiguity, improving and increasing cohesiveness of the ST and also of adding linguistic and extra-linguistic information. The ultimate motivation is the translator's conscious or subconscious effort to meet the target readers' expectations. *In terms of product*, explicitation is a text feature contributing to a higher level of explicitness in comparison with non-translated texts. It can be manifested in linguistic features used at higher frequency than in non-translated texts or in added linguistic and extra-linguistic information. (Pápai 2004:145, Hvbhg. i.O.)

Pym (2005:41) geht davon aus, dass ein wesentlicher Grund für die Verwendung von Explizitationen in Translaten Risikovermeidung ist. Besonders im Bereich der Rechtsübersetzung können Fehler für TranslatorInnen schwerwiegende Folgen nach sich ziehen, daher wäre Explizitation eine durchaus nachvollziehbare Strategie, mit der sich ÜbersetzerInnen absichern können bzw. müssen.

Es wurde bereits angemerkt, dass sich TranslatorInnen und JuristInnen nicht immer darüber einig sind, wie Rechtsübersetzungen zu erfolgen haben. Während einige meinen, es wäre in vielen Fällen durchaus zulässig, Elemente bei der Übersetzung von Rechtstexten wegzulassen oder hinzuzufügen, sind andere davon überzeugt, man müsse dem Original in jedem Fall treu bleiben und möglichst wörtlich übersetzen.

Faber und Hjort-Pedersen (2009) haben sich intensiv mit diesem Thema befasst und eine weitere Studie durchgeführt, die zeigen soll, ob und inwiefern sich die Herangehensweise und die Risikobereitschaft von TranslatorInnen und JuristInnen bei der Übersetzung juristischer Fachtexte unterscheiden. Ihre Untersuchungen basieren vorwiegend auf der Annahme, sich die unterschiedlichen ExpertInnenrollen in der rechtlichen Kommunikationsgemeinschaft der beiden Gruppen in der Textproduktion, sowie in ihrer Risikobereitschaft widerspiegeln, und sich folglich auch auf den Gebrauch von Explizitationen und Implizitationen als Übersetzungsstrategie auswirken (vgl. Faber/ Hjort-Pedersen 2009:342). Um diese Hypothese zu untersuchen, wurden vier JuristInnen und vier TranslatorInnen gebeten, ein und denselben englischsprachigen Ehevertrag zu übersetzen (vgl. Faber/Hjort-Pedersen 2009:339). Überdies wurden die folgenden drei Forschungsfragen erarbeitet:

1. Do the two groups use explicitations and implicitations in their translations and if so, what types? Can any differences between the two groups be observed?
2. Is it possible to point to reasons for the choice of explicitations vs. implicitations? Besides the quantitative information about the use, if any, of explicitations and implicitations, we also wish to gather qualitative information about the potential specific purposes for which they are used, while keeping in mind that it is not possible to say anything with any certainty without access to process data, cf. Englund Dimitrova (2005).
3. Can differences be observed for the two groups not only in number but also in the type of implications that follow from the individual operations, i.e., what level of risk taking is undertaken in connection with the operations? (Faber/Hjort-Pedersen 2009:341, Hvb. i.O.)

Die Untersuchungen haben gezeigt, dass u. a. die verschiedenen Präferenzen der unterschiedlichen Rechtssprachen (in diesem Fall Englisch und Dänisch) in Bezug auf den Stil ein Grund für die Verwendung von Explizitationen und Implizitationen sind. EineR der teilnehmenden JuristInnen merkte an, dass die Übernahme der zumeist sehr langen und Sätze und Einschübe des englischen Texts, und folglich der Satzstrukturen, im Dänischen eigenartig anmuten würden (vgl. Faber/ Hjort-Pedersen 2009:342).

Zwei der JuristInnen und zwei der TranslatorInnen reagierten auf diesen Umstand damit, dass sie aus langen Sätzen des englischen Ausgangstextes im dänischen Zieltext zwei oder mehrere Sätze bildeten oder spezifizierende Ausdrücke des Ausgangstextes ausparten. Generell gesehen, bedienen sich also sowohl die JuristInnen als auch die ÜbersetzerInnen Explizitationen und Implizitationen. Es wurde jedoch auch deutlich, dass die Gruppe der JuristInnen diese Übertragungen in höherem Maße ausführen als die TranslatorInnen und, dass ihrerseits eine Präferenz für Implizitationen im Sinne von Kürzungen besteht (vgl. Faber/ Hjort-Pedersen 2009:344).

Nach Abschluss der Studie konnten die Autorinnen insgesamt drei Hauptgründe identifizieren, die zur Verwendung von Implizitationen und Explizitationen führten.

Der erste Grund sind die bereits erwähnten unterschiedlichen stilistischen Konventionen, die sich aufgrund der unterschiedlichen Rechtssysteme ergeben und zu Zusätzen führen, wobei kein erhöhtes Risiko besteht, da Anpassungen dieser Art an die Zielsprache hauptsächlich zur Wiederholung oder Einfügung relevanter lexikalischer Elemente führen. Anders sieht es bei Implizitationen aus. Einschübe und nahezu synonyme Phrasen, die den Stil und den Grad an Explizität englischer Verträge charakterisieren, werden vorwiegend von den JuristInnen weggelassen. Dies stellt natürlich sehr wohl ein Risiko dar, da explizite Informationen der Ausgangssprache in der Zielsprache in gekürzter Form wiedergegeben werden während sich die ÜbersetzerInnen mehr an den Strukturen des Ausgangstextes orientieren und dieses Risiko anscheinend nicht eingehen wollen (vgl. Faber/ Hjort-Pedersen 2009:354f). Dieses Ergebnis steht eigentlich im Kontrast zu den in früheren Kapiteln erwähnten Annahmen, JuristInnen würden besonderen Wert auf möglichst wörtliche und ausgangstextorientierte Übersetzung legen und kann m. E. möglicherweise darauf zurückgeführt werden, dass die JuristInnen in diesem Bereich aufgrund ihres umfangreichen Fachwissens risikobereiter sind als die ÜbersetzerInnen.

Der zweite Grund hängt mit der Bewältigung der unterschiedlichen Rechtskonzepte zusammen. Die Gruppe der JuristInnen scheint sich eher nach ihrem eigenen Rechtssystem zu richten ohne die Unterschiede zu berücksichtigen, während die ÜbersetzerInnen mehr damit befasst sind, die englische Rechtsrealität an die ZieltextleserInnen zu vermitteln. Auch hier gehen die JuristInnen ein höheres Risiko ein, als die ÜbersetzerInnen. Die ForscherInnen interpretieren dieses Ergebnis folgendermaßen: „We assume that this reflects their usual role as descriptive language users where they are used to taking risks in terms of committing themselves to the truth value of their descriptions of legal scenarios.” (Faber/ Hjort-Pedersen 2009:355). Dies deutet also auch auf eine grundlegend unterschiedliche Sichtweise hin, wie eine entsprechende Übersetzung solcher Rechtskonzepte auszusehen hat.

Der dritte und letzte Grund für den Einsatz von Explizitationen und Implizitationen hat mit den rechtlichen Sachverhalten und damit, wie sie im Zieltext wiedergegeben werden, zu tun:

The lawyers opt for translations that entail a narrowing of the relevant legal conceptual content, thereby assuming a risk by committing themselves to the truth value of the resulting narrower utterance. The data provided no evidence of such narrowing on the part of the translators. We assume that the risk of narrowing operations is either considered too high by the translators or in conflict with the traditional fidelity principles of legal translation. Yet, the data also hold evidence of translators making explicit what we take to be their own understanding process in the form of enrichment, e.g., in connection with explicitations of discourse relations. (Faber/ Hjort-Pedersen 2009:355)

Hier gehen also beide Gruppen ein Risiko ein, wenn auch auf unterschiedliche Weise. Die JuristInnen laufen Gefahr, die Rechtsrealität des Ausgangstextes im Verhältnis zu den Intentionen des Ausgangstextes zu ändern, während die TranslatorInnen das Risiko eingehen, dass widersprüchliches enzyklopädisches Wissen die Zieltextleserschaft daran hindert, die intendierten Schlüsse zu ziehen (vgl. Faber /Hjort-Pedersen 2009:355).

Aus den Ergebnissen dieser Studie kann geschlussfolgert werden, dass also - zumindest in manchen Bereichen - durchaus ein Unterschied zwischen TranslatorInnen und JuristInnen bezüglich der Wahl von Übersetzungsstrategien besteht.

2.5 Das Profil der RechtsübersetzerInnen

Die Frage nach dem Wissen und den Kompetenzen, die TranslatorInnen zur professionellen Ausübung ihres Berufs benötigen, wurde bereits anhand der translatorischen Teilkompetenzen sowie verschiedenen Kompetenzmodellen eingehend diskutiert. Die translatorische Kompetenz ist ein komplexes Gefüge aus Teilkompetenzen, die weit über das Beherrschen einer Fremdsprache hinaus gehen. Es handelt sich um professionelles, praxisbezogenes Handeln, das sich auf Basis translationstheoretischen Wissens entwickelt hat. Ein ebenso komplexes Kompetenzgefüge stellt die juristische und insbesondere die rechtsvergleichende Kompetenz dar. Da bereits festgestellt wurde, dass sich die Vorgehensweise von TranslatorInnen durchaus von jener der JuristInnen zumindest in einigen Bereichen unterscheiden kann, bleibt zu klären, welches Wissen nötig ist, um als professioneller Rechtsübersetzer oder professionelle Rechtsübersetzerin tätig zu sein.

2.5.1 Die Rolle der RechtsübersetzerInnen

Durch den hohen Grad an Spezialisierung, der heutzutage normal geworden ist, müssen sich auch ÜbersetzerInnen entsprechend anpassen. Häufig reicht es nicht mehr aus, sich nur auf ein bestimmtes Fachgebiet zu spezialisieren, es müssen sogar Spezialisierungen auf bestimmte Textsorten erfolgen. Auch die sich ständig weiterentwickelnde Marktlage verlangt FachübersetzerInnen Flexibilität und Anpassungsfähigkeit ab.

Auch die Rolle der RechtsübersetzerInnen hat sich verändert. In ihrer Rolle als TextproduzentInnen, übernehmen RechtsübersetzerInnen zunehmend Aufgaben, die früher ausnahmslos jenen zugedacht waren, die speziell für das Verfassen rechtlicher Texte zuständig waren. In diesem Zusammenhang tat sich auch die Frage auf, wie viel sprachliche Kreativität der RechtsübersetzerInnen bei der Anfertigung rechtsgültiger Translate angebracht ist. Da bereits die kleinsten sprachlichen Änderungen den Inhalt beeinflussen können, müssen RechtsübersetzerInnen bei linguistischen Entscheidungen stets rechtliche Faktoren berücksichtigen (vgl. Šarčević 1997:161).

Bei der Übersetzung im Rechtsbereich wurde die Forderung wörtlicher Übersetzungen im Vergleich zu anderen Fachbereichen erst viel später in Frage gestellt. Das erste Infragestellen dieser Vorgehensweise stellte sich tatsächlich erst im 20. Jahrhundert ein, als TranslatorInnen weniger häufig gebrauchter offizieller Sprachen begannen, auf gleiche Sprachrechte zu beharren. Sie ebneten somit den Weg für die Entwicklung einer wörtlichen Übersetzung hin zu einer beinahe idiomatischen Übersetzungsstrategie (vgl. Šarčević 1997:23f). Diese schrittweise Entwicklung versucht Šarčević in ihrer Grafik darzustellen:

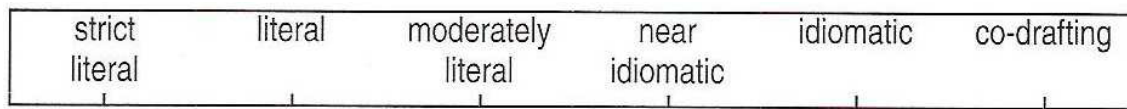


Abb. 6: Entwicklung der Übersetzungsstrategien (Šarčević 1997)

Wie in der Grafik ersichtlich wird, endet die Zeitlinie mit „co-drafting“, wie es in Ländern mit mehreren Amtssprachen häufig zum Einsatz kommt. Šarčević (vgl. 1997:24) betont jedoch, dass Mehrsprachigkeit generell zwar eine Entwicklung des 20. Jahrhunderts sei, mehrsprachige Rechtskommunikation jedoch seit sehr langer Zeit praktiziert werde.

2.5.2 Das Wissen der RechtsübersetzerInnen

Wie in allen Bereichen der Translation, ist auch beim Übersetzen von Rechtstexten zu beobachten, dass nicht nur professionell ausgebildete ÜbersetzerInnen mit dieser Aufgabe betraut sind. Häufig übersetzen auch JuristInnen Rechtstexte, wenn sie entsprechende fremdsprachliche Kenntnisse besitzen. Da sich aufgrund dieser Tatsachen zwangsläufig die Frage stellt, welches Wissen und welche Kompetenzen Personen mit solch unterschiedlichen Ausbildungshintergründen mitbringen, muss zunächst darüber Klarheit herrschen, welches Wissen und welche Kompetenzen für alle ÜbersetzerInnen juristischer Fachtexte als unabdingbar gelten sollten (vgl. Wiesmann 2004:68f).

RechtsübersetzerInnen müssen, wie es Wiesmann (2004:178) formuliert:

[...] ein übersetzungsbezogenes Wissen haben, das [sie] befähigt, das sprach-, das sach- und das handlungsbezogene Wissen von zwei oder mehr Rechtssprachen bzw. Rechtsordnungen zueinander in Relation zu setzen und abhängig von den die Rechtsübersetzung beeinflussenden, die Übersetzungssituation determinierenden Faktoren zu erwägen, auf was es im jeweiligen Fall ankommt.

Auch Stolze (vgl. 1999:45) geht davon aus, dass RechtsübersetzerInnen ihren Auftrag nur hinreichend ausführen können, wenn sie über das erforderliche Know-How verfügen. Unter dem relevanten Wissen versteht sie eine Kombination aus *Fachwissen* und *Sprachwissen*, wobei sich der Begriff *Sprachwissen* in diesem Sinne nicht auf das generelle Beherrschen der jeweiligen Sprachen begrenzt:

Das notwendige Sprachwissen des Translators meint die doppelte Orientierung der Rechtsprache mit spezifischer Terminologie und rechtlich fixierten Allgemeinbegriffen [...] sowie die Lösung daraus resultierender grammatischer und syntaktischer Übersetzungsschwierigkeiten (Stolze 1999:45)

Die Verwendung des Begriffs „Sprachwissen“ kann hier zur Annahme verleiten, andere Teilkompetenzen, wie sie in Kapitel 1 beschrieben wurden, hätten bei der Übersetzung juristischer Fachtexte weniger Bedeutung, daher wäre die Verwendung des translatorischen Kompetenzbegriffs m.E. passender.

Auch wenn generell Konsens darüber herrscht, dass sowohl translatorische als auch juristische Kompetenz ein Muss sind, so sind sich JuristInnen, LinguistInnen und TranslationswissenschaftlerInnen zumeist nicht darüber einig, in welchem Verhältnis die jeweiligen Kompetenzen vorhanden sein müssen¹⁴ (vgl. Arntz 2001:332). Nichtsdestotrotz ist zu beobachten, dass sich die Erkenntnis der Notwendigkeit translatorischer und juristischer Kenntnisse auch in diversen Berufsbezeichnungen niederschlägt. Im Rahmen des kanadischen Rechtssystems werden RechtsübersetzerInnen oft als „jurilinguiste“ bezeichnet, wäh-

¹⁴ Sandrini (vgl. 1999:13f) erwähnt in seinen Ausführungen eine Art Experiment, das im Frühjahr 1995 an der Universität Washington durchgeführt wurde. Es trafen hier ExpertInnen aus dem Bereich der Sprachwissenschaft und ExpertInnen der Rechtswissenschaft zusammen, die den Versuch einer interdisziplinären Kooperation starteten, dessen Hauptaugenmerk auf dem Begriff „Bedeutung“ und im Speziellen auf Bedeutungerschließung und Interpretation, lag. Sandrini weist darauf hin, dass seitens der ExpertInnen der Rechtswissenschaft Zweifel bestand, was die Nützlichkeit der Sprachwissenschaft in Bezug auf die juristische Interpretation von Rechtstexten betrifft. Obwohl dieser Versuch nun schon einige Jahre zurückliegt, stellt sich die Frage, was bzw. ob sich an den Ansichten der RechtsexpertInnen etwas geändert hat. In diesem Zusammenhang können daher auch nur Vermutungen darüber angestellt werden, welche Haltung gegenüber der Übersetzungswissenschaft als unabhängige Disziplin besteht.

rend sich europäische Institutionen einer sehr ähnlichen Bezeichnung, und zwar „juriste linguiste“, bedienen.¹⁵

2.6 Zusammenfassende Bemerkungen

Ausgehend von der Tatsache, dass sowohl translatorisches als auch juristisches Wissen nötig ist, um Rechtstexte übersetzen zu können, kann gefolgert werden, dass sich die translatorische Kompetenz juristischer FachübersetzerInnen generell durch nichts gegenüber der translatorischen Kompetenz der ÜbersetzerInnen anderer Fachrichtungen unterscheidet. Welche juristischen Fähigkeiten bzw. wie viel juristisches Fachwissen ist jedoch nötig um professionell übersetzen zu können und vor welche speziellen Herausforderungen werden RechtsübersetzerInnen gestellt? Cao (vgl. 2007:7) geht davon aus, TranslatorInnen von Rechtstexten müssten ein grundlegendes Verständnis der Rechtssprache sowie der Rechtsnatur haben. Auf diese beiden Bereiche soll im folgenden Kapitel näher eingegangen werden.

¹⁵ Ausführliche Betrachtungen zu den „jurilinguiste“ finden sich v. a. in Gémar (2005), Das Kompetenzprofil der „juriste linguiste“, wie es der Europäische Gerichtshof fordert, kann hier nachgelesen werden: http://curia.europa.eu/jcms/jcms/Jo2_10740/ (Abfrage: 26.07.2012)

3. Rechtssprache und Rechtsübersetzen

Der Zweck ist der Schöpfer des ganzen Rechts.

- Rudolf von Ihering

Die rechtliche und wirtschaftliche Zusammenarbeit im internationalen Rahmen, die in den letzten Jahrzehnten rapide gestiegen ist, hat zur Folge, dass auch die Bedeutung der Rechtssprache bzw. der Rechtssprachen und vor allem auch der Rechtsübersetzung stetig ansteigt. Daraus ergibt sich wiederum der Umstand, dass sich auch JuristInnen mit verschiedenen Rechtssprachen auseinandersetzen müssen und zum Teil auch selbst Übersetzungen anfertigen. Aufgrund der unterschiedlichen Rechtsordnungen und vieler anderer Aspekte, erweist sich das Übersetzen juristischer Fachtexte als äußerst komplexe Aufgabe. In den folgenden Kapiteln soll sowohl auf die Spezifika der Rechtssprache eingegangen werden, die sie mit anderen Fachsprachen teilt, als auch auf jene, aufgrund derer der Rechtssprache oft ein Sonderstatus unter den Fachsprachen eingeräumt wird.

3.1 Recht, Sprache, Kultur und Text

In Bezug auf das Übersetzen von Rechtstexten sieht Sandrini (vgl. 1999:9f) Recht als Element, das in die Kultur eingebettet ist und schreibt ihnen eine enge Verbindung zu, die u. a. auf der jahrtausendelangen historischen Entwicklung von Recht und Kultur basiert. Er betont aber zugleich, dass, während Kultur zumeist das Merkmal einer gemeinsamen Sprache aufweist, sich das Recht in unterschiedliche Rechtsordnungen aufgliedert, die sprachunabhängig sind. Bei der Übersetzung von Rechtstexten kann es daher zu Übersetzungsproblemen kommen, wenn Konzepte oder Begriffe, die im Ausgangstext vorkommen, in der Zielsprachlichen Rechtsordnung in dieser Form nicht vorhanden sind. Sandrini (1999:15) definiert das Übersetzen von Rechtstexten als speziellen Fall des Kulturtransfers, „insofern als rechtliche Inhalte einer Rechtsordnung und damit einer Kulturgemeinschaft zur Verwendung in einer anderen Rechtsordnung übertragen werden.“ Basierend auf Reiß und Vermeers (1984:76) Definition, die Translate als „Informationsangebot in einer Zielsprache und deren –kultur (IA_Z) über ein Informationsangebot aus einer Ausgangssprache und deren –kultur (IA_A)“ beschreibt, definiert Sandrini (1999:15) das Übersetzen juristischer Fachtexte „als ein Informationsangebot in einer Zielrechtssprache und einer Zielrechtsordnung über ein Informationsangebot aus einer Ausgangsrechtssprache und einer Ausgangsrechtsordnung“. Diese Definition trifft jedoch nur zu, wenn nicht innerhalb einer Rechtsordnung übersetzt wird, wie es beispielsweise bei mehrsprachigen Rechtsordnungen (vgl. Sandrini 1999:15) oder internationalen Verträgen, bei denen alle Fassungen rechtlich als gleichwer-

tig gelten (vgl. Šarčević 1997:91) der Fall ist. Schwierigkeiten bei der Übersetzung von Rechtstexten ergeben sich häufig aufgrund der Unterschiede zwischen Common Law und Civil Law. Diese grundsätzlichen Übersetzungsprobleme basieren auf ihrer historischen Entwicklung, ihrer Kultur und ihren Systemen, da jede einzelne Rechtssprache ihre eigene Geschichte und Kultur entwickelt hat (vgl. Cao 2007:28). Eine ebenso enge Verbindung besteht zwischen Recht und Sprache, vor allem in schriftlicher Form: „Jede Auseinandersetzung mit dem Recht bedeutet Arbeit mit Texten.“ (Sandrini 1999:13) Sprache nimmt in Bezug auf Recht einen hohen Stellenwert ein, da sie das Gerüst unserer Rechtssysteme bildet und über die Rechtssprache bzw. die Rechtssprachen die Verbindlichkeit von Vorschriften, Gesetzen, Verboten, etc. für alle Personen ersichtlich festgehalten wird (vgl. Reichelt 2006:2). Jede Rechtssprache hat ihre spezifischen Charakteristika entwickelt, um den Anforderungen des Rechtssystems, in dem sie zum Ausdruck kommt, gerecht zu werden. Dies führt zu fehlender terminologischer Äquivalenz der verschiedenen Rechtssprachen, was wiederum eine ständige Vergleichung des Rechtssystems der Ausgangs- sowie der Zielsprache notwendig macht. Vergleicht man Common Law und Civil Law hinsichtlich ihres sprachlichen Stils, so trifft man oft auf fundamentale Unterschiede (vgl. Cao 2007:28f). Diese ausgeprägte Beziehung zwischen Recht, Sprache und Kultur verdeutlicht, warum sich nicht nur die Rechtswissenschaft, sondern auch Disziplinen wie die Sprach- oder Übersetzungswissenschaft mit der juristischen Fachsprache auseinandersetzen. Eine fächerübergreifende Zusammenarbeit wäre natürlich wünschenswert, jedoch scheint sich eine umfassende Kooperation zwischen den einzelnen Disziplinen noch nicht eingestellt zu haben.

3.2 Rechtstexte und Typologien

Die Rechtssprache auf horizontaler Ebene zu gliedern bereitet, ebenso wie es bei Technik und Naturwissenschaft der Fall ist, grundsätzlich keine Probleme. Recht kann in verschiedene Rechtsgebiete eingeteilt werden, diese wiederum in einzelne Subkategorien. Die Gliederung auf vertikaler Ebene erweist sich jedoch als kompliziertere Aufgabe (vgl. Arntz 2001:283).

Otto (1981:51) unterscheidet Rechtstexte beispielsweise nach Anwendungsgebiet und gelangt somit zu den fünf Kategorien „Gesetzessprache“, „Urteils- und Bescheidssprache“, „Wissenschafts- und Gutachtensprache“, „Sprache des behördlichen Schriftverkehrs“ sowie „Verwaltungsjargon“. Nach eingehender Befassung mit Ottos Gliederung, entschließt sich Kjaer (1990:35ff) zu einer Unterteilung in Bezug auf die Beziehung zwischen Text und Rechtsnorm und erarbeitet die folgenden drei Ebenen: „Handlungsebene“, „Bestimmungsebene“ und „Beschreibungsebene“. Texte auf der Handlungsebene dienen wie der Name schon sagt „zur Handlung“ nach Rechtsnormen und –begriffen (z.B. Urkunden, Urteile,

Formulare, etc.). Texte auf der Bestimmungsebene dienen der Erstellung von Rechtsnormen und –begriffen (z.B. Gesetzestexte) und Texte auf der Beschreibungsebene sind für die Erläuterung von Rechtsnormen und –begriffen gedacht (z.B. Gesetzeskommentare). Wiesmann (2004:60) erstellt auf Basis dieser drei Ebenen folgendes Modell:

Bestimmungsebene bzw. Ebene der Rechtsfestlegung	mehrfachadressierte Texte der fachinternen und fachexternen Kommunikation mit performativer Funktion , mit denen Juristen rechtlich handeln
Handlungsebene bzw. Ebene der Rechtspraxis	
Beschreibungsebene bzw. Ebene der Rechtswissenschaft	Texte der fachinternen Kommunikation mit informativer Funktion , mit denen Juristen über Recht sprechen

Tabelle 1: Die Funktion von Rechtstexten (Wiesmann 2004)

In Wiesmanns Modell zeichnen sich die beiden entgegengesetzten Funktionen von Rechtstexten ab, nämlich die präskriptive und die deskriptive Funktion. Auch Šarčević teilt Rechtstexte auf Basis der Funktion in drei Hauptgruppen ein: primär präskriptive Texte („les textes normatifs“), primär deskriptive aber teilweise auch präskriptive Texte („les textes des décisions“) und rein deskriptive Texte („textes de la doctrine“).

Die im Recht genutzte Sprache ist größtenteils präskriptiv. Der normative Charakter der Rechtssprache ergibt sich daraus, dass die grundlegende Funktion des Rechts darin besteht, das menschliche Verhalten zu steuern und Beziehungen von Menschen zueinander zu regeln (vgl. Jenkins 1980:98). Jene Rechtstexte die dazu bestimmt sind, Recht durchzusetzen, sind folglich vorwiegend präskriptiv und imperativ (vgl. Cao 2007:13). Primär präskriptive Rechtstexte sind u.a. Gesetze, Verträge und Abkommen. Diese Texte sind rechtliche Instrumente, die Verhaltensregeln und Normen enthalten (vgl. Šarčević 1997:11). Demzufolge zählen sie zu den normativen Texten, es muss jedoch betont werden, dass nicht alle normativen Texte präskriptiv sind. Insbesondere religiöse Texte, wie die in der Bibel enthaltenen Zehn Gebote haben zwar normativen Charakter, unterscheiden sich von den Rechtstexten (zumindest in der christlichen Weltgemeinschaft) dahingehend, dass sie nicht auf Basis der Gesetzeskraft vollstreckt bzw. durchgesetzt werden können (vgl. Brierley/David 1985:457).

Bei den hybriden Rechtstexten handelt es sich um primär deskriptive Texte, die aber auch präskriptive Elemente enthalten. Zu dieser Gruppe zählen u.a. Gerichtsurteile, Einspruchserhebungen und Antragstellungen (vgl. Šarčević 1997:11).

Zu den rein deskriptiven Rechtstexten zählen u.a. von RechtswissenschaftlerInnen verfasste Texte, wie Artikel, Lehrbücher oder Rechtsgutachten, die sich von den ersten bei-

den Kategorien dahingehend unterscheiden, dass sie keine in der Ausübung von Recht genutzten Rechtsinstrumente enthalten (vgl. Šarčević 1997:11).

Arntz (vgl. 2001:285) begrüßt Šarčevićs Einteilung, da, im Gegensatz zu vielen anderen Kategorisierungen, die Funktion von Rechtstexten im Vordergrund steht, denn „[d]iese Unterscheidung ist für Recht und Verwaltung grundlegend und hier von weit größerer Bedeutung als in irgendeinem anderen Fachbereich“ (Arntz 2001:285).

3.3 Rechtssprache – ein Sonderfall?

Es ist nicht zu bestreiten, dass das Übersetzen von Rechtstexten eine komplexe Aufgabe darstellt. Im Vergleich zu anderen Fachsprachen, wie beispielsweise Medizin oder Technik, wird der Rechtssprache häufig ein gewisser Sonderstatus zugeschrieben. In den folgenden Kapiteln sollen all jene Faktoren behandelt werden, die die Rechtssprache von anderen Fachsprachen unterscheidet und denen sie ihre Sonderstellung zu verdanken hat.

Die Bezeichnung der Rechtssprache als Fachsprache wird heute weithingehend akzeptiert, wobei ihr jedoch auch in diesem Kontext häufig eine Sonderstellung zugeschrieben wird. Wiesmann (2004:14) bezeichnet Rechtssprache beispielsweise als eine „eng mit der Gemeinsprache verbundene Fachsprache besonderer Art“. Hoffmanns (1987:53) Definition von Fachsprache als „die Gesamtheit aller sprachlichen Mittel, die in einem fachlich begrenzten Kommunikationsbereich verwendet werden, um die Verständigung zwischen denen in diesem Bereich tätigen Menschen zu gewährleisten“, wird oft als nicht oder nur bedingt für Rechtssprache zutreffend gesehen. Pommer (2006:20) führt an, dass diese Begebenheit von vielen vor allem auf die Begründung zurückgeht, dass die Rechtssprache in einem engen Verhältnis zur Gemeinsprache stehe. Wiesmann (2004:14) konkretisiert die Abweichung der Rechtssprache gegenüber anderer Fachsprachen in den folgenden drei Punkten:

1. Der fachlich begrenzable Kommunikationsbereich ist bei der Rechtssprache nicht primär das Recht als Fach, sondern das Recht als institutioneller Rahmen.
2. Die Verständigung und damit die Kommunikation betrifft nicht primär ein Sprechen über das Recht als Fach, sondern ein Sprechen, das gleichzeitig ein rechtlich-fachliches Handeln ist.
3. Verständigung zwischen Fachleuten gewährleisten und damit Kommunikation ermöglichen heißt in Bezug auf die Rechtssprache primär, rechtliches Handeln der Juristen möglich machen.

Bei einem konkreten Vergleich, beispielsweise zur technischen Fachsprache, wird klar, in welchen Bereichen die Hauptunterschiede liegen und in welchen Bereichen Ähnlichkeiten bzw. Übereinstimmungen herrschen. Arntz (2001:75) titulierte Recht und Technik

in seinen Ausführungen sogar als „Gegensatzpaar“ und führt dies zunächst darauf zurück, dass „Technik grundsätzlich nicht an eine bestimmte Kultur- bzw. Sprachgemeinschaft gebunden ist“. Arntz schließt mit dieser Aussage jedoch nicht aus, dass ebenso Unterschiede in den verschiedenen Sprachen und Kulturen existieren können, was die Betrachtungsweise sowie die Einordnung von Termini im Bereich Technik anbelangt. Durch die Systemgebundenheit und die Abhängigkeit von der jeweiligen Rechtsordnung, unterscheiden sich Rechtstexte dahingehend von technischen Fachtexten, dass Rechtstexte verschiedener Rechtsordnungen in ihrer Makrostruktur kaum einheitlich sind. Im Bereich der Technik ist man hingegen stets bestrebt, technische Texte auf internationaler Ebene zu vereinheitlichen.

Parallelen zwischen diesen beiden Fachsprachen werden dann deutlich, wenn sie nur innerhalb eines Sprachsystems analysiert werden. Eine Gemeinsamkeit die bei dieser Betrachtungsweise deutlich wird ist, dass sowohl die Rechtssprache als auch die Sprache der Technik einen hohen Grad an Deutlichkeit und Exaktheit erfordern (vgl. Arntz 2001:75). Was die Gegenüberstellung der einzelnen Fachsprachen betrifft, kommt Arntz schließlich zu folgendem Schluss:

Würden wir also die einzelnen Fachsprachen bzw. Terminologien bezüglich des Grades ihrer interlingualen Vergleichbarkeit auf einem Spektrum placieren, so würden Recht und Technik diametral entgegengesetzte Positionen einnehmen, während die übrigen Fachsprachen ihre jeweilige Position irgendwo zwischen diesen beiden Extremen finden würden. (Arntz 2001:75)

In den folgenden Kapiteln sollen nun diese und weitere Besonderheiten der Rechtssprache im Einzelnen näher beschrieben werden. Es soll hier jedoch angemerkt werden, dass einige dieser Spezifika auch auf andere Fachsprachen zutreffen. Im Bereich der Rechtssprache sind jedoch ihre Kombination sowie ihr Zusammenwirkung besonders zu betonen.

3.3.1 Transdisziplinarität

Ein wichtiges Merkmal, das Recht von anderen Fachsprachen unterscheidet, ist zunächst die Frage, ob in Bezug auf Recht überhaupt von einem Fachgebiet bzw. einem Fachbereich die Rede sein kann, da sich Recht auf alle Bereiche des Lebens bezieht. Auch Sandrini sieht dies als besonderes Merkmal von Recht:

Die Bezeichnung Fachgebiet bzw. Fachbereich stößt im Recht zumindest auf einer abstrakten Ebene auf einige Abgrenzungsschwierigkeiten: Die legislative Tätigkeit und die Rechtsanwendung erstrecken sich auf alle Bereiche des Lebens und durchdringen alle Fachgebiete. Recht kann in diesem Sinne als transdisziplinär angesehen werden: Die juristische Denkart stellt eine Sichtweise auf die Realität unter dem Gesichtspunkt des Regelungszusammenhangs dar. (Sandrini 1999:14)

Dies bedeutet, dass andere Fachsprachen folglich mit einem geringeren Fachwortschatz auskommen, als es bei Recht der Fall ist. Dass sich Recht und somit auch Rechtstexte verschiedenster Art auf alle Lebensbereiche und Fachgebiete beziehen, ist wohl auch ein Grund dafür, warum eine so enge Beziehung zwischen Rechtssprache und Gemeinsprache besteht. Hughes und Alcaraz (vgl. 2002:14) betonen, dass ÜbersetzerInnen, besonders wenn es um Gerichtsverhandlungen geht, mit einer Vielzahl verschiedener Themengebiete und Jargons konfrontiert werden. Zum einen treffen sie auf die Rechtssprache der JuristInnen, auf die allgemeinsprachlichen Aussagen von ZeugInnen und prozessführenden Parteien, auf spezielle Formulierungen wie sie die Polizei verwendet sowie, je nach Fall, auf höchst fachliche Berichte und Aussagen von Sachverständigen, die ÄrztInnen, ArchitektInnen, GerichtsmedizinerInnen, usw. sein können.

3.3.2 Doppelter AdressatInnenkreis und Verständlichkeit von Rechtstexten

Eine weitere Eigenschaft der Rechtssprache, die häufig in Zusammenhang mit ihrer Sonderstellung erwähnt wird ist, dass sie sich nicht immer nur an einen speziellen Personenkreis richtet, was auch mit der bereits erwähnten Transdisziplinarität von Recht in Zusammenhang steht. Obwohl Rechtstexte sowohl inhaltlich als auch sprachlich sehr komplex sind, richten sie sich nicht nur an ExpertInnen, sondern auch an Laien. Vor allem Gesetzestexte und Verordnungen sind für unterschiedliche Personengruppen und insbesondere für Laien relevant. Diese Tatsache führt zu einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Thema der Verständlichkeit von juristischen Fachtexten (vgl. Sandrini 1999:14). Im Vergleich zu anderen Fachsprachen dient die Rechtssprache folglich nicht nur der Kommunikation zwischen ExpertInnen untereinander, sondern betrifft auch Laien auf dem Gebiet des Rechts. Kelsen (vgl. 1979:40f) ist der Auffassung, dass generell eigentlich keine Mehrfachadressierung besteht, da jene, die dem Recht unterworfen sind, von ihm nur indirekt tangiert werden, während die direkt betroffenen AdressatInnen die jeweiligen Rechtsorgane verkörpern. Kelsen unterteilt somit in direkte und indirekte AdressatInnen:

Die unmittelbaren Adressaten der generellen [sic!] hypothetischen Rechtsnormen sind somit die Individuen, die die – als Sanktionen fungierenden – Zwangsakte in concreto anzuordnen und zu vollstrecken ermächtigt und unter Umständen auch verpflichtet sind. Die nur mittelbaren Adressaten der generellen Rechtsnormen sind die Individuen, deren Verhalten die Bedingung der in diesen Normen statuierten Zwangsakte ist. (Kelsen 1979:40)

Unabhängig davon, ob Kelsens Standpunkt geteilt wird oder nicht, ist doch nicht zu bestreiten, dass Laien, also jene die dem Recht unterworfen sind, mit ihm auf die eine oder andere Weise in Kontakt kommen, was für die Relevanz der Verständlichkeit von Rechtstexten für Laien spricht.

Die formalen und terminologischen Eigenheiten der juristischen Fachsprache bereiten sowohl Laien, als auch jenen die mit ihrer Übersetzung betraut sind, Verständnisprobleme. Komplexe Satzstrukturen und antiquierte Formulierungen werden von Fachleuten häufig bevorzugt, stellen für NichtexpertInnen jedoch eine Herausforderung dar. Es könnte nun argumentiert werden, dass Rechtssysteme, die mit dem Schutz der Bevölkerung betraut sind, auch in der Lage sein sollten, Recht auf eine Weise zu formulieren, die für alle betroffenen Personen verständlich ist. Dieses Ziel verfolgt beispielsweise im englischsprachigen Raum die sogenannte „Plain English Campaign“¹⁶. Es ist jedoch fraglich, ob eine wesentliche Vereinfachung der Rechtssprache überhaupt möglich ist. Zum einen werden JuristInnen, ebenso wie FachexpertInnen anderer Gebiete, dahingehend ausgebildet, Fachterminologie zu verwenden und zum anderen basiert Recht aus wissenschaftlicher Sicht auf Texten, wie beispielsweise Gesetzen und Statuten, die zum Teil weit in die Vergangenheit zurückreichen (vgl. Hughes/ Alcaraz 2002:14f).

3.3.3 Unterschiedliche Rechtsordnungen und Rechtskreise

Für das Übersetzen juristischer Fachtexte ist es zunächst von größter Bedeutung, sich darüber im Klaren zu sein, dass Recht in verschiedene Rechtsordnungen unterteilt wird, die aber nicht von den jeweiligen Rechtssprachen abhängig sind. Bei der Übersetzung von Rechtstexten kann es zu Übersetzungsproblemen kommen, wenn einzelne Begriffe oder ganze Konzepte, die im Ausgangstext vorkommen, in der zielsprachlichen Rechtsordnung in dieser Form nicht vorhanden sind. Im Wesentlichen werden Rechtstexte durch deren Rechtsordnungen bestimmt. Sandrini (1999:10) erklärt den Zusammenhang von Recht und Rechtsordnungen wie folgt: „Recht zerfällt in Rechtsordnungen, die jeweils unabhängig von der bzw. den verwendeten Rechtssprachen durch politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen konstituiert werden.“ Die Rechtsordnung bildet den obersten Kommunikationsrahmen, da sie nicht nur rechtliche Inhalte, sondern auch Sprache und Sprachkonventionen beeinflusst (vgl. Sandrini 1999:12). Somit lässt sich schlussfolgern, dass der interlinguale Übersetzungsvorgang nicht nur sprachenpaarbezogen ist, sondern von einer Rechtsordnung in eine andere erfolgt¹⁷, was sich auf den Schwierigkeitsgrad der Übersetzung auswirkt. Profundes Wissen über die relevanten Rechtsordnungen ist für TranslatorenInnen folglich eine Grundvoraussetzung, um professionell handeln zu können. Bei einheitlich geltender Rechtsordnung für Ausgangs- und Zieltext wären die Übersetzungsbedingungen als ideal zu bezeichnen (vgl. Pommer 2006:40 und Sandrini 1999:16f.).

¹⁶ Nähere Informationen zu dieser Bewegung finden sich u.a. in Plain English Campaign (1996) und Surhone/Timbleton/Marseken (2010).

¹⁷ Hiervon ausgenommen sind beispielsweise Übersetzungen innerhalb zwei- oder mehrsprachiger Rechtssysteme.

Die sogenannten Rechtskreise wurden entwickelt, um die unzähligen Rechtssysteme in überschaubare Gruppen aufzugliedern. Zu den bedeutsamsten Rechtskreisen, zählen der romanische, der deutsche und der nordische Rechtskreis im europäischen Raum, der amerikanische Rechtskreis, der fernöstliche Rechtskreis und das Hindu-Recht in Asien, sowie das islamische Recht. Die Einteilung der einzelnen Rechtssysteme in die jeweiligen Rechtskreise erfolgte angesichts der Eigenschaften die sie teilen (vgl. Ebert 1878:30). Als Kriterien für diese Unterteilung nennt Ebert (1978:40) u.a. den geschichtlichen Ursprung und die Entstehung der Rechtsordnungen, die unterschiedlichen dominierenden juristischen Sichtweisen, prägende Rechtsinstitute, sowie die jeweiligen Ideologien. Ungefähr 80% aller Länder gehören dem Civil Law oder dem Common Law an (vgl. Cao 2007:24). Überdies existieren auch Mischformen von Rechtssystemen, die aus mehr als einem Rechtskreis entstanden sind. Beispiele für diese hybriden Rechtssysteme, die sowohl vom Civil Law als auch dem Common Law beeinflusst wurden, sind Israel, Südafrika, Schottland, die Philippinen und Griechenland (vgl. Cao 2007:24f). Die nachfolgende Grafik (Sandrini 1999:18) zeigt deutlich die zunehmende Komplexität der Übersetzung von Rechtstexten, basierend auf den beteiligten Rechtsordnungen bzw. -kreisen.

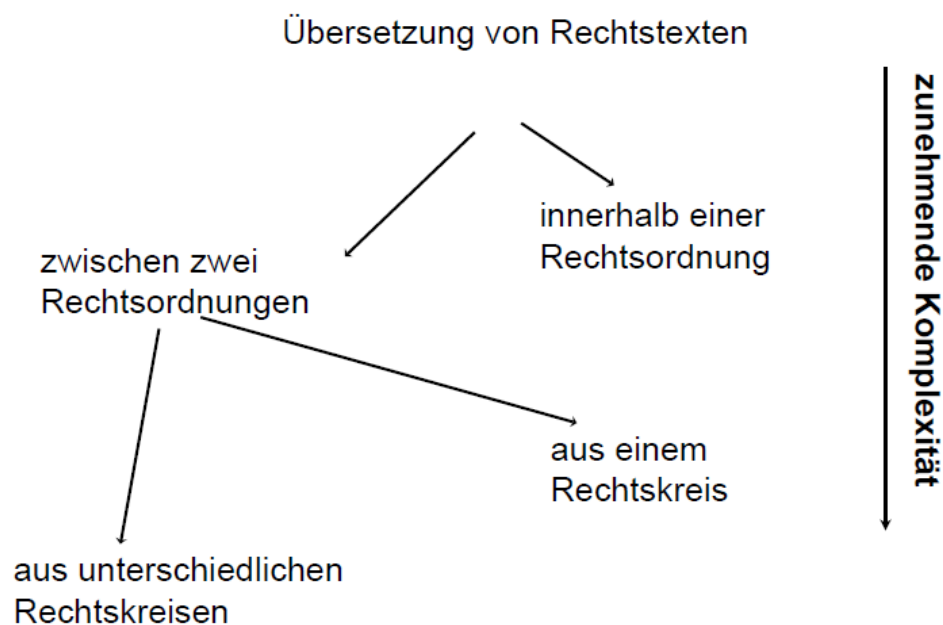


Abb. 7: Die Komplexität von Rechtsübersetzungen (Sandrini 1999)

Rechtsordnungen und -kreise sind aber nicht die einzigen Faktoren, die die Komplexität der Übersetzung von Rechtstexten bestimmen. Auch der vorliegende Rechtsbereich hat Einfluss auf den Schwierigkeitsgrad der Übersetzung. Juristische Texte, die überwiegend von lokalen oder nationalen Konzepten und Begriffen geprägt sind, sind zumeist schwieriger zu übersetzen als Rechtstexte, die von Anfang an für internationale oder zu-

mindest über den lokalen Bereich hinausgehende Gebiete gedacht waren (vgl. Pommer 2006:40).

3.4 Syntax, Rechtsstil und Standardformeln

Ickler (1997:144) vertritt in Bezug auf die Syntax von Fachsprachen folgende Meinung:

In der neueren Fachsprachenforschung wird des öfteren erklärt, Fachsprachen hätten auch eine eigene Syntax. Andere bestreiten es. Aber der Unterschied der Meinungen ist in Wirklichkeit nicht sehr groß; denn die ‚spezifische‘ Syntax der Fachsprachen erweist sich meist als eine spezifische Gebrauchshäufigkeit von syntaktischen Mustern, die durchaus auch in der Allgemeinsprache vorkommen. Nicht das Inventar oder der ‚Bestand‘ der Muster, sondern die Frequenz ihrer Verwendung sind also charakteristisch; ich spreche daher von ‚Frequenzspezifika‘ (im Gegensatz zu ‚Bestandsspezifika‘) der Fachsprache.

Gemeinsame Merkmale, die die Syntax aller Rechtssprachen betreffen, sind ein formaler und unpersönlicher Schreibstil, die Sätze sind zumeist lang und komplex. In Übereinstimmung mit Icklers Aussage, sind dies Merkmale, die auch in der Gemeinsprache auftreten, im Falle der Rechtssprache jedoch die Häufigkeit ihres Auftretens ihre Besonderheit ausmacht.

In Statuten beispielsweise sind lange Sätze notwendig, da es sich einerseits um äußerst komplexe Materie handelt und sie sich andererseits aufgrund des prospektiven Charakters von gesetzgebenden Rechtshandlungen ergeben (vgl. Cao 2007:21). Sehr lange Zeit wagten es ÜbersetzerInnen kaum, sich bei der Übersetzung von juristischen Texten allzu sehr von der Syntax des Ausgangstextes zu lösen, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, dass die Befürchtung bestand, Änderungen könnten den Denkprozess stören. Diese Bedenken lösen sich jedoch auf, wenn die TranslatorInnen verstehen, wie Rechtsnormen funktionieren und somit fähig sind, die logischen Zusammenhänge auszudrücken (vgl. Rothkegel 1984:255). In Bezug auf die Komplexität der Syntax von Rechtstexten gehen Hughes und Alcaraz davon aus, dass JuristInnen durchaus dazu in der Lage wären, ihre teils verworrene und abschreckend wirkende Syntax zu vereinfachen und zu verbessern. Dass JuristInnen zumeist jedoch nicht bereit sind, mit ihrer Rhetorik und ihrer Grammatik sparsamer umzugehen sowie ihren Schreibstil aufzulockern, hat häufig mehr mit Taktik als mit Technik zu tun, eine Tatsache derer sich die JuristInnen selbst durchaus bewusst sind (vgl. Hughes/ Alcaraz 2002:15):

As Jonathan Swift put it long ago, ‘If my Neighbour hath a mind to my Cow, he hireth a Lawyer to prove he should have it of me’. Clearly if the neighbor thought he could convincingly argue his own case, he would save himself the expense of the lawyer’s fee and, with

luck, get my cow into bargain. Moreover, lawyers themselves recognize that their language is sometimes not far short of mystification and that it involves them in a power game.

Es kann folglich davon ausgegangen werden, dass JuristInnen ihren komplexen Stil wenn es von Vorteil ist dazu verwenden, NichtexpertInnen aus der Fachkommunikation auszuschließen.

Unter dem rechtlichen Schreibstil sind alle Aspekte der schriftlichen Rechtssprache sowie der Herangehensweise, der Verwaltung und Lösung von juristischen Problemen zu verstehen. Dieser sogenannte Rechtsstil hat sich aufgrund kultureller und historischer Aspekte, Traditionen und Denkweisen entwickelt, es ist daher nicht verwunderlich, dass Rechtssprachen, die unterschiedlichen Rechtssystemen angehören, große stilistische Differenzen aufweisen können (vgl. Smith 1995:190). Der Rechtsstil der einzelnen Rechtssprachen ist auf historische Entwicklungen sowie das stetig weiterwachsende Recht zurückzuführen und kann auf LeserInnen durchaus antiquiert wirken (vgl. Kjaer 1999:51). Neben den spezifischen Merkmalen der einzelnen Rechtssprachen, haben alle Rechtssprachen generell zumeist einen unpersönlichen Stil, sowie ein hohes Maß an deklarativen Phrasen, die Rechte und Pflichten enthalten (vgl. de Cruz 1999:86). Obwohl sich die einzelnen Rechtssprachen den Stil betreffend in vielen Punkten unterscheiden, so ist doch zu beobachten, dass sich Rechtstexte verschiedener Rechtssysteme zumindest in Bezug auf formale Aspekte und ihre Anordnung sehr ähneln. Ganz generell kann gesagt werden, dass sich Gesetzestexte aus einleitenden, wesentlichen und Schlussbestimmungen zusammensetzen (vgl. Šarčević 1997:127).

Auch der Gebrauch von Standardformeln stellt TranslatorInnen immer wieder vor Herausforderungen. Standardisierte Formulierungen sind immer wiederkehrende Wortlaute, die invariable Inhalte anzeigen und somit dazu dienen, den Wiedererkennungsfaktor zu steigern. Aufgrund dieser Standardformeln, die sich über einen sehr langen Zeitraum hinweg entwickelt und auch etabliert haben, haben auch TranslatorInnen bei der Wahl ihrer Formulierungen keinen uneingeschränkten Spielraum. Wenn einzelne Verfahrensschritte der Ausgangs- und Zielrechtsordnung verglichen werden können, so sollten von ÜbersetzerInnen gleichartige Formulierungen im Zieltext verwendet werden, unabhängig davon, ob sie sich von den grammatikalischen Strukturen des Ausgangstextes unterscheiden, oder nicht. Dies dient letztendlich auch der Verständlichkeit (vgl. Kjaer 1999:52f) und Baumann/Kalverkämper 1992:229).

3.5 Terminologie der Rechtssprache

Allgemeines Kennzeichen von Rechtsbegriffen ist ihre Abhängigkeit von einer und nur einer Rechtsordnung. Rechtsbegriffe haben ihren bestimmten Platz in der komplexen Vernetzung

von Rechtsnormen eines Landes, und ihre Bedeutung kann nicht ohne Einbeziehung ihrer Funktion im Gesamtzusammenhang der Rechtsordnung angegeben werden. (Larenz 1983:420)

Eine komplexe und singuläre Fachterminologie ist ein besonderes Merkmal der Rechtssprache als Fachsprache und zählt überdies zu jenen Gründen, die häufig zu Übersetzungsproblemen führen. Es gibt sowohl terminologische Eigenschaften, die auf Rechtssprache generell zutreffen, als auch spezifische Merkmale der einzelnen Rechtssprachen. Die Fachterminologie der einzelnen Sprachen ist umfangreich und reflektiert das Recht des spezifischen Rechtssystems, in dem diese Sprache verwendet wird (vgl. Cao 2007:53). Bei der Übersetzung von Rechtstexten müssen also Rechtsbegriffe verglichen werden, wenn von einer Rechtsordnung in eine andere übersetzt wird. Ein Vergleich der unterschiedlichen Rechtstermini kommt laut Sandrini besonders zum Tragen, wenn:

- a) Rechtstexte aus einer Rechtsordnung für Leser einer anderen Rechtsordnung übersetzt werden;
- b) neue übergreifende Rechtsinhalte geschaffen werden, die in mehreren Rechtsordnungen umgesetzt werden;
- c) rechtliche Lösungen (Rechtsinhalte) einander gegenüber gestellt und verglichen werden;
- d) Rechtsexperten aus mehreren Rechtsordnungen gemeinsam Texte verfassen bzw. es grundsätzlich zu einer Kooperation von Rechtsexperten mit unterschiedlichem rechtlichen Hintergrund kommt. (Sandrini 2009:152f, HvbG. i.O.)

Wichtig ist es an dieser Stelle zu betonen, dass bei jeder Übersetzung jedoch der Text als Ganzes sowie der Kontext, in den er eingebettet ist, an oberster Stelle stehen und Rechtsbegriffe „Bausteine einer gesamten rechtlichen Lösung für ein gesellschaftliches Problem“ (Sandrini 2009:153) darstellen.

Wie viele andere AutorInnen betont auch de Groot die Systemgebundenheit der Rechtsterminologie:

Jeder Staat hat sein eigenes Rechtssystem. Jeder Staat hat deshalb seine eigene – im Prinzip vollständig autonome – juristische Terminologie, auch wenn dieser Staat als Rechtssprache eine Sprache verwendet, die auch in einem anderen Staat als Rechtssprache gilt. [...] Wegen der Systemgebundenheit juristischer Terminologie gibt es praktisch keine internationale juristische Fachsprache. (de Groot 1999:12)

Benennungen einer Sprache können folglich in Staaten mit unterschiedlichen Rechtssystemen jedoch derselben Amtssprache eine nicht völlig deckungsgleiche bzw. eine völlig andere rechtliche Definition aufweisen. Zwei Länder, die beispielsweise unterschiedlichen Rechtssystemen angehören, jedoch dieselbe Amtssprache nützen, sind Deutschland und Österreich. Als Beispiel nennen Chiocchetti und Stanizzi hier die Bezeichnung „Naturpark“. Die Unterscheidung äußert sich folgendermaßen:

In Österreich ist die Aufgabe eines Naturparks nicht auf den Landschafts-, Arten- und Naturschutz beschränkt; im Unterschied zu Deutschland müssen auch Informations- und Bildungsmaßnahmen für die Besucher vorgesehen werden (vgl. § 25 Burgenländisches Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz und § 27 deutsches Bundesnaturschutzgesetz). (Chiocchetti/Stanizzi 2009:169, siehe auch: Chiocchetti 2008:21)

Aus rechtlicher Sicht entspricht ein „Naturpark“ in Österreich also nicht gänzlich dem, was nach bundesdeutschem Recht als „Naturpark“ gilt.

Ein weiteres Spezifikum der Rechtssprache ist ihre enge Beziehung zur Gemeinsprache. Diese Thematik soll in den nachstehenden Kapiteln behandelt werden.

3.5.1 Fachsprachliche und gemeinsprachliche Terminologie

Wie bereits erwähnt besteht ein sehr enger Zusammenhang zwischen Rechtssprache und Gemeinsprache. Aufgrund dieser Begebenheit unterscheidet Cornu (2000:68ff) generell zwischen Begriffen, die nur der Rechtssprache angehören und polysemen Begriffen, die sowohl der Rechtssprache als auch der Gemeinsprache zugeordnet werden können. Bei der zweiten Gruppe von Begriffen unterscheidet er überdies zwischen Begriffen, bei denen die rechtssprachliche Bedeutung überwiegt und jenen Begriffen, bei denen sowohl die rechtssprachliche als auch die gemeinsprachliche Bedeutung auf der gleichen Ebene angesiedelt sind. Alcaraz und Hughes unterscheiden hingegen zwischen drei Arten der im juristischen Bereich angewandten Terminologie und bezeichnen sie als „purely technical terms“, „semi-technical or mixed terms“ und „everyday vocabulary frequently found in legal texts“¹⁸ (2002:16ff). In Anlehnung an die ersten beiden von Hughes und Alcaraz verwendeten Begriffe, soll in den folgenden Kapiteln zwischen „reinen Fachbegriffen“, und „teils fachlichen und hybriden Begriffen“ unterschieden werden.

3.5.1.1 Reine Fachbegriffe

Unter reinen Fachbegriffen sind all jene Termini zu verstehen, die ausschließlich im rechtlichen Kontext Anwendung finden. Hughes und Alcaraz (2002:16f) nennen hierfür Beispiele wie „estoppel“, „mortgage“ oder „breach of official duty“. Unabhängig davon, welche Art von Rechtstext es zu übersetzen gilt, müssen sich TranslatorInnen mit der Problematik fehlender Äquivalente auseinandersetzen. Rosenne (1987:229) sieht die fehlende Äquivalenz der unterschiedlichen Rechtsterminologien als die häufigste Problemquelle in

¹⁸ Auf die dritte Untergruppe von Begriffen nach Hughes und Alcaraz soll nicht näher eingegangen werden, da es sich hier um Begriffe wie „subject-matter“ oder „paragraph“ (2002:18) handelt, die zwar häufig in Rechtstexten vorkommen, aber keine spezifische rechtssprachliche Bedeutung aufweisen.

Bezug auf die einheitliche Auslegung und Anwendung von juristischen Paralleltexten. Manche ExpertInnen gehen sogar davon aus, dass diese Kategorie von Rechtsbegriffen so eng mit dem System, aus dem sie entstanden sind, verbunden sind, dass sie grundsätzlich nicht übersetzt, sondern nur angepasst werden können (vgl. Hughes/ Alcaraz 2002:17). Als Beispiel für einen Rechtsbegriff der häufig Übersetzungsprobleme bereitet, liefert Smith (vgl. 1995:188) die angloamerikanische Wendung „punitive damages“, für die laut Smith kein zufriedenstellendes Äquivalent in der deutschen Rechtssprache vorhanden ist.

Welche Möglichkeiten und Lösungsansätze in Bezug auf die Übersetzung dieser Fachtermini existieren, wird in Kapitel 3.8 behandelt.

3.5.1.2 Hybride Begriffe

Diese Gruppe der im Recht zum Tragen kommenden Termini spiegelt die enge Beziehung zwischen Rechtssprache und Gemeinsprache wider. Hughes und Alcaraz (2002:17) verstehen unter dieser Kategorie jene Termini, die aus der Gemeinsprache stammen und im Laufe der Zeit durch Analogiebildung zusätzliche rechtliche Bedeutungen erhalten haben. Anders als die Begriffe der ersten Kategorie, sind diese Begriffe polysem. Aufgrund der bestehenden Polysemie, sind diese Begriffe für TranslatorInnen schwieriger zu erkennen als rein fachliche Begriffe. Auch die Zahl dieser Begriffe übersteigt jene der ersten Gruppe bei weitem und ist weiter im Steigen begriffen, da sich Recht stets ändert, um den entstehenden Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht werden zu können.

Ein Beispiel für solch einen Begriff wäre „ordentlich“. Während unter „ordentlich“ im gemeinsprachlichen Gebrauch u.a. „säuberlich“ oder „aufgeräumt“ zu verstehen ist, ändert sich die Bedeutung im rechtlichen Kontext, wenn beispielsweise von einem „ordentlichen Mitglied“ oder „ordentlichen Studierenden“ die Rede ist. Cao sieht es als eine der Aufgaben von RechtsübersetzerInnen die rechtliche Bedeutung dieser hybriden Begriffe zu identifizieren und von ihrer gemeinsprachlichen Bedeutung abzugrenzen, bevor der Versuch unternommen wird, einen passenden Ausdruck in der Zielsprache zu finden (vgl. Cao 2007:67). TranslatorInnen müssen sich darüber im Klaren sein, dass bei dem Versuch die Bedeutung von Wörtern zu bestimmen, die sowohl eine rechtliche als auch gemeinsprachliche Bedeutung, oder auch mehrere rechtliche Bedeutungen haben, der Kontext eine wichtige Hilfestellung sein kann. Dies umfasst sowohl den weiter gefassten Rechtsrahmen, wie beispielsweise das jeweilige Rechtsgebiet, als auch den direkt betroffenen linguistischen Kontext wie Sätze, Absätze sowie der ganze Text in dem der Begriff vorkommt (vgl. Cao 2007:70). Auch de Groot ist sich der Wichtigkeit des Kontextes bewusst: „Es ist möglich,

daß bestimmte Begriffe in einem bestimmten Kontext akzeptable Äquivalente bilden, in einem anderen Kontext jedoch nicht.“ (de Groot 1999:22)

3.5.2 Unbestimmte Rechtsbegriffe

Unbestimmte Rechtsbegriffe, oder auch häufig „unbestimmte Gesetzesbegriffe“ genannt, sind jene Begriffe der Rechtssprache, die zunächst nicht sehr spezifisch, ergo unbestimmt wirken (vgl. Kahl/Weber 2008:114). Oksaar (vgl. 1978:102) tituliert diese Art von Begriffen auch als „wertausfüllungsbedürftige“ Begriffe, aufgrund derer die Rechtssprache als Fachsprache ungenau sei. Als Beispiele für unbestimmte Rechtsbegriffe nennt er u.a. „Treu und Glauben“, „gute Sitten“ sowie „wichtiger Kündigungsgrund“. Reinfried (1983:130ff, HvbG. i.O.) unterteilt jene unbestimmten Rechtsbegriffe, die gewollt undurchsichtig sind, in vier Untergruppen:

- „Begriffe, die die Achtung des Sittengebots gebieten“ (z.B. „die guten Sitten“)
- „Begriffe, die eine bestimmte Verantwortungsethik (Tatethik) verlangen“ (z.B. „grobe Fahrlässigkeit“)
- „Begriffe, die für eine ‚gerechte‘ Anwendung des Gesetzes Sorge tragen“ (z.B. „billigen-des Ermessen“; „grobe Unbilligkeit“)

Unbestimmte Rechtsbegriffe bedürfen also immer einer rechtlichen Auslegung, was folglich eine äußerst komplexe Herausforderung darstellt (vgl. Müller-Tochtermann 1959:84). Da bei ihrer Übersetzung nicht wie bei exakt definierten Rechtsbegriffen die Möglichkeit besteht, deren Definition in das Translat zu übernehmen (vgl. Pommer 2006:54f), ist es nicht verwunderlich, dass die Übertragung eines ausgangssprachlichen unbestimmten Begriffs in ein anderes Rechtssystem noch heikler ist. Trotz dieser Sachlage ist Stolze der Meinung, dass es „keine Lösung [ist], die entscheidenden Begriffswörter in solchen Texten einfach unübersetzt zu lassen mit der Entschuldigung, dafür gäbe es kein zielsprachliches Äquivalent“ (Stolze 1999:170).

In diesem Sinne verweist Stolze (1999:170ff) auf das im Recht verankerte „Prinzip des gemeinsamen Minimums“, auf das im folgenden Kapitel eingegangen wird.

3.5.3 Systemgebundenheit der Rechtsterminologie

Wie bereits erwähnt, sind Rechtstermini an das jeweilige System in dem sie genützt werden gebunden, was TranslatorInnen häufig vor das Problem stellt, passende Äquivalente zu finden. De Groot (vgl. 1999:18) betont, wie wichtig es ist, dass es beim Übersetzen juristischer Fachterminologie in eine andere Sprache nicht zulässig ist, einfach die gemeinsprachliche Terminologie der Zielsprache zu nutzen, da vielmehr in das zielsprachliche

Rechtssystem übersetzt werden muss. ÜbersetzerInnen müssen sich folglich darüber im Klaren sein, welche Zielrechtsordnung für sie relevant ist. Dies kann sie jedoch vor Probleme stellen, da oft nicht klar hervorgeht, wer das Zielpublikum des Translats ist. Zunächst müssen RechtsübersetzerInnen herausfinden, ob es für den Terminus der Ausgangsprache eine Entsprechung in der Zielsprache gibt oder nicht.

3.6 Rechtsübersetzung und Rechtsvergleichung

Ein Faktor, der unabhängig von der Textsorte oder der Funktion von Rechtsübersetzungen immer zum Tragen kommt, ist die Rechtsvergleichung. JuristInnen sind häufig der Meinung, Rechtsübersetzen sei als bloßer Teilaspekt der Rechtsvergleichung zu sehen, da JuristInnen die Rechtsvergleichung betreiben, auch zwangsläufig als ÜbersetzerInnen fungieren, weil sie über rechtliche Themen anderer Rechtsordnungen in der Sprache der eigenen Rechtsordnung sprechen können müssen (vgl. Pommer 2006:118). Pommer (vgl. 2006:119) erwähnt jedoch auch, dass einige FachübersetzerInnen Rechtsvergleichung als erforderliche Grundvoraussetzung für das erfolgreiche Übersetzen von Rechtstexten sehen. Der Rechtsvergleich wäre gemäß dieser Ansicht also ein Hilfsmittel für ÜbersetzerInnen, das ihnen zu Verstehens- und Analysezwecken dient. Schmidt-König (2005:228) ist der Ansicht, dass nicht die Definitionen der Rechtsvergleichung und der Rechtsübersetzung, sondern vielmehr ihr Verhältnis zueinander von Bedeutung ist: „Das Verhältnis zwischen Rechtsvergleichung und juristischer Übersetzung ist nicht nur anhand ihrer Definitionen darzustellen. Bedeutsam sind hier vielmehr auch ihre gegenseitigen und wechselseitigen sonstigen Beziehungen“.

Sie betont weiters die Wichtigkeit der Rechtsvergleichung für das Übersetzen juristischer Fachtexte und verweist hier auf die Mikro- und Makrovergleichung. Bei der Makrovergleichung geht es vorwiegend darum, grundlegende Strukturen und die kennzeichnenden Merkmale der Rechtsordnungen zu erläutern und sie zu vergleichen (vgl. Schmidt-König 2005:228). Das Ziel dieses Vergleichs besteht darin, etwaige Verwandtschaften aufzudecken und auf Basis von Rechtskreisen und Rechtsfamilien die Rechtsordnungen zu ermitteln (vgl. Constantinesco 1983:241). Die Ermittlung der Differenzen und Übereinstimmungen der jeweiligen Rechtsordnungen bilden somit die Basis für das Rechtsübersetzen (vgl. Sandrini 1996:154). Bei dem Vergleich auf der Mikroebene wiederum werden spezifische Bestimmungen oder Begriffe verschiedener Rechtsordnungen untersucht (vgl. Constantinesco 1971:258).

Auch Bocquet (vgl. 1994:7) erkennt den Nutzen der Rechtsvergleichung für das Rechtsübersetzen und ist der Ansicht, dass drei Etappen notwendig sind, um Rechtsinstitute von einer Sprache in die Zielrechtssprache zu transferieren. Die erste Etappe besteht darin,

den Inhalt bzw. die Bedeutung des Ausgangstextes zu dekodieren („la phase sémasiologique“), die Rechtsvergleichung stellt für Bocquet die zweite Phase, „de caractère tout à fait non-linguistique“ (Bocquet 1994:7), der jeweiligen Ausgangs- und Zielrechtsordnung, dar. Die Zielsetzung der dritten und letzten Phase („la phase onomasiologique“) besteht darin, den Inhalt des Zieltextes für das Zielpublikum begreiflich aufzubereiten.

3.7 Funktion der Rechtsübersetzung

In Bezug auf Übersetzen gibt es sehr viele Möglichkeiten der Kategorisierung, sehr häufig wird zunächst zwischen Fachübersetzen, literarischem Übersetzen und dem Übersetzen allgemeinsprachlicher Texte unterschieden. Nach dieser allgemeinen Unterteilung zählt das Übersetzen von Rechtstexten eindeutig zu der Kategorie Fachübersetzen, weist jedoch auch Merkmale der Gemeinsprache auf. Das Übersetzen juristischer Fachtexte kann in weitere Subkategorien unterteilt werden, häufig geschieht diese Unterteilung nach ihrer Funktion (vgl. Cao 2007:8). Recht tritt in schriftlicher Form auf verschiedenste Art und Weise zu Tage, beispielsweise in Gesetzestexten, Urkunden oder Verträgen. Ebenso vielfältig wie die Arten der Rechtstexte sind die Funktionen ihrer Übersetzungen. (Pommer 2006:119). Im Folgenden sollen die Skopoi, wie sie Cao (2007) kategorisiert, behandelt werden.

3.7.1 Für normative Zwecke

Bei diesen Texten handelt es sich um Translate, die als authentische Rechtstexte gehandhabt werden. Translate normativer Rechtstexte gelten nur als authentisch, wenn sie, wie im Gesetz vorgesehen, anerkannt und übernommen wurden. Diese Texte sind somit nicht mehr nur Translate, sondern haben Rechtsgültigkeit (vgl. Šarčević 1997:20). Diese Art der Übersetzung würde nach Nord (1993:24ff) der instrumentellen Übersetzung entsprechen, da sowohl der Ausgangs- als auch der Zieltext dasselbe Ziel haben. Es kann überdies davon ausgegangen werden, dass instrumentelle Übersetzungen in diesem Sinne vorwiegend bei zwei- oder mehrsprachigen Rechtssystemen zum Einsatz kommen (vgl. Schmidt-König 2005:123). Im Falle der mehrsprachigen Rechtssysteme, werden Rechtstexte parallel in allen National- oder Amtssprachen verfasst bzw. übersetzt. In den meisten Fällen, wie beispielsweise in der Schweiz, sind alle Sprachen und somit auch alle Rechtstexte und Übersetzungen gleichwertig zu behandeln. Schlechte oder sich widersprechende Übersetzungen können somit zu Schwierigkeiten bei der gesetzlichen Interpretation führen (vgl. Weisflog 1996:26f).

3.7.2 Für informative Zwecke

Dieser Übersetzungstyp ist häufig in einsprachigen Rechtssystemen vorzufinden. Der Unterschied zur ersten Kategorie von Rechtstexten besteht darin, dass sie nicht rechtlich bindend sind und nur die Sprache des Ausgangstextes rechtskräftig ist. Bei der Veröffentlichung von Übersetzungen dieser Art, werden manchmal Anmerkungen hinzugefügt, in denen betont wird, dass der vorliegende Text nur Referenzzwecken dient. Bei der Welthandelsorganisation (WTO) haben nur jene Texte Rechtsgültigkeit, die in den offiziellen Arbeitssprachen Englisch, Französisch und Spanisch verfasst wurden. Übersetzungen in andere Sprachen haben keinen präskriptiven Charakter und dienen nur zu Informationszwecken (vgl. Cao 2007:11). Neben den im vorhergegangenen Kapitel erwähnten präskriptiven Texten, gibt es folglich auch offizielle Übersetzungen, die zwar abgesegnet wurden, jedoch keinen rechtsverbindlichen Charakter besitzen. Die International Law Commission (ILC) sprach sich somit für die Verwendung der Bezeichnung „version“ für diese Übersetzungen und „text“ für authentische Übersetzungen aus (Šarčević 1997:209). Nach Nord (1993:24ff) würde es sich hierbei um eine dokumentarische Übersetzung handeln.

3.7.3 Vorwiegend für informative Zwecke

Die dritte Gruppe bilden jene Translate, die für generelle Rechts- und Gesetzeszwecke produziert werden. Sie dienen vorwiegend zur Information und sind größtenteils deskriptiv. Übersetzungen dieser Art könnten beispielsweise als Urkundenbeweise bei Gerichtsverfahren verwendet werden. Diese Übersetzungen werden von jenen genutzt, die die Sprache des jeweiligen Gerichts nicht beherrschen. Aufgrund ihrer Nutzung im Rahmen von Gerichtsprozessen haben diese Übersetzungen rechtliche Konsequenzen und sind somit von rein deskriptiven Rechtstexten zu unterscheiden (vgl. Cao 2007:11f). Im Falle der Nutzung einer Übersetzung als Urkundenbeweis, ist grundsätzlich das Original immer beizulegen, was das Translat als nichtselbständigen Text erscheinen lässt. Original und Translat sollten überdies „fest verbunden werden“ (Wiesmann 2004:96, zit. nach Bundesverband der Übersetzer und Dolmetscher 1990 B I 7). Ausnahmen werden im Falle von Strafprozessen gewährt, wenn das Originaldokument nicht mehr aufzufinden ist oder vernichtet wurde. Trifft diese Situation zu, kann das Translat auch eigenständig als Beweis vor Gericht zugelassen werden (vgl. Jessnitzer 1982:66).

3.8 Übersetzungsstrategien

Aufgrund der Systemgebundenheit der Rechtssprache, bereitet es ÜbersetzerInnen oft Schwierigkeiten, passende Entsprechungen in der Zielsprache zu finden. Abhängig von der

jeweiligen Situation, gibt es verschiedene Übersetzungsstrategien, die angewandt werden können.

3.8.1 Funktionale und partielle Äquivalenz

Die Suche nach Äquivalenten beim Übersetzen juristischer Fachtexte geht immer mit Rechtsvergleichung einher. Wann und auf welcher Grundlage basierend, darf ein zielsprachlicher Begriff als ausreichend äquivalent eingestuft werden? Diese Frage bereitet RechtsübersetzerInnen häufig Schwierigkeiten. Es kann gefolgert werden, dass aufgrund der Systemgebundenheit von Rechtsbegriffen grundsätzlich nur von gänzlicher Äquivalenz die Rede sein kann, wenn beide Sprachen auf ein und dasselbe Rechtssystem zurückgreifen. Dies trifft in der Praxis nur bei der Übersetzung innerhalb zwei- bzw. mehrsprachiger Rechtssysteme zu. Bezieht sich das Translat auf ein anderes Rechtssystem als der Ausgangstext, ist die völlige Gleichwertigkeit von Rechtstermini eher unwahrscheinlich (vgl. De Groot 1999:20ff). Ausgehend davon, dass aber trotzdem häufig Rechtstermini einer Rechtsordnung in eine andere übertragen werden, muss zumindest teilweise Äquivalenz der Begriffe herrschen. In diesem Kontext ist häufig von „funktionaler Äquivalenz“ die Rede (vgl. Pommer 2006:66f und Šarčević 1990). Šarčević (1990:157, Hvbgl. i.O.) plädiert für eine „*Zurückhaltung bei der Verwendung von funktionalen Entsprechungen*“ wenn sie von RezipientInnen fälschlicherweise mit Begrifflichkeiten und Institutionen des Zielrechtssystems gleichgesetzt werden könnten. Jene TranslatorInnen, die mit der Übersetzung des Bundesgesetzbuches ins Englische betraut wurden, entschieden sich aus diesem Grund gegen die funktionalen Äquivalente „domicile“ und „tort“ für „Wohnsitz“ und „unerlaubte Handlung“, da das Zielpublikum Inhalte des englischen und amerikanischen Rechts in diese Begriffe hineininterpretieren könnten (vgl. Šarčević 1990:157). Auch de Groot steht der funktionalen Äquivalenz kritisch gegenüber, und bezweifelt, dass diese ausreichend ist:

Wenn man einen Begriff aus einer Zielrechtsordnung als Äquivalent für einen Begriff aus der Ausgangsrechtsordnung auswählen will, muß nicht nur eine funktionale Äquivalenz, sondern auch eine ähnliche systematisch-strukturelle Einbettung vorhanden sein (de Groot 1999:24)

Um herauszufinden, ob ein zielsprachlicher Begriff als ausreichend äquivalent eingestuft werden kann, ist eine aufwendige Recherche seitens der TranslatorInnen nötig, die jedoch in vielen Fällen in dem erforderlichen Ausmaß kaum realisiert werden kann. In Bezug auf funktionale Äquivalente die sehr häufig passend sind, spricht man auch von „naher Äquivalenz“, während bei jenen, die keineswegs passend sind, von „Inäquivalenz“ die Rede ist. Der Großteil aller funktionalen Entsprechungen gehört aber der Kategorie der „partiellen Äquivalenz“ an, bei denen die Situation bzw. der Sachverhalt entscheidet, ob eine Entsprechung in einem bestimmten Fall akzeptabel ist (vgl. Pommer 2006:66f). Auch für

Arntz und Picht ist eine partielle Entsprechung unter den folgenden Umständen zweckmäßig:

Wenn zwei Begriffe in den wesentlichen Merkmalen übereinstimmen, aber in unwesentlichen voneinander abweichen, so besteht zwar keine Identität, dennoch lassen sich die Benennungen aufgrund der hochgradigen begrifflichen Entsprechung zusammenführen. (Arntz/Picht 1982:141)

Folglich ist die Tatsache, dass ein funktionales Äquivalent dem Konzept des ausgangssprachlichen Begriffs entspricht, kein Beleg dafür, dass er in einem speziellen Fall automatisch für das Translat geeignet ist. Pigeon (1982), ein Verfechter der funktionalen Äquivalenz, sieht den Kern eben dieser im „concept analogue“: „Le principe même de l'équivalence fonctionnelle signifie que l'on traduit en utilisant un mot qui ne correspond pas rigoureusement au même concept juridique mais à un concept analogue.“ (Pigeon 1982:280)¹⁹

3.8.2 Weitere Lösungsansätze

Können im Rahmen der jeweiligen Situation keine zufriedenstellenden Äquivalente in der Zielsprache bzw. in der Zielrechtsordnung gefunden werden, gibt es eine Reihe an Methoden, die RechtsübersetzerInnen anwenden können. Diese sollen in den folgenden Kapiteln angeführt werden. De Groot (1999:27) nennt hier 3 Ersatzlösungen und zwar das Erhalten des ausgangssprachlichen Begriffs, Umschreibung sowie Neologismus. Die Möglichkeit der Lehnübersetzung sowie die von de Groot genannten Methoden sollen nachfolgend angeführt werden.

3.8.2.1 Lehnübersetzung

„Unter Lehnübersetzung versteht man die wörtliche Übersetzung eines Terminus bzw. seiner Bestandteile, wenn in der Zielsprache kein funktionales Äquivalent vorliegt.“ (Pommer 2006:72) Wie bereits erwähnt wurde, ist aufgrund der Systemgebundenheit der juristischen Fachbegriffe eine völlige Äquivalenz von Begriffen des Ausgangs- sowie des Zielrechtssystems fast nur gegeben, wenn innerhalb eines Rechtssystems übersetzt wird. Ist dies nicht der Fall, scheint auch eine funktionale Äquivalenz der jeweiligen Rechtstermini, d.h. eine gemeinsame Funktion des Ausgangs- und Zielterminus, unwahrscheinlich bzw. nicht immer ausreichend zu sein. Trifft dies zu, müssen sich TranslatorInnen für Ersatzent-

¹⁹ Auch Bocquet misst dem Äquivalenzvergleich der Terminologie des Ausgangs- und Zielrechtssystems große Bedeutung bei und sieht sie als zweite, rechtsvergleichende Phase seiner Drei-Phasen-Theorie über die Übersetzung von Rechtsinstituten. Näheres zu seiner Drei-Phasen-Theorie findet sich in Kapitel 3.6.

sprechungen entscheiden (vgl. Šarčević 1990:156). Eine Möglichkeit bietet in diesem Fall die Lehnübersetzung, die jedoch nur angewandt werden sollte, wenn kein am Zielrechtssystem orientierter Begriff gefunden werden kann (vgl. Šarčević 1990:161 und Pommer 2006:69). Im Gegensatz zur generellen wörtlichen Übersetzung besteht bei der Lehnübersetzung die Möglichkeit, die morphologische Anordnung des ausgangssprachlichen Terminus zu erhalten oder den Begriff an die Zielsprachenstruktur anzugleichen. Schmidt-König nennt für die Beibehaltung der ausgangssprachlichen Strukturen das Beispiel „der Präsident der Republik“ für „le Président de la République“ und für die zweite Möglichkeit „die Nationalversammlung“ für „l’Assemblée nationale“ (vgl. Schmidt-Kaiser 2005:204). Lehnübersetzungen sind für das Zielpublikum des Translats nur verständlich, wenn ein bestimmtes Vorwissen in Bezug auf das ausgangssprachliche Rechtsinstitut gegeben ist. Daraus lässt sich schließen, dass Lehnübersetzung nur zum Einsatz kommen sollte, wenn die Bedeutung aufgrund des speziellen Sachverhalts deutlich wird (vgl. Pommer 2006:69). Der positive Aspekt der Lehnübersetzung besteht darin, dass die entstandenen Begriffe sowohl neutral als auch einfach zu verstehen sind, weil kein Wissen über das Ausgangsrechtssystem der ZieltextrezipientInnen erforderlich ist. In jedem Fall benötigen RechtsübersetzerInnen auch hier profundes Wissen, in diesem Fall vor allem über die Zielrechtsordnung um „false friends“ zu vermeiden, wenn der Begriff der Lehnübersetzung schon eine anderweitige Bedeutung im Zielrechtssystem inne hat. Es kann auch zu einem Problem bei der Anwendung der Lehnübersetzung kommen, da immer Information verloren geht, basierend auf dem Umstand, dass keine zusätzlichen Angaben über den Bedeutungsgehalt des ausgangssprachlichen Begriffs hinzugefügt werden (vgl. Pommer 2006:72).

3.8.2.2 Verwendung des ursprünglichen Begriffs

De Groot nennt zwar diese Möglichkeit, betont aber gleichzeitig, dass dies nicht die bestmögliche Variante darstellt:

Ich habe keine große Sympathie für die Entscheidung, einen Begriff nicht zu übersetzen. Das wichtigste Ziel einer Übersetzung ist es, den Ausgangstext für Personen, die die Sprache des Ausgangstextes nicht gut beherrschen, zugänglich(er) zu machen. Dieses Ziel wird vernachlässigt, wenn man Begriffe nicht übersetzt. (de Groot 1999:27)

Auch Pommer (2006:70) ist mit der Beibehaltung des ausgangssprachlichen Begriffs nur bedingt einverstanden, und zwar, wenn der Begriff für die vorgesehenen RezipientInnen des Translats klar verständlich ist. Nichtsdestotrotz wird die Methode, Begriffe unübersetzt zu übernehmen, im Falle fehlender Äquivalente immer häufiger genutzt. Viele JuristInnen und TranslatorInnen gehen davon aus, dass Begriffe und nicht Bezeichnungen übersetzt werden. Folglich sehen sie ausgangssprachliche Begriffe, für die in der Zielsprache

keine begriffliche Äquivalenz existiert, als nicht übersetzbar und neigen dazu, ursprüngliche Begriffe unübersetzt im Translat zu übernehmen (vgl. Šarčević 1990:159). Zum Teil hängt die Verwendung dieser Methode auch damit zusammen, dass viele der jungen europäischen ExpertInnen gute bis ausgezeichnete Kenntnisse der englischen Sprache besitzen. Sie haben häufig einen saloppen Umgang mit englischen Begriffen und umgehen somit komplexe syntaktische und semantische Probleme. Ein weiterer Vorteil dieser Methode besteht darin, dass TranslatorInnen u.U. blamable Fehlübersetzungen vermeiden. Natürlich besteht der Nachteil, wie auch de Groot erwähnt, darin, dass ein ohnehin komplexer Sprachstil durch das Mischen zweier Sprachen noch mehr verkompliziert wird und besonders für Laien das Verständnis noch weiter erschwert (vgl. Smith 1995:188). Die Verwendung des ausgangssprachlichen Begriffs wird auch oft mit der Hervorhebung des Begriffs, meist durch Anführungszeichen oder Kursivstellung, vom restlichen Text abgegrenzt (vgl. Schmidt-König 2005:217). Das Erhalten des ausgangssprachlichen Begriffs ist besonders ungeeignet, wenn keine oder fast keine etymologische Verwandtschaft zwischen Ausgangs- und Zielsprache vorhanden ist (vgl. de Groot 1999:28).

3.8.2.3 Umschreibung

Eine weitere Möglichkeit bildet das Umschreiben des ausgangssprachlichen Begriffs: „Wenn eine Umschreibung in der Zielsprache eine nahezu perfekte Definition eines Begriffs aus der Zielsprache darstellt, ist eine derartige Beschreibung ein aus mehreren Worten bestehendes Äquivalent.“²⁰ (de Groot 1999:29) Dies bedeutet also, dass dieses „aus mehreren Wörtern bestehende Äquivalent“ in dieser Form in der Zielrechtsordnung zwar nicht existiert, jedoch von juristischen ExpertInnen, die mit den jeweiligen Rechtssystemen vertraut sind, verstanden wird. Ob diese Methode der Umschreibung von Vorteil ist, hängt von mehreren Faktoren ab, wie der Länge und Komplexität der Umschreibung oder dem Skopos der Übersetzung (vgl. de Groot 1999:30). Solche deskriptiven Äquivalente sollten jedoch generell immer in Kombination mit Definitionen und Anmerkungen verwendet werden, um ein Maximum an Verständnis zu gewährleisten, besonders wenn erhebliche Unterschiede in Bezug auf die betreffenden Rechtssysteme, Kulturen und Sprachen bestehen (vgl. Šarčević 1991:621).

Eine Variante, die häufig angestrebt wird ist, ein Äquivalent in der Zielsprache zu finden, das den generellen Inhalt des Ausgangsterminus widerspiegelt, jedoch die Leserschaft nicht in die Irre führt. Ist solch ein Terminus in der Zielsprache nicht vorhanden, bedienen sich TranslatorInnen häufig „definitorischen Umschreibungen neutralen Inhalts,

²⁰ In diesem Zusammenhang wird auch häufig von „deskriptiven Äquivalenten“ oder „deskriptiven Substituten“ gesprochen (siehe u.a. Pommer 2006:75).

die den Inhalt des A-Termins kurz zusammenfassen“ (Šarčević 1990:158). Also Beispiel führt Šarčević den Begriff „wlamanie“ (Artikel 208, polnisches Strafgesetz von 1969) an, dem weder „housebreaking“ noch „burglary“ zur Gänze entspricht. Der Übersetzer oder die Übersetzerin verwendete die Paraphrase „to steal by breaking and entering“ (vgl. Šarčević 1990:158, nach Kielar 1977:95).

Je nach Länge der Paraphrasierung unterscheidet Schmidt-König (2005:206) in Anlehnung an Grass (1999:53) zwischen „substitut descriptif“ (deskriptiver Ersatz) und „paraphrase“ (Paraphrase):

Ein deskriptiver Ersatz für den französischen Begriff ‚Conseil d’État‘, wäre, wenn es sich um seine gerichtliche Tätigkeit handelt ‚oberstes französisches Verwaltungsgericht‘. Die Paraphrase enthält im Gegensatz zum deskriptiven Ersatz ein Verb, das entweder konjugiert oder in einer partizipialen Form in der Umschreibung zu finden ist. Der deutsche Begriff ‚Beamtenverhältnis‘ beispielsweise kann dementsprechend mit ‚rapport entre le fonctionnaire et la personne morale de droit public au service de laquelle il est placé‘ übersetzt werden. (Schmidt-König 2005:207)

Nach dieser Definition kann also vermutet werden, dass ein deskriptiver Ersatz in Rechtsübersetzungen häufiger anzutreffen ist als Paraphrasen, da zumeist nicht genügend Platz für eben jene vorhanden ist.

Überdies kann beobachtet werden, dass deskriptive Äquivalente in manchen Sprachen häufiger zur Anwendung kommen als in anderen. Šarčević (1991:621) ist der Ansicht, dass dies besonders auf sinotibetische Sprachen, wie beispielsweise Chinesisch, zutrifft. Generell gesehen ist die Bedeutung chinesischer Begriffe transparent, was möglicherweise darauf zurückzuführen ist, dass im Chinesischen Ideogramme anstelle von Buchstaben und Silbenzeichen verwendet werden.

3.8.2.4 Bildung eines Neologismus

Bei der dritten Ersatzlösung handelt es sich um die Möglichkeit der Wortneuschöpfung: „Ein Neologismus liegt vor, wenn man in der Zielsprache ein Wort verwendet, daß nicht (oder nicht mehr) in der vom Übersetzer gewählten Zielrechtsordnung benutzt wird.“ (Pommer 2006:76). De Groot (1999:30) ist der Ansicht, dass es sich bei der Wortneuschöpfung um eine Variante handelt, die sehr häufig eingesetzt werden müsse. Neologismen können natürlich bei der Übersetzung von Rechtstexten nicht beliebig und in jedem Fall verwendet werden, es ist jedoch schwierig herauszufinden, nach welchen Kriterien Neologismen gebildet werden können. Laut Šarčević (1990:157, Hvbgl. i.O.) sollen TranslatorInnen:

[...] eine Terminologie verwenden, die mittels Assoziationen Vorstellungsgehalte im Bewußtsein des Lesers evoziert, die ihn an die Begriffe und Institutionen seiner eigenen Rechtsordnung erinnert, ihn aber gleichzeitig nicht vergessen läßt, daß es sich um fremdes Geistesgut und fremde Institutionen handelt, die integrierender Bestandteil einer fremden Rechtsordnung sind (Einleitung, *Verfassung der türkischen Republik* 1984:25-26).

In Bezug auf die Bildung von Neologismen würde dies bedeuten, dass diese nur zulässig sind, wenn im Zielrechtssystem noch kein gängiger Begriff vorhanden ist. JuristInnen, für die ein Translat bestimmt ist, müssen die Möglichkeit haben, den Begriff zu verstehen und zu interpretieren (vgl. de Groot 1999:32). Um einen passenden Neologismus zu schaffen, ist eine äußerst intensive und zeitaufwendige Recherche nötig. Aus diesem Grund zählt die Bildung von Neologismen zwar zu den Übersetzungsmethoden, sie werden erfahrungsgemäß jedoch eher von LexikologInnen als von TranslatorInnen geschaffen (vgl. Groffier/Reed 1990:86). Die Nutzung und Erstellung von Neologismen ist aber nach wie vor ein umstrittenes Thema. Der Sprachendienst der UNO lehnt Wortneuschöpfungen beispielsweise entschieden ab und plädiert für die Nutzung von Entlehnungen. Dementsprechend werden nur Neologismen akzeptiert, die von den zuständigen nationalen Stellen bereits überprüft wurden (vgl. Šarčević 1991:622).

3.8.2.5 Prinzip des gemeinsamen Bedeutungsminimums

In der deutschsprachigen Literatur²¹ wird in Bezug auf das Übersetzen juristischer Fachtexte häufig das „gemeinsame Minimum der Bedeutung“ als adäquater Ersatz angeboten, wenn keine völlige Begriffsäquivalenz vorhanden ist. Es ist jedoch fraglich, ob dieser Grundsatz des Rechts wirklich als Übersetzungsprinzip geeignet ist:

Das Prinzip des ‚gemeinsamen Minimums‘ wird als ein gemeinsamer Nenner von Begriffsmerkmalen verstanden und entspricht somit der Auslegungsmethode des Gemeinschaftsrechts. Die verglichenen Begriffe verfügen somit über gemeinsame Merkmale, die dazu führen, dass beide Begriffe als Übersetzung füreinander stehen können. Es handelt sich um Fälle einer begrifflichen Überschneidung oder der Inklusion, wobei die Bedeutung hier nicht dem Umfang der Schnittmenge, sondern allein ihrem Bestehen zukommt. (Schmidt-König 2005:176)

Diese und ähnliche in der Literatur enthaltenen Auslegungen des „gemeinsamen Minimums der Bedeutung“ liefern TranslatorInnen jedoch keine Informationen darüber, welche Kriterien gelten, die festlegen, wann genau dieses „Minimum“ gegeben ist. Besonders wenn den ZieltextrezipientInnen Informationen über den Ausgangstext geliefert werden soll, also nicht zieltextorientiert übersetzt wird, betont de Groot (1999:23) wie wichtig es sei, dass „Begriffe des Zieltextes keine engere oder weitere Bedeutung als die des Aus-

²¹ Als Begründer dieses juristischen Grundsatzes gilt Bleckmann (1977:99).

gangstexts haben“. Ausgehend von dieser Aussage, kann das Prinzip des gemeinsamen Minimums grundsätzlich nur bei zieltextorientierten Übersetzungen zum Einsatz kommen.

Stolze plädiert in Bezug auf das gemeinsame Bedeutungsminimum vor allem für die Verwendung von Hyperonymen, „denn ein Oberbegriff impliziert den unteren immer“ (Stolze 1999:170). Ein Nachteil dieses Prinzips ist, dass das Zielpublikum aufgrund der fehlenden Genauigkeit in die Irre geführt wird, weswegen Stolze einräumt, dass das Prinzip nur zur Anwendung kommen kann, wenn im Ausgangstext bewusst unklare Formulierungen verwendet wurden, die von TranslatorInnen in keinem Fall präziser formuliert werden sollten (vgl. Stolze 1999:170). Auch bei diesem Prinzip als Hilfsmittel für RechtsübersetzerInnen wird deutlich, dass eine unreflektierte Verwendung, die nicht auf den jeweiligen Kontext abgestimmt ist, nicht möglich ist.

3.9 Zusammenfassende Bemerkungen

Die in den bisherigen Kapiteln angeführten Spezifika der Rechtssprache verdeutlichen ihre Komplexität, die sich folglich auch auf das Rechtsübersetzen überträgt. TranslatorInnen rechtlicher Fachtexte müssen folglich ein hohes Maß an fachlichem und translatorischem Wissen besitzen und eine präzise und gewissenhafte Arbeitsweise an den Tag legen. Um die im Theorieteil dieser Arbeit angeführten Elemente weiter zu verdeutlichen, wird im folgenden Kapitel ein Rechtstext sowie seine, durch eine ausgebildete Rechtsübersetzerin angefertigte Übersetzung, hinsichtlich ihrer textuellen Merkmale, Problemstellen und verwendeten Übersetzungsmethoden analysiert.

4. Analyse eines angloamerikanischen Vertrages und seiner deutschen Übersetzung

*Wer Recht erkennen will,
muss zuvor in richtiger Weise gezweifelt haben.*

- Aristoteles

Die vorangegangenen Kapitel haben gezeigt, wie komplex sowohl der Begriff der translatorischen Kompetenz, als auch die Begriffe der Rechtssprache und des juristischen Fachwissens sind. Um dies zu untermauern, sollen in diesem Kapitel Texte aus der Praxis analysiert werden, um die Besonderheiten der Rechtssprache sowie Schwierigkeiten und mögliche Vorgehensweisen bei der Übersetzung aufzuzeigen.

4.1 Wahl des Untersuchungsmaterials

Ziel dieser Analyse ist es, die Besonderheiten der Rechtssprache aufzuzeigen, sowie dadurch entstehende Übersetzungsprobleme und mögliche Übersetzungsstrategien zu beschreiben. Aufgrund ihres zumeist gut strukturierten Aufbaus eignen sich Vertragstexte m. E. besonders gut für übersetzungsrelevante Textanalysen. Da es sich bei dem Untersuchungsmaterial um einen englischsprachigen Text und seine deutsche Übersetzung handelt, ist es natürlich notwendig, einzelne Aspekte auf der Mikroebene der jeweiligen Rechtssprachen bzw. Rechtsordnungen zu analysieren. Während zwar gezeigt werden soll, dass beim Übersetzen juristischer Fachtexte textsortenspezifische Besonderheiten gegeben sind, stehen doch allgemeine Schlüsse für das Übersetzen von Rechtstexten im Vordergrund. Diese Arbeit orientiert sich somit an Sandrinis Auffassung:

Dennoch erscheint es wichtig, allgemeine Aussagen zu versuchen, um den Rahmen des Problems abzustecken und einen Überblick über die Problematik zu geben. Bei der Auseinandersetzung mit einzelnen konkreten Problemen besteht die Gefahr, ohne den allgemeinen Rahmen stets vor Augen zu haben, sich auf Mikroprobleme zu versteifen und dabei den Zusammenhang zu verlieren [...] Andererseits darf sich eine spezielle Translationstheorie nicht nur in allgemeinen Aussagen verlieren, sondern sie erhebt den Anspruch, im Rahmen einer allgemeinen Theorie zur Lösung von spezifischen Problemen beizutragen. (Sandrini 1999:39)

4.2 Wahl der Analysekriterien

Um das Ausgangsmaterial strukturiert analysieren zu können, ist es erforderlich nach bestimmten Kriterien bzw. mithilfe eines Analysemodells zu agieren. Im Bereich der Fachtextanalysen herrscht ein Methodenpluralismus vor, d. h. es gibt hier nicht ein gängiges, allgemeingültiges Modell zur Analyse von Fachtexten, sondern eine Vielfalt an Analysemodellen, die sich durchaus in vielen Aspekten gravierend unterscheiden können. Dies ergibt sich u. a. aus den verschiedenen Sichtweisen ihrer EntwicklerInnen, unterschiedlichen Einstellungen, was die Wichtigkeit außersprachlicher Faktoren betrifft und der Überbetonung bestimmter Teilaspekte (vgl. Oldenburg 1992:49ff).

Wie im dritten Kapitel ersichtlich wird, spielt im Bereich der juristischen Fachtexte ihre Funktion eine wichtige Rolle und sollte daher dementsprechend in der Analyse behandelt werden. Zu diesem Zweck, orientiert sich die Analyse des Ausgangsmaterials in dieser Arbeit zunächst an Nords (2009) übersetzungsrelevantem Analysemodell, und unterscheidet zwischen „textinternen Faktoren“ und „textexternen Faktoren“:

Daher kommt der kommunikativen Funktion des Ausgangstextes bzw. den Faktoren der kommunikativen Situation, in der er diese Funktion erfüllt, auch für die Textanalyse entscheidende Bedeutung zu. Ich bezeichne diese Faktoren als „textexterne Faktoren“ im Gegensatz zu den „textinternen Faktoren“, die sich auf das Kommunikationsinstrument Text (im weiten Sinne unserer Begriffsbestimmung, die auch die nonverbalen Textteile umfasst) selbst beziehen. (Nord 2009:39)

Nord bezieht sich bei ihrer Unterscheidung auf die sogenannten „W-Fragen“ die auf der Lasswell-Formel (vgl. Kalverkämper 1981:69) beruhen.

Sandrini ist in Bezug auf Nords Modell der Meinung, dass die Analyse von Rechtstexten weitere Kriterien erfordert:

Im Recht geht es [...] vor allem auch darum, die spezifisch rechtliche Wirkung des Ausgangstextes zu eruieren und in den kommunikativen Kontext der Translationshandlung zu stellen. Dabei nimmt die Kenntnis der juristischen Auslegungsmethoden für den Übersetzer eine zentrale Position ein: Er muß wissen, wie der Text von den Fachleuten aufgefaßt bzw. vom Zielpublikum gelesen und verstanden wird. (Sandrini 1999:27)

Hinsichtlich textexterner Faktoren erscheinen somit die folgenden Kriterien für die Analyse der Makroebene von Rechtstexten als relevant: Fachgebiet, Bestimmung des geltenden Rechtssystems, sowie Sender- und Empfängerspezifika. Einige dieser Punkte wurden bereits zuvor erwähnt. Die textinternen Faktoren können weiters auf der Makro- und auch auf der Mikroebene untersucht werden. Bei der makrostrukturellen Analyse handelt es sich um Untersuchungen des Textaufbaus, einzelner Textsegmente und Gliederungssignalen (vgl. Müller 2010:67). Für die Untersuchung der Mikrostruktur von Rechtstexten wer-

den in Anlehnung an Müller (2010:67) und Nord (2009) die folgenden Kriterien, verwendet: Syntax, Terminologie und Stil.

Somit ergibt sich für die Untersuchung des Ausgangstextes folgendes Modell:

- **Textexterne Faktoren**

- Fachgebiet, Textklasse und Textsorte*

- Bestimmung des geltenden Rechtssystems*

- SenderInnen- und EmpfängerInnenspezifika*

- Textfunktion*

- **Textinterne Faktoren**

- **Makrostruktur**

- Textaufbau und Textsegmente*

- Gliederungssignale*

- **Mikrostruktur**

- Syntax*

- Terminologie*

- Stil*

- Formulierung von Rechten, Verpflichtungen und Verboten
 - Archaismen
 - Nominalstil und Attribute
 - Formelhafte Wendungen
 - Personeneinbezug

4.3 Analyse des Ausgangstextes

Im Folgenden wird nun der Rechtstext nach den im obigen Modell beschriebenen Kriterien analysiert.

4.3.1 Textexterne Faktoren

In Übereinstimmung mit Nord ist es sinnvoll, im Zuge eines „Top-down“-Verfahrens zuerst die textexternen und danach die textinternen Elemente zu untersuchen (vgl. Nord 2009:40). Je nach Autor oder Autorin kommt den externen Faktoren eine andere Gewichtung zu, sie unterscheiden sich auch häufig in ihrem Umfang (vgl. Nord 2009:41). Auch in dieser Arbeit wurden die zu analysierenden Kriterien aufgrund ihrer Relevanz für den vorliegenden Ausgangstext gewählt.

4.3.1.1 Fachgebiet, Textklasse und Textsorte

Bei dem vorliegenden Ausgangstext handelt es sich um einen juristischen Fachtext, und zwar um einen Vertrag, der gemäß Brinker (2010:126) zur Klasse der Obligationstexte²² zählt.

Heidinger und Hubalek definieren Vertragsrecht folgendermaßen:

Contract law, the very heart of contemporary business law, is predominantly concerned with commercial transactions between two or more parties. A contract may be defined as an agreement between at least two parties which the law will enforce. (Heidinger/ Hubalek (2004:8)

Auch Cranz (vgl. 1964:19) betont die Beteiligung von mindestens zwei Parteien und unterscheidet Verträge überdies von jenen Rechtshandlungen, bei denen der Erfolg automatisch gegeben ist:

Der Vertrag ist ein *Rechtsgeschäft*, d. h. eine *Rechtshandlung* mit beabsichtigtem *Rechtserfolg*. Rechtshandlungen, bei denen der Rechtserfolg automatisch eintritt, nennt man im Gegensatz dazu *Realakte*. [...] Der Vertrag ist weiter ein zweiseitiges oder besser: ein mehrseitiges Rechtsgeschäft (es können auch mehr als zwei Personen daran beteiligt sein, z.B. beim Gesellschaftsvertrag), d. h. es müssen Willenserklärungen mehrerer Personen vorliegen. (Cranz 1964:19, Hvbgl. i.O.)

Bei dem vorliegenden Vertrag über Aktienanwartschaften handelt es sich um ein Rechtsgeschäft zwischen zwei Parteien, dem Unternehmen einerseits und dem Angestellten bzw. der Angestellten des Unternehmens andererseits.

4.3.1.2 Bestimmung des geltenden Rechtssystems²³

Es handelt sich weiters um einen Vertrag nach angloamerikanischem Recht, wie aus folgendem Absatz hervorgeht:

²² Gemäß Brinker (2010:126) kann zwischen fünf Textklassen und zwar zwischen Informations-, Appell-, Obligations-, Kontakt- und Deklarationstexten unterschieden werden.

²³ Die Bezeichnung „Bestimmung des geltenden Rechtssystems“ erscheint mir in Bezug auf die Analyse von Rechtstexten passender als „Ortspragmatik“ (Nord 2009), da das geltende Rechtssystem im vorliegenden Kontext maßgeblicher erscheint, als der Ort der Textproduktion oder der Textrezeption.

20. Governing Law. This Award Agreement shall be governed by the laws of the State of Washington, U.S.A., without regard to Washington laws that might cause other law to govern under applicable principles of conflicts of law. For purposes of litigating any dispute that arises under this Award of SAs or this Award Agreement, the parties hereby submit to and consent to the jurisdiction of the State of Washington, and agree that such litigation shall be conducted in the courts of King County, Washington, or the federal courts for the United States for the Western District of Washington, and no other courts, where this Award of SAs is made and/or to be performed.

Stock Award Agreement, Seite 5, Absatz 20

Tabelle 2: Bestimmung des Rechtssystems

Auch der für angloamerikanische Verträge typische Aufbau, auf den noch näher eingegangen wird, kann als Hilfestellung dienen, um Schlüsse auf die geltende Rechtsordnung zu ziehen.

4.3.1.3 EmpfängerInnen- und SenderInnenspezifika

Zunächst muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass der Textproduzent bzw. die Textproduzentin nicht unbedingt dieselbe Person sein muss, wie der Sender bzw. die Senderin (vgl. Nord 2009:46). Da es sich beim vorliegenden Ausgangstext um einen Vertrag handelt, ist es durchaus möglich, dass dieser von einer Anwaltskanzlei aufgesetzt wurde. Dies bedeutet, dass die Anwaltskanzlei den Text produziert hätte, Sender wäre jedoch das Unternehmen. Eine weitere Besonderheit ergibt sich dadurch, dass das Unternehmen hier eine Doppelrolle einnimmt. Während anzunehmen ist, dass die Erstellung des Vertrages vom Unternehmen initiiert wurde und es somit die Position des Senders einnimmt, ist das Unternehmen als Vertragspartei gemeinsam mit dem bzw. der jeweiligen Angestellten zugleich der Empfänger des Ausgangstextes.

Wenn es um das Verstehen von Fachtexten, in diesem Fall eines Rechtstextes geht, bestehen häufig gravierende Unterschiede, was das Vorwissen des Senders bzw. der Senderin und des Empfängers bzw. der Empfängerin betrifft. Simonnæs (vgl. 2012:113f) unterscheidet hier zwischen SenderInnen und zwei Arten von EmpfängerInnen, zum einen den FachübersetzerInnen („Empfänger₁“) und den EndempfängerInnen („Empfänger₂“). FachübersetzerInnen müssen also im Text implizit enthaltenes juristisches Wissen erkennen und verstehen, sowie dieses Wissen in Bezug auf die Erstellung des Translats nutzen können, damit dieses für die EndempfängerInnen möglichst verständlich ist.

4.3.1.4 Textfunktion

Die Beantwortung der Frage nach den externen Faktoren ist vor allem essentiell, wenn es darum geht, die Textfunktion herauszufinden (vgl. Nord 2009:40). Bei dem Ausgangstext handelt es sich um einen Vertrag, der zu den primär präskriptiven Texten zählt. Die primäre Funktion des vorliegenden Vertrages ist also die Durchsetzung von Recht. Überdies zählt der vorliegende Vertrag gemäß der in Kapitel 3 beschriebenen Einteilungskriterien zum angloamerikanischen Rechtskreis.

4.3.2 Textinterne Faktoren

Textinterne Faktoren umfassen sowohl die Gliederung des Textes in Abschnitte auf der Makroebene, im Falle des Vertrages sind dies Absätze, als auch „die Mikrostruktur innerhalb von Sätzen“ (Nord 2009:91).

4.3.2.1 Makroebene

Was unter der Textmakrostruktur zu verstehen ist, wird oft unterschiedlich interpretiert. Daher soll zunächst festgelegt werden, wie der Begriff der Makrostruktur in dieser Arbeit aufgefasst wird:

Die Makrostruktur einer Fachtextsorte ist das konventionalisierte Textablaufschema, das aus einer hierarchischen aber in Grenzen flexiblen, Anordnung inhaltlich und funktional invarianter Textelemente zur gedanklich-sprachlichen Entfaltung eines fachbezogenen Themas besteht und das strukturelle Gerüst der Fachtextsorte bildet. (Gläser 1990:55)

4.3.2.1.1 Textaufbau und Textsegmente

Angloamerikanische Verträge zeichnen sich meist durch ihre Komplexität und einen durchdachten Aufbau aus. Überdies enthalten sie oft sehr detailreiche Erklärungen aller Umstände und Aspekte. Angesichts des relativ standardisierten Erscheinungsbildes angloamerikanischer Verträge ist die Beschreibung ihres Aufbaus relativ einfach (Heidinger/Hubalek 2004:16). Aufgrund des Umfangs wird in dieser Arbeit nicht auf alle Vertragsabsätze im Detail eingegangen.

Angloamerikanische Verträge enthalten zumeist eine sogenannte „preamble“, die dazu dient, die Hintergründe der Transaktion sowie die Intention der beteiligten Parteien zu beschreiben. Wichtig ist es hier festzuhalten, dass die Präambel selbst nicht zum Vertrags-

inhalt zählt und somit nicht rechtlich bindend ist. Sie kann jedoch im Falle von Streitigkeiten als Interpretationsmittel der Intentionen der Parteien genützt werden. Typischerweise folgt hierauf das Vertragselement, das dem „principle of consideration“ Ausdruck verleiht. Ein Vertrag nach angloamerikanischem Recht auch durchsetzbar ist, müssen die beteiligten Parteien jeweils etwas leisten, um eine Gegenleistung zu erhalten. Die Vertragsparteien gehen also eine Obliegenheit ein (vgl. Heidinger/Hubalek 2004:17). Im vorliegenden Vertrag werden die Obliegenheiten der beiden Vertragsparteien in den ersten beiden Vertragsabsätzen deutlich:

<p>1. <u>Award of Stock Awards.</u> XXX (hereinafter the “Company”), in the exercise of its sole discretion pursuant to the XXX 2001 Stock Plan (the “Plan”), does on 5/3/2004 (the “Award Date”) hereby award to XXX (the “Awardee”) 150 Stock Awards (“SAs”) upon the terms and subject to the conditions hereinafter contained. Capitalized terms used but not defined herein shall have the meanings assigned to them in the Plan. SAs represent the Company’s unfunded and unsecured promise to issue Common Shares at a future date, subject to the terms of this Award Agreement and the Plan.</p> <p>Awardee has no rights under the SAs other than the rights of a general unsecured creditor of the Company.</p>
Stock Award Agreement, Seite 1, Absatz 1
<p>2. <u>Vesting Schedule and Conversion of SAs.</u></p> <p>(a) Subject to the terms of this Award Agreement and the Plan and provided that Awardee remains continuously employed throughout the vesting periods set out below, the SAs shall vest and be converted into an equivalent number of Common Shares that will be distributed to the Awardee as follows; provided that fractional SAs shall be converted into Common Shares as set out in Section 8(c) of this Award Agreement:</p> <p>[...]</p> <p>(b) THE AWARDEE’S RIGHTS IN THE SAs SHALL BE AFFECTED, WITH REGARD TO BOTH VESTING SCHEDULE AND TERMINATION, BY LEAVES OF ABSENCE, CHANGES IN THE NUMBER OF HOURS WORKED, PARTIAL DISABILITY, AND OTHER CHANGES IN AWARDEE’S EMPLOYMENT STATUS AS PROVIDED IN THE COMPANY’S CURRENT POLICIES IN SUCH MATTERS. [...]</p>
Stock Award Agreement, Seite 1, Absatz 2(a) und 2(b)

Tabelle 3: Obliegenheiten der Vertragsparteien

Überdies werden oft Definitionen verwendet, um unnötige Wiederholungen zu vermeiden und den Vertrag einfacher und kürzer zu halten. Diese definierten Begriffe werden zumeist speziell gekennzeichnet (vgl. Heidinger/ Hubalek 2004:18), im Falle des vorlie-

genden Vertrages durch Großschreibung der Anfangsbuchstaben, wie die folgenden Beispiele zeigen:

the “Company“	Stock Award Agreement, Seite 1, Absatz 1
the “Plan“	Stock Award Agreement, Seite 1, Absatz 1
the “Award Date“	Stock Award Agreement, Seite 1, Absatz 1
the “Awardee“	Stock Award Agreement, Seite 1, Absatz 1
“SAs”	Stock Award Agreement, Seite 1, Absatz 1
“Subsidiary”	Stock Award Agreement, Seite 1, Absatz 4
“Tax Related Items”	Stock Award Agreement, Seite 2, Absatz 8(b)

Tabelle 4: Definierte Begriffe

Ein weiterer wichtiger Bestandteil sind die Bestimmungen, die die Dauer und Beendigung des Vertragsverhältnisses regeln. Im Vertrag wird dies sowohl unter Absatz 3 „Termination“ als auch unter Absatz 4 „Termination of Awardees Status as a Participant“, unter Absatz 5 „Disability of Awardee“ und unter Absatz 6 „Death of Awardee“, geregelt.

Der untersuchte Text enthält auch weitere für angloamerikanische Verträge typische Absätze und Elemente, wie beispielsweise „Notices“ (Absatz 14), in denen festgelegt wird, in welcher Form die jeweiligen Vertragsparteien Mitteilungen zu erhalten haben, sowie „Severability“ (Absatz 21), zu Deutsch auch „Salvatorische Klausel“ genannt. Bestimmungen zu „severability“ legen in der Regel fest, dass die Rechtsungültigkeit einer einzelnen Klausel nicht zur Ungültigkeit des gesamten Vertrages führt (vgl. Heidinger/Hubalek 2004:19f).

Ebenso üblich und auch im vorliegenden Vertrag enthalten ist die sogenannte „merger clause“ (Absatz 22 „Complete Award Agreement and Amendment“):

This is called a merger clause because it signifies that all the terms of the agreement have been merged into the writing. Where the written contract appears to be complete, the inclusion of a merger clause is strong evidence of integration. Of course, a court that is inclined to a four corners approach is more likely to defer to a merger clause than a court that stresses interpretation in context. However, even a court that is receptive to contextual evidence gives the merger clause great weight. (Blum 2007:361)

Mithilfe dieser Vertragsregelung geben die Parteien an, dass alle Vereinbarungen hinsichtlich ihrer Intentionen in der Version dieses Vertrages festgehalten und keine weiteren Vereinbarungen außerhalb des schriftlichen Vertrags getroffen wurden (vgl. Heidinger/Hubalek 2004:19).

Nach Analyse des Aufbaus und der Gliederung des Ausgangstextes kann festgestellt werden, dass dieser dem Aufbau eines typischen Vertrages nach angloamerikanischem Recht entspricht.

4.3.2.1.2 Gliederungssignale

Ein weiteres wichtiges Analysekriterium sind die im Text vorhandenen Gliederungssignale. Oldenburg (1992:170) geht davon aus, dass es besonders wichtig sei, Begriffe wie „Gliederungssignale“, „sprachliche Indikatoren“, „metakommunikative Äußerungen“ und „Textstrukturierer“ genau voneinander abzugrenzen und liefert folgende Definition für Gliederungssignale:

Sie sind an der Textoberfläche erkennbar und gliedern den Text auf allen Textstrukturebenen. Gliederungssignale begrenzen den Text selbst, aber auch die Teiltexte und die Teiltextsegmente, und dienen weiterhin der Binnengliederung der Teiltextsegmente, wobei auf den verschiedenen Ebenen der Textstruktur unterschiedliche Gliederungssignale dominieren können. Gliederungssignale können als lexikalische, syntaktische und typographische Gliederungssignale realisiert werden [...]. (Oldenburg 1992:171)

Gliederungssignale haben demnach u. a. die Funktion, das Textverständnis der RezipientInnen zu steigern, indem sie die Strukturen des Textes verdeutlichen. Mit den gewählten Gliederungssignalen sollten die jeweiligen Textsortenkonventionen beachtet werden (vgl. Müller 2010:77).

Auch die strukturelle Gestaltung von Rechtstexten folgt bestimmten Konventionen (z.B. Nummerierung der einzelnen Absätze, bestimmte Hervorhebungen durch Fettdruck, Kursivschrift, etc.), die im vorliegenden Ausgangstext deutlich erkennbar sind.

Die Überschrift ist zentriert, fettgedruckt sowie in Großbuchstaben geschrieben und lässt auf den ersten Blick erkennen, um welche Art von Vertrag es sich handelt. Die Unterüberschriften der jeweiligen Textabschnitte sind unterstrichen und erleichtern somit die Suche nach einzelnen Vertragsklauseln. Die einzelnen Textabschnitte sind weiters übersichtlich durch arabische Zahlen sowie Buchstaben gekennzeichnet und voneinander abgegrenzt. Während in den meisten Fließtexten einzelne Absätze z. B. durch Einrückung der ersten Zeile voneinander abgetrennt werden, so befindet sich hier zwischen jedem Absatz eine Leerzeile (vgl. Anhang I).

Besonders hervorzuheben ist auch die übersichtliche Darstellung des Zeitplans für die Unverfallbarkeit und die Umwandlung der Aktienanwartschaften (Punkt 2(a)) in Tabellenform:

Vesting Date	Percentage of SAs
One (1) year from the Award Date	20%
Two (2) years from the Award Date	20%
Three (3) years from the Award Date	20%
Four (4) years from the Award Date	20%
Five (5) years from the Award Date	20%
Stock Award Agreement, Seite 1, Absatz 2(a)	

Tabelle 5: Zeitplan

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass die Gliederung des Vertrages gut strukturiert und übersichtlich ist und in den wesentlichen Zügen jener typischer angloamerikanischer Verträge entspricht. Obwohl angloamerikanische Verträge stark standardisiert sind, können natürlich einzelne Abschnitte sowie ihr Umfang und ihre Reihenfolge je nach Vertragsart und Inhalt bis zu einem gewissen Grad variieren.

4.3.2.2 Mikroebene

In den folgenden Unterkapiteln sollen nun alle relevanten Aspekte des Vertrages auf der Mikroebene untersucht werden:

Die Mikrostruktur wird durch Mittel des Satzbaus (z. B. Hauptsatz-Nebensatz-Verteilung, Tempora, Parenthesen) oder der Lexik (z. B. kataphorische Elemente) sowie ebenfalls durch suprasegmentale Merkmale (z. B. Fokussierung durch Intensitätsakzent, Interpunktion) angezeigt. (Nord 2009:120)

4.3.2.2.1 Syntax

Typische Merkmale juristischer Fachtexte in Bezug auf ihre Syntax sind ein formaler und unpersönlicher Stil sowie die hohe Komplexität und Länge der Sätze. Grundsätzlich kann also davon ausgegangen werden, dass Sätze in Rechtstexten zumeist länger sind als in anderen Texttypen (vgl. Salmi-Tolonen 2004:1173). Dies wird an den untenstehenden beispielhaften Auszügen des Vertrages deutlich:

In consideration of the award of these SAs, Awardee agrees that upon and following termination of Awardee's Continuous Status as a Participant for any reason (whether or not in breach of local labor laws), and regardless of whether Awardee is terminated with or without cause, notice, or pre-termination procedure or whether Awardee asserts or prevails on a claim that Awardee's employment was terminable only for cause or only with notice or pre-termination procedure, any unvested SAs under this Award Agreement shall be deemed to have a value of zero dollars (\$0.00).
Stock Award Agreement, Seite 2, Absatz 7
In the event ownership or issuance of Common Shares is not feasible due to local exchange controls, securities regulations, tax laws or other provisions of applicable law, as determined by the Company in its sole discretion, Awardee, or in the event of Awardee's death, the Awardee's legal representative, shall receive cash proceeds in an amount equal to the value of the Common Shares otherwise distributable to Awardee, net of the satisfaction of the requirements of Section (b) below.
Stock Award Agreement, Seite 2, Absatz 8(a)
Alternatively, or in addition, if permissible under local law, the Company or the Awardee's actual employer may, in their sole discretion, (i) sell or arrange for the sale of Common Shares to be issued on the vesting of SAs to satisfy the withholding or payment on account obligation, and/or (ii) withhold in Common Shares, provided that the Company and the Awardee's actual employer shall withhold only the amount of shares necessary to satisfy the minimum withholding amount.
Stock Award Agreement Seite 2f, Absatz 8(b)
Awardee hereby explicitly and unambiguously consents to the collection, use and transfer, in electronic or other form, of Awardee's personal data as described in this Award Agreement by and among, as applicable, Awardee's employer, the Company, its Subsidiaries and its affiliates for the exclusive purpose of implementing, administering and managing Awardee's participation in the Plan.
Stock Award Agreement, Seite 4, Absatz 11

Tabelle 6: Syntax: lange Sätze

In den meisten Rechtssprachen haben diese langen und komplexen Sätze mehrere Funktionen, es gibt jedoch auch syntaktische Besonderheiten der einzelnen Rechtssprachen. In der englischen Rechtssprache sind beispielsweise Präpositionalphrasen, der Gebrauch des Passivs und doppelte Verneinung üblich (vgl. Cao 2007:21).

4.3.2.2.2 Stil

Im Rahmen der Übersetzungswissenschaft wird in Bezug auf den Stil häufig analysiert, „wie Informationen und Sprechakte in verschiedenen Situationen auf unterschiedliche Weise ausgedrückt werden“. (Müller 2010:84) Die Begründung für die Analyse des Stils liegt darin, dass stilistisch unpassende Übersetzungen ebenso schwerwiegende nachteilige Konsequenzen haben können wie Übersetzungen, die Bedeutungsfehler beinhalten (vgl. Kußmaul 1999:70). Im Vertragstext enthaltene auffällige Eigenschaften des Stils werden in den folgenden Kapiteln behandelt.

4.3.2.2.2.1 Die Formulierung von Rechten, Verpflichtungen und Verboten

„A legal command imposes a duty upon the legal subject to act in a certain manner under given circumstances“. (Šarčević 1997:138) Rechtsvorschriften sind somit zwingende Vorschriften, die bei Nichteinhaltung strafrechtlich geahndet werden können. Im englischen Sprachgebrauch werden rechtliche Pflichten üblicherweise mithilfe des Modalverbs „shall“ ausgedrückt (vgl. Šarčević 1997:138), wie auch die folgenden Beispiele zeigen:

The Awardee's rights in any unvested SAs that remain unvested after the application of this Section 5 shall terminate at the time Awardee ceases to be in Continuous Status as a Participant.	
	Stock Award Agreement, Seite 2, Absatz 5
In lieu of issuing fractional Common Shares, on the vesting of a fraction of a SA, the Company shall convert any such fraction of a SA which represent 0.5 or more of a SA to one Common Share and shall extinguish any such fraction of a SA which represents less than 0.5 of a SA without issuing any Common Shares.	
	Stock Award Agreement, Seite 3, Absatz 8(c)
SAs shall not be subject to execution, attachment or other process.	
	Stock Award Agreement, Seite 3, Absatz 9

Tabelle 7: Die Verwendung von „shall“

Neben der Auferlegung von Pflichten enthalten Rechtstexte auch Abschnitte, die Rechtssubjekten Rechte, Befugnisse und Privilegien einräumen (vgl. Cornu 1990:269). In englischsprachigen Texten werden diese in der Regel durch das Modalverb „may“ ausgedrückt:

THESE POLICIES MAY CHANGE FROM TIME TO TIME WITHOUT NOTICE IN THE COMPANY'S SOLE DISCRETION, AND AWARDEE'S RIGHTS WILL BE GOVERNED BY THE POLICIES IN EFFECT AT THE TIME OF ANY EMPLOYMENT STATUS CHANGE.
Stock Award Agreement, Seite 1, Absatz 2(b)
The Company may refuse to deliver Common Shares to Awardee if Awardee fails to comply with Awardee's obligation in connection with the Tax Related Items as described herein.
Stock Award Agreement, Seite 3, Absatz 8(b)
This Award Agreement may be amended only by written agreement of Awardee and the Company, without consent of any other person.
Stock Award Agreement, Seite 6, Absatz 22

Tabelle 8: Die Verwendung von „may“

Die verneinte Form „may not“ wird im Gegensatz zu „may“ für das Anzeigen von Verboten verwendet und kommt im vorliegenden Vertrag wesentlich seltener vor:

Awardee's right in the SAs awarded under this Award Agreement and any interest therein may not be sold, pledged, assigned, hypothecated, transferred, or disposed of in any manner, other than by will or by the laws of descent or distribution, prior to the distribution of the Common Shares in respect of such SAs.”
Stock Award Agreement, Seite 3, Absatz 9

Tabelle 9: Die Verwendung von „may not“

4.3.2.2.2 Archaismen

Besonders bei Rechtstexten sind Gliederungssignale für die Strukturierung der im Text enthaltenen Informationen von großer Bedeutung. Arntz (2007:4) sieht Archaismen als „universelle Eigenschaft“ der Rechtssprachen an. Solche Merkmale, „die sich aus der Natur des Rechts und dem Wesen der Fachsprachen ergeben“ (2007:3), treffen folglich auf alle bzw. den Großteil der einzelnen Rechtssprachen zu. Archaismen sind „Wörter oder Wortformen, welche heute nicht mehr zum aktiven Sprachschatz gehören, aber noch verstanden werden.“ (Müller 2004:85) Speziell in Common-Law-Verträgen finden sich häufig Archaismen wie herein, hereby, therein, etc., deren Zweck darin besteht, die referentielle Relation innerhalb eines Absatzes zu verdeutlichen (vgl. Vlachopoulos 1997:11). Auch im vorliegenden Vertrag sind sie in ihrer typischen Funktion zu finden, und häufen sich vor allem im ersten Absatz:

1. <u>Award of Stock Awards.</u> XXX (hereinafter the “Company”), in the exercise of its sole discretion pursuant to the XXX 2001 Stock Plan (the “Plan”), does on 5/3/2004 (the “Award Date”) hereby award to XXX (the “Awardee”) 150 Stock Awards (“SAs”) upon the terms and subject to the conditions hereinafter contained. Capitalized terms used but not defined herein shall have the meanings assigned to them in the Plan. SAs represent the Company’s unfunded and unsecured promise to issue Common Shares at a future date, subject to the terms of this Award Agreement and the Plan.
Stock Award Agreement Absatz 1, Seite 1

Tabelle 10: Archaismen

4.3.2.2.3 Nominalstil und Attribute

Oft sind in englischen und auch deutschen Fachtexten eine gehäufte Zahl von Substantiven vorzufinden, darunter auch viele Komposita (vgl. Kvam 1999:54). Meist werden Verben und Adjektive nominalisiert und werden schließlich zum Inhaltsträger in Sätzen. Die jeweiligen mit ihnen in Verbindung stehenden Prädikate sind überwiegend inhaltsarm. Auch der angloamerikanische Vertrag enthält eine Vielzahl an Nominalphrasen. Diese Nominalphrasen werden auch oft in Kombination mit vorangestellten Attributen verwendet, was zu einer Verkomplizierung der Nominalphrase führen kann, deren Verstehen ausgeprägte Analysekompetenzen erfordert (vgl. Punkki-Roscher 1995:10).

[...] in the exercise of its sole discretion pursuant to the [...] Stock Plan [...]
Stock Award Agreement, Seite 1, Absatz 1
SAs represent the Company’s unfunded and unsecured promise to issue Common Shares [...]
Stock Award Agreement, Seite 1, Absatz 1
[...] upon and following termination for Awardee’s Continuous Status as a Participant [...]
Stock Award Agreement, Seite 2, Absatz 7
Prior to the issuance of Common Shares upon vesting of SAs or the receipt of an equivalent cash payment [...]
Stock Award Agreement, Seite 2, Absatz 8 (b)

Tabelle 11: Nominalstil und Attribute

4.3.2.2.4 Formelhafte Wendungen

Ein sehr häufig auftretendes Phänomen in Rechtstexten sind standardisierte Formulierungen, deren Ziel es ist, das Verstehen zu erleichtern, da aufgrund der Verwendung bereits existierender Wendungen Gleichbleibendes angezeigt wird (vgl. Stolze 1992b:229). Je fester die jeweiligen Formulierungen sind, desto stärker werden etwaige Abweichungen wahr-

genommen und der Kommunikationsfluss kann gehemmt werden (vgl. Zenderowska-Korpus 2004:20ff).

Subject to the terms [...]	Stock Award Agreement, Seite 1, Absatz 2(a)
Notwithstanding the provisions of [...]	Stock Award Agreement, Seite 2, Absatz 5
Awardee understands that [...]	Stock Award Agreement, Seite 4, Absatz 11
Notwithstanding any provision in this Award Agreement to the contrary [...]	Stock Award Agreement, Seite 5, Absatz 17

Tabelle 12: Formelhafte Wendungen

4.3.2.2.2.5 Personeneinbezug

Rechtstexte, in denen unpersönliche Formulierungen verwendet werden, sind in der dritten Person Singular verfasst (vgl. Cornu 1990:281). Traditionell wurden unpersönliche Formulierungen in Fachtexten als typische Eigenschaft angesehen (vgl. Müller 2004:94). Da Gesetze zwischenmenschliche Handlungen und Beziehungen regeln, richten sie sich an juristische Personen, während jene Personen, deren Rechte und Pflichten von den Gesetzen beeinflusst werden, Rechtssubjekte darstellen (vgl. Müller 2010:175). Im vorliegenden Vertrag stellen sowohl das Unternehmen (the Company) als auch der Aktienanwärter (the Awardee), die Rechtssubjekte dar, die im Text jeweils als grammatikalisches Subjekt vorkommen. Namentlich werden sie nur zu Beginn des Vertrages genannt, später werden die Vertragsparteien anhand ihrer Rolle (the Company und the Awardee) benannt:

Awardee has no rights under the SAs other than [...]	
	Stock Award Agreement, Seite 1, Absatz 1
Awardee understands that the Company [...]	
	Stock Award Agreement, Seite 4, Absatz 11
If Awardee has received this Award Agreement [...]	
	Stock Award Agreement, Seite 5, Absatz 15
The Company may, in its sole discretion, decide [...]	
	Stock Award Agreement, Seite 5, Absatz 16

Tabelle 13: Personeneinbezug

Die Objektorientierung der Fachtexte bewirkt für alle Fachsprachen, dass persönliche Rede und Adressateneinbezug in ihrer Funktion stark zurücktreten. Tatsachen- und Gegenstandsbeschreibung sowie Handlungsanweisung sind wichtiger als die Nennung der beteiligten Personen. (Stolze 2009:172)

Sehr häufig wird in Fachtexten das Passiv eingesetzt, um anonymisierte Aussagen zu ermöglichen.

4.3.2.2.3 Terminologie

Wie bereits in Kapitel 3 erläutert wurde, zeichnet sich die Rechtssprache durch eine komplexe Terminologie aus, die sich sowohl reiner Fachbegriffe als auch hybrider Begriffe bedient.

Eines der auffälligsten Charakteristika der Rechtssprache ist ihr Fachwortschatz. Die Zahl der Rechtsbegriffe der jeweiligen Rechtssprachen ist enorm. Sie reflektieren das Recht eines bestimmten Rechtssystems, das sich dieser Rechtssprache bedient. Im Bereich Recht haben also bereits einzelne Wörter höchste Bedeutsamkeit, besonders wenn es um Rechtsstreitigkeiten geht (vgl. Cao 2007:53). Überdies wurde in Kapitel 3 bereits die enge Beziehung der Rechtssprache zur Gemeinsprache besprochen, die zur Folge hat, dass nicht nur Rechtsbegriffe existieren, die ausschließlich im rechtlichen Kontext verwendet werden, sondern auch hybride Begriffe, die auch in der Gemeinsprache genutzt werden, jedoch anders definiert sind, als in ihrem rechtssprachlichen Gebrauch. Auch der vorliegende Vertrag enthält sowohl reine Fachbegriffe als auch hybride Begriffe, wobei neben juristischen Fachbegriffen auch viele Fachbegriffe aus anderen Bereichen (z.B. Finanzterminologie) verwendet werden. Die hohe Zahl an Finanzvokabeln wie „Common Shares“, „Stock Awards“ oder „Awardee“ ergibt sich aufgrund der Vertragsart.

reine Fachbegriffe	
unsecured creditor	Stock Award Agreement, Seite 1, Absatz 1
legal representative	Stock Award Agreement, Seite 2, Absatz 8(a)
authorized agent	Stock Award Agreement, Seite 2, Absatz 8(a)
conflict of laws	Stock Award Agreement, Seite 5, Absatz 20

Tabelle 14: Fachbegriffe

Neben den obenstehenden Fachbegriffen enthält der Vertrag auch Begriffe und Phrasen wie „promptly“ und „from time to time“ der Gemeinsprache, die im rechtlichen Kontext des Vertrages genau definiert sind.

4.4 Die Übersetzerin

Der Ausgangstext wurde im Rahmen eines realen Auftrages von einer Übersetzerin, mit Spezialisierung auf Recht, übersetzt. Aufgrund dieses Umstandes wurden Namen und Unternehmensbezeichnungen in dieser Arbeit geschwärzt. Anderweitige Markierungen stammen von der Übersetzerin.

Die Translatorin hat Übersetzen (Muttersprache Deutsch, 1. Fremdsprache Englisch, 2. Fremdsprache Ungarisch) an der Universität Wien studiert, ist allgemein beeidete und gerichtlich zertifizierte Dolmetscherin für die englische Sprache und verfügt über langjährige Berufserfahrung im Bereich Rechtsübersetzen. Darüber hinaus hat sie einige Jahre lang Rechtswissenschaften (Multimedia-Studium) an der Johannes-Kepler-Universität Linz studiert.

4.5 Übersetzungsanalyse

Im Anschluss an das Ausgangsmaterial soll nun der Zieltext analysiert werden. Die Untersuchungskriterien ergeben sich einerseits aus den in Kapitel 3 behandelten Bereichen und andererseits in Übereinstimmung mit der Ausgangstextanalyse. Daraus ergibt sich folgendes Schema:

- Übersetzungsauftrag und Funktion der Übersetzung
- Makroebene
- Mikroebene

Syntax

Stil

- Formulierung von Rechten, Pflichten und Verboten
- Nominalstil und Attribute
- Formelhafte Wendungen
- Passiv

Terminologie

- Fachbegriffe
- Übersetzung von Berufsbezeichnungen

4.5.1 Übersetzungsauftrag und Funktion der Übersetzung

Reiß und Vermeers (vgl. 1984:76) Definition von Text als Informationsangebot wird von Madsen (1997:19) für Rechtstexte abgelehnt, da sie eine präzisere Unterscheidung zwischen „legal acts with a binding force“ und „mere communications about legal topics“ für angemessen hält. In Kapitel 3 wurden bereits in Anlehnung an Cao (2007) drei Funktionen der Rechtsübersetzung genannt und zwar Übersetzungen für normative, für informative und für vorwiegend informative Zwecke.

Der Skopos des Zieltextes sowie die für ihn geltende Rechtsordnung werden generell durch den Übersetzungsauftrag festgelegt: „Der Übersetzungsauftrag bestimmt die Funktion des Zieltextes, die für den Zieltext geltende Rechtsordnung sowie den Rezipienten des Zieltextes. Diese Faktoren bestimmen ihrerseits die sprachliche Produktion des Zieltextes.“ (Sandrini 1999:25)

In der Praxis kann es jedoch oft vorkommen, dass die AuftraggeberInnen selbst keine ausreichenden Informationen über den Übersetzungszweck liefern können. In diesem Fall müssen relevante Informationen von den ÜbersetzerInnen aus dem Ausgangstext erschlossen werden.

Der vorliegende Ausgangstext enthält eine Klausel („Language“), die Aufschluss über den Status etwaiger Übersetzungen gibt:

If Awardee has received this Award Agreement of any other document related to the Plan translated into a language other than English and if the translated version is different than the English version, the English version will control.
Stock Award Agreement, Seite 5, Absatz 15

Tabelle 15: Der Status der Übersetzung

Aus dieser Klausel geht eindeutig hervor, dass im Zweifelsfall stets der englische Originaltext Rechtsgültigkeit hat. Das Translat hat somit keinen präskriptiven Charakter und dient lediglich informativen Zwecken. Diese Erkenntnis wirkt sich gravierend auf die Vorgehensweise der Übersetzerin aus, da sie sich aufgrund des Status der Übersetzung so nah wie möglich am Original zu orientieren hat.

In diesem konkreten Fall sollte die Übersetzung als Vorlage beim Arbeits- und Sozialgericht dienen. Besonders zu betonen ist hier, dass die Übersetzung jedoch nicht als beglaubigtes Dokument verlangt wurde und somit, wie bereits angenommen, rein informativen Zwecken dient.

4.5.2 Makroebene

Bei der Untersuchung auf der Makroebene wird ersichtlich, dass die Übersetzerin bemüht war, die makrotextuellen Merkmale des Ausgangstextes so weit wie möglich beizubehalten.

Auf makrotextueller Ebene ist die Beibehaltung des Formats nicht immer als negative Verschiebung zu betrachten. Im Gegenteil, in bestimmten Fällen muß dieses sogar beibehalten werden, in anderen wiederum sollte versucht werden, es dem Format der Zieldtextsorte anzupassen. [...] Solch ein Eingriff sollte aber nur nach sorgfältiger Überprüfung der Skoposadäquatheit vorgenommen werden. (Vlachopoulos 1999:150)

Im vorliegenden Fall ist die Entscheidung für das Beibehalten der ausgangssprachlichen Makrostruktur erforderlich, da das Translat keine Rechtsgültigkeit hat und lediglich informativen Charakter besitzt. Die Übersetzerin musste jedoch im Falle der definierten Begriffe eine Veränderung vornehmen, die aufgrund zielsprachlicher Umstände nötig sind. Während im englischsprachigen Ausgangstext definierte Begriffe durch einen großen Anfangsbuchstaben besonders hervorgehoben werden, ist dies im deutschsprachigen Translat jedoch nicht möglich, da Nomen ohnehin groß geschrieben werden.

Capitalized terms used but not defined herein shall have the meanings assigned to them in the Plan.	Begriffe mit großen Anfangsbuchstaben, die in dieser Vereinbarung verwendet, jedoch nicht definiert werden, haben die ihnen im <i>Programm</i> zugewiesene Bedeutung.
Stock Award Agreement, Seite 1, Absatz 1	Übersetzung, Seite 1, Absatz 1

Tabelle 16: Definierte Begriffe

Die Übersetzerin informiert über und begründet ihre Vorgehensweise in einer Fußnote: „Anm.d.Ü.: Da Nomen im Deutschen generell mit großen Anfangsbuchstaben geschrieben werden, werden definierte Begriffe in Kursivschrift hervorgehoben.“ (Übersetzung, Seite 1, Fußnote 1)

4.5.3 Mikroebene

In den folgenden Unterkapiteln werden die Vorgehensweise und die jeweiligen Entscheidungen der Übersetzerin auf der Mikroebene des Translats untersucht.

4.5.3.1 Syntax

Rechtstexte zeichnen sich, wie schon erwähnt, durch eine komplexe Satzstruktur und lange verschachtelte Sätze aus. Es ist nicht ratsam, beim Übersetzen von Rechtstexten durch das Aufspalten von Sätzen zu versuchen, eine bessere Lesbarkeit zu erzielen. „Vielmehr ist es angebracht, den Stil beizubehalten und Sinneinheiten nicht zu zerteilen.“ (Müller 2004:81) Müller schlägt weiters die Verwendung von Semikolons als Alternative zur willkürlichen Setzung von Punkten vor (vgl. Müller 2004:81). Nach Betrachtung des Vertrags und seiner Übersetzung, wird deutlich, dass die Übersetzerin sehr bemüht war, die Strukturen des Ausgangstextes beizubehalten:

In consideration of the award of these SAs, Awardee agrees that upon and following termination of Awardee's Continuous Status as a Participant for any reason (whether or not in breach of local labor laws), and regardless of whether Awardee is terminated with or without cause, notice, or pre-termination procedure or whether Awardee asserts or prevails on a claim that Awardee's employment was terminable only for cause or only with notice or pre-termination procedure, any unvested SAs under this Award Agreement shall be deemed to have a value of zero dollars (\$0.00).	Hinsichtlich der Gewährung dieser AA erklärt sich der <i>Anwärter</i> damit einverstanden, dass bei und nach Beendigung seines <i>kontinuierlichen Status als Teilnehmer</i> aus welchem Grund auch immer (unabhängig davon, ob unter Verletzung lokaler arbeitsrechtlicher Normen oder nicht) und unabhängig davon, ob das Arbeitsverhältnis des <i>Anwärters</i> aus wichtigem Grund, durch Kündigung oder unter Einhaltung eines Prozedere vor der Beendigung beendet wird oder ob der <i>Anwärter</i> den Anspruch geltend macht oder damit durchdringt, dass sein Arbeitsverhältnis nur aus wichtigem Grund oder nur unter Einhaltung einer Kündigungsfrist oder eines Prozedere vor der Beendigung beendet werden konnte, noch nicht unverfallbare AA nach dieser Anwartschaftsvereinbarung einen Wert von null Dollar (\$ 0,00) haben.
Stock Award Agreement, Seite 2, Absatz 7	Übersetzung, Seite 2, Absatz 7
In the event ownership or issuance of Common Shares is not feasible due to local exchange controls, securities regulations, tax laws or other provisions of applicable law, as determined by the Company in its sole discretion, Awardee, or in the event of	Soweit das Eigentum an oder die Begebung von <i>Stammaktien</i> aufgrund der lokalen Börsenaufsicht, aufgrund von Wertpapiervorschriften, Steuergesetzen oder sonstigen Bestimmungen anwendbaren Rechts nicht möglich ist, erhält der <i>Anwärter</i> , oder im

Awardee's death, the Awardee's legal representative, shall receive cash proceeds in an amount equal to the value of the Common Shares otherwise distributable to Awardee, net of the satisfaction of the requirements of Section (b) below.	Falle seines Todes sein rechtlicher Vertreter, im alleinigen Ermessen der <i>Gesellschaft</i> Barmittel in der Höhe, die dem Wert der <i>Stammaktien</i> entspricht, welche dem <i>Anwärter</i> sonst nach Abzug der Erfüllung der in Absatz 8(b) unten genannten Anforderungen zuzuteilen wären.
Stock Award Agreement, Seite 2, Absatz 8(a)	Übersetzung, Seite 2, Absatz 8(a)
Alternatively, or in addition, if permissible under local law, the Company or the Awardee's actual employer may, in their sole discretion, (i) sell or arrange for the sale of Common Shares to be issued on the vesting of SAs to satisfy the withholding or payment on account obligation, and/or (ii) withhold in Common Shares, provided that the Company and the Awardee's actual employer shall withhold only the amount of shares necessary to satisfy the minimum withholding amount.	Alternativ oder zusätzlich dazu kann die <i>Gesellschaft</i> oder der tatsächliche Arbeitgeber des <i>Anwärters</i> in ihrem/seinem alleinigen Ermessen, soweit dies nach lokalem Recht zulässig ist, (i) die bei Unverfallbarwerden der AA zu begebenden <i>Stammaktien</i> verkaufen oder verkaufen lassen, um die Einbehaltungs- oder Vorauszahlungsverpflichtung zu erfüllen, bzw. (ii) <i>Stammaktien</i> einbehalten, vorausgesetzt die <i>Gesellschaft</i> und der tatsächliche Arbeitgeber des <i>Anwärters</i> behalten Aktien nur in einer Höhe ein, die zur Erfüllung des Mindestbetrags der Einbehaltung erforderlich ist.
Stock Award Agreement Seite 2f, Absatz 8(b)	Übersetzung, Seite 2f, Absatz 8(b)
Awardee hereby explicitly and unambiguously consents to the collection, use and transfer, in electronic or other form, of Awardee's personal data as described in this Award Agreement by and among, as applicable, Awardee's employer, the Company, its Subsidiaries and its affiliates for the exclusive purpose of implementing, administering and managing Awardee's participation in the Plan.	Der <i>Anwärter</i> stimmt hiermit ausdrücklich und eindeutig der Sammlung, Verwendung und Übertragung seiner persönlichen, in dieser Anwartschaftsvereinbarung angeführten Daten in elektronischer oder sonstiger Form durch seinen Arbeitgeber, die <i>Gesellschaft</i>, ihre <i>Tochtergesellschaften</i> und ihre verbundenen Unternehmen bzw. zwischen diesen untereinander zum ausschließlichen Zweck der Umsetzung, Administrierung und Verwaltung der Teilnahme des <i>Anwärters</i> am Programm zu.
Stock Award Agreement, Seite 4, Absatz 11	Übersetzung, Seite 4, Absatz 11

Tabelle 17: Syntax: lange Sätze

Es wurde somit vermieden, Sätze aufzuspalten und die Strukturen des Ausgangstextes zu übernehmen. Lediglich bei einem Satz wurde ein Doppelpunkt in der Übersetzung weggelassen, der im deutschen Text unüblich wirken würde:

In accepting the Award, Awardee acknowledges that: (a) the Plan is established voluntarily by the Company, [...]	Durch Annahme der Anwartschaft nimmt der <i>Anwärter</i> zur Kenntnis, dass (a) das <i>Programm</i> von der <i>Gesellschaft</i> freiwillig eingerichtet wurde, [...]
Stock Award Agreement, Seite 3, Absatz 10(a)	Übersetzung, Seite 3, Absatz 10(a)

Tabelle 18: Ausgangssprachliche Strukturen

4.5.3.2 Stil

Obwohl generell davon ausgegangen werden kann, dass die Hauptprobleme beim Übersetzen juristischer Fachtexte vorwiegend terminologischer Natur sind, so gibt es teils auch große Unterschiede, was den Stil der einzelnen Rechtssprachen betrifft. Dies wird für ÜbersetzerInnen konkret relevant, wenn es um die Entscheidung geht, sich eher an den Stil des Ausgangstextes zu halten, oder ihn an jenen der Zielrechtsordnung anzupassen, um die Verständlichkeit für die RezipientInnen des Translats zu erleichtern.

4.5.3.2.1 Die Formulierung von Rechten, Pflichten und Verboten

Wie bereits dargestellt, ist es in englischsprachigen Rechtstexten üblich, Obligationen mithilfe von „shall“ auszudrücken. Im deutschsprachigen Raum wird der Gebrauch des Imperativs bevorzugt. Möglich wären hier zum Beispiel das Modalverb „müssen“ oder auch Verben wie „verpflichtet sein“, „haben + zu“ und „sein + zu“. Es wird jedoch abgeraten, das Modalverb „sollen“ zu verwenden, da es in der Regel als Warnhinweis oder Empfehlung interpretiert wird und somit weniger verbindlich wirkt. Der dadurch entstehende Ermessensspielraum führt in Grenzfällen zu der Entscheidungsfreiheit, ob und inwiefern Ausnahmen gestattet sind (Gesetzgebungsleitfaden 1995:312 in Šarčević 1997:141).

The Company shall cause such distribution to Awardee to occur promptly upon the vesting of SAs.	Die <i>Gesellschaft</i> hat für die rasche Zuteilung an den <i>Anwärter</i> bei Unverfallbarwerden der AA zu sorgen. (haben + zu)
Stock Award Agreement, Seite 3, Absatz 8(d)	Übersetzung, Seite 3, Absatz 8(d)
SAs shall not be subject to execution, attachment or other process.	AA dürfen keiner Exekution, Pfändung oder einem sonstigen Verfahren unterliegen. (nicht dürfen)
Stock Award Agreement, Seite 3, Absatz 9	Übersetzung, Seite 3, Absatz 9

Tabelle 19: Die Übersetzung von „shall“ 1

Auffällig ist, dass sich die Übersetzerin wesentlich häufiger dazu entschieden hat, Sätze, in denen „shall“ vorkommt, mithilfe des Indikativ Präsens zu übersetzen, als mit anderen oben genannten Möglichkeiten.

THE AWARDEE'S RIGHTS IN THE SAs SHALL BE AFFECTED WITH REGARD TO BOTH VESTING SCHEDULE AND TERMINATION, BY LEAVES OF ABSENCE, CHANGES IN THE NUMBER OF HOURS WORKED, PARTIAL DISABILITY, AND OTHER CHANGES IN AWARDEE'S EMPLOYMENT STATUS AS PROVIDED IN THE COMPANY'S CURRENT POLICIES IN SUCH MATTERS:	DIENSTFREISTELLUNGEN, ÄNDERUNGEN IN DER ANZAHL DER ARBEITSSTUNDEN, TEILWEISE ARBEITSUNFÄHIGKEIT UND SONSTIGE ÄNDERUNGEN DES BESCHÄFTIGUNGSSTATUS DES ANWÄRTERS, DIE IN DEN AKTUELLEN EINSCHLÄGIGEN LEITLINIEN DER <i>GESELLSCHAFT</i> ANGEFÜHRT SIND, WIRKEN SICH AUF DIE RECHTE DES ANWÄRTERS AN DEN AA SOWOHL HINSICHTLICH DES ZEITPLANS FÜR DIE UNVERFALLBARKEIT ALS AUCH DER BEENDIGUNG AUS.
Stock Award Agreement, Seite 1, Absatz 2(b)	Übersetzung, Seite 1, Absatz 2(b)
In lieu of issuing fractional Common Shares, on the vesting of a fraction of a SA, the Company shall convert any such fraction of a SA which represents 0.5 or more of a SA to one Common Share and shall extinguish any such fraction of a SA which represents less than 0.5 or more of a SA to one Common Share and shall extinguish any such fraction of a SA which represents less than 0.5 of a SA without issuing any Common	Anstelle der Begebung von Bruchteils- <i>Stammaktien</i> wandelt die <i>Gesellschaft</i> bei Unverfallbarwerden eines Bruchteils einer AA diesen Bruchteil einer AA, wenn er 0,5 oder mehr einer AA ausmacht, in eine <i>Stammaktie</i> um und eliminiert einen Bruchteil einer AA, der weniger als 0,5 einer AA ausmacht, ohne <i>Stammaktien</i> zu begeben.

Shares.	
Stock Award Agreement, Seite 3, Absatz 8(c)	Übersetzung, Seite 3, Absatz 8(c)
Notwithstanding any provision in this Award agreement to the contrary, the SAs shall be subject to any special terms and provisions as set forth in Exhibit A, if any.	Unbeschadet gegenteiliger Bestimmungen in dieser Anwartschaftsvereinbarung unterliegen die AA etwaigen besonderen, in Beilage A angeführten Bestimmungen und Bedingungen.
Stock Award Agreement, Seite 5, Absatz 17	Übersetzung, Seite 5, Absatz 17

Tabelle 20: Die Übersetzung von „shall“ 2

In den Swiss Guidelines von 1967 (1967:25 in Šarčević 1997:141) wird zwar empfohlen, zwingende Bestimmungen eindeutig als solche erkennbar zu machen, es ist jedoch nicht unüblich, dass sowohl in französischen als auch in italienischen und deutschen Texten der Indikativ Präsens für eben diese Bestimmungen verwendet wird (vgl. Šarčević 1997:141) und daher im vorliegenden Vertrag durchaus zulässig ist.

THESE POLICIES MAY CHANGE FROM TIME TO TIME WITHOUT NOTICE IN THE COMPANY'S SOLE DISCRETION, AND Awardee'S RIGHTS WILL BE GOVERNED BY THE POLICIES IN EFFECT AT THE TIME OF ANY EMPLOYMENT STATUS CHANGE.	DIESE LEITLINIEN KÖNNEN JEWEILS OHNE BENACHRICHTIGUNG IM ALLEINIGEN ERMESSEN DER <i>GESELLSCHAFT</i> GEÄNDERT WERDEN, WOBEI DIE RECHTE DES <i>ANWÄRTERS</i> DEN ZUM ZEITPUUNKT EINER ALLFÄLLIGEN ÄNDERUNG DES BESCHÄFTIGUNGSSTATUS GELTENDEN LEITLINIEN UNTERLIEGEN.
Stock Award Agreement, Seite 1, Absatz 2(b)	Übersetzung, Seite 1, Absatz 2 (b)
The Company may refuse to deliver Common Shares to Awardee if Awardee fails to comply with Awardee's obligation in connection with the Tax Related Items as described herein.	Die <i>Gesellschaft</i> kann sich weigern, dem <i>Anwärter Stammaktien</i> zu übergeben, wenn der <i>Anwärter</i> seiner hierin genannten Verpflichtung im Zusammenhang mit den <i>steuerbezogenen Posten</i> nicht nachkommt.
Stock Award Agreement, Seite 3, Absatz 8(b)	Übersetzung, Seite 3, Absatz 8(b)
This Award Agreement may be amended only by written agreement of Awardee and the Company, without consent of any other person.	Diese Anwartschaftsvereinbarung kann nur durch schriftliche Vereinbarung zwischen dem <i>Anwärter</i> und der <i>Gesellschaft</i> , ohne Zustimmung einer anderen Person, geändert werden.
Stock Award Agreement, Seite 6, Absatz 22	Übersetzung, Seite 6, Absatz 22

Tabelle 21: Die Übersetzung von „may“

In den in der obenstehenden Tabelle angeführten Beispielen ist ersichtlich, dass im Ausgangstext mit dem Modalverb „may“ ausgedrückte Rechte und Privilegien in der Übersetzung überwiegend mit „können“ oder „dürfen“ ausgedrückt werden, was der üblichen Vorgehensweise entspricht. Die Übersetzerin hat sich dagegen entschieden, etwaige Verneinungen in einen positiven Satz umzukehren, oder positive Formulierungen als Verneinung zu formulieren.

Awardee's right in the SAs awarded under this Award Agreement and any interest therein may not be sold, pledged, assigned, hypothecated, transferred, or disposed of in any manner, other than by will or by the laws of descent or distribution, prior to the distribution of the Common Shares in respect of such SAs."	Das Recht des Anwärters an den nach dieser Anwartschaftsvereinbarung gewährten AA und Ansprüche darauf dürfen vor Zuteilung der Stammaktien für AA außer durch Verfügung von Todes wegen oder nach der gesetzlichen Erbfolge oder den gesetzlichen Regelungen über die Verteilung des Nachlasses nicht verkauft, verpfändet, abgetreten, belastet, übertragen oder auf sonstige Weise veräußert werden.
Stock Award Agreement, Seite 3, Absatz 9	Übersetzung, Seite 3, Absatz 9

Tabelle 22: Die Übersetzung von „may not“

4.5.3.2.2 Nominalstil und Attribute

Wie bereits erwähnt, bedienen sich sowohl deutsche als auch englische Fachtexte häufig des Nominalstils. Aufgrund dieser Tatsache kann angenommen werden, dass die Nominalphrasen des Ausgangstextes in der deutschsprachigen Übersetzung weitgehend beibehalten wurden und der Übersetzerin somit auch keine enormen Schwierigkeiten bereitet haben, wie die folgenden Beispiele zeigen. Die folgenden Phrasen zeigen auch, dass sich die Übersetzerin häufig für Nominalphrasen in der deutschen Übersetzung entschieden hat, wenn diese im Ausgangstext nicht vorhanden sind:

[...] ceased performing services [...]	[...] die Erbringung von Arbeitsleistungen einstellte [...]
Stock Award Agreement, Seite 2, Absatz 5	Übersetzung, Seite 2, Absatz 5
[...] upon and following termination for Awardee's Continuous Status as a Participant [...]	[...] bei und nach Beendigung seines <i>kontinuierlichen Status als Teilnehmer</i> [...]
Stock Award Agreement, Seite 2, Absatz 7	Übersetzung, Seite 2, Absatz 7
Prior to the issuance of Common Shares upon vesting of SAs or the receipt of an equiva-	Vor der Begebung von <i>Stammaktien</i> bei Unverfallbarwerden der AA oder dem Erhalt

lent cash payment [...]	einer entsprechenden Barzahlung [...]
Stock Award Agreement, Seite 2, Absatz 8 (b)	Übersetzung, Seite 2, Absatz 8(b)

Tabelle 23: Nominalstil in der Übersetzung

Auch die Stellung der den Nomen beigefügten Attribute kann zumeist ohne Probleme, aufgrund des in dieser Hinsicht ähnlichen Stils der beiden Rechtssprachen, beibehalten werden:

[...] in the exercise of its sole discretion pursuant to the [...] Stock Plan [...]	Die [...] gewährt in Ausübung ihres alleinigen Ermessens nach dem <i>Aktienprogramm</i> der [...]
Stock Award Agreement, Seite 1, Absatz 1	Übersetzung, Seite 1, Absatz 1
SAs represent the Company's unfunded and unsecured promise to issue Common Shares [...]	AA stellen das nicht kapitalgedeckte und nicht besicherte Versprechen zur Begebung von <i>Stammaktien</i> [...]
Stock Award Agreement, Seite 1, Absatz 1	Übersetzung, Seite 1, Absatz 1
[...] a duly authorized transfer agent of the Company [...]	[...] einen ordnungsgemäß bevollmächtigten Übertragungsvertreter der <i>Gesellschaft</i> [...]
Stock Award Agreement, Seite 2, Absatz 8(a)	Übersetzung, Seite 2, Absatz 8(a)

Tabelle 24: Nomen und Attribute

4.5.3.2.3 Formelhafte Wendungen

Bei der Übersetzung von standardisierten Formulierungen bleibt FachübersetzerInnen nur wenig Spielraum:

Die Standardisierung einiger Formeln insbesondere im Bereich des Verfahrens- und Vertragsrechts dient selbst der Einheitlichkeit der betroffenen Texte. Aus diesem Grund verfügt der Übersetzer über keine Formulierungsfreiheit. (Schmidt-König 2005:270)

Bei der Untersuchung des Ausgangstextes und der Übersetzung wird deutlich, dass sich die Übersetzerin stets an diesen Grundsatz hält. Dies verdeutlichen die folgenden Beispiele:

Subject to the terms [...]	Vorbehaltlich der Bestimmungen [...]
Stock Award Agreement, Seite 1, Absatz 2(a)	Übersetzung, Seite 1, Absatz 2(a)
Notwithstanding the provisions [...]	Unbeschadet der Bestimmungen [...]
Stock Award Agreement, Seite 2, Absatz 5	Übersetzung, Seite 2, Absatz 5

Awardee understands that [...]	Der <i>Anwärter</i> nimmt zur Kenntnis, dass [...]
Stock Award Agreement, Seite 4, Absatz 11	Übersetzung, Seite 4, Absatz 11
Notwithstanding any provision in this Award Agreement to the contrary [...]	Unbeschadet gegenteiliger Bestimmungen in dieser Anwartschaftsvereinbarung[...]
Stock Award Agreement, Seite 5, Absatz 17	Übersetzung, Seite 5, Absatz 17

Tabelle 25: Formelhafte Wendungen

4.5.3.2.4 Passiv

Eine der am häufigsten angewandten Methoden der unpersönlichen Schreibweise ist die Verwendung des Passivs. Früher wurde ÜbersetzerInnen davon abgeraten aktive Sätze in passive Sätze umzuwandeln oder umgekehrt, da dies eine Überschreitung ihrer Befugnisse darstellen würde. Heute werden solche Änderungen jedoch akzeptiert, wenn der Inhalt dadurch nicht verändert wird (vgl. Šarčević 1997:177). Im folgenden Beispiel hat sich die Übersetzerin dazu entschieden, den passiven Satz des Ausgangstextes in einen aktiven Satz umzuwandeln:

THE AWARDEE'S RIGHTS IN THE SAs SHALL BE AFFECTED, WITH REGARD TO BOTH VESTING SCHEDULE AND TERMINATION, BY LEAVES OF ABSENCE, CHANGES IN THE NUMBER OF HOURS WORKED, PARTIAL DISABILITY, AND OTHER CHANGES IN AWARDEE'S EMPLOYMENT STATUS AS PROVIDED IN THE COMPANY'S CURRENT POLICIES IN SUCH MATTERS:	DIENSTFREISTELLUNGEN, ÄNDERUNGEN IN DER ANZAHL DER ARBEITSSTUNDEN, TEILWEISE ARBEITSUNFÄHIGKEIT UND SONSTIGE ÄNDERUNGEN DES BESCHÄFTIGUNGSSTATUS DES <i>ANWÄRTERS</i> , DIE IN DEN AKTUELLEN EINSCHLÄGIGEN LEITLINIEN DER <i>GESELLSCHAFT</i> ANGEFÜHRT SIND, WIRKEN SICH AUF DIE RECHTE DES <i>ANWÄRTERS</i> AN DEN AA SOWOHL HINSICHTLICH DES ZEITPLANS FÜR DIE UNVERFALLBARKEIT ALS AUCH DER BEENDIGUNG AUS:
Stock Award Agreement, Seite 1, Absatz 2(a)	Übersetzung, Seite 1, Absatz 2(a)

Tabelle 26: Gebrauch des Passivs

Dieses Beispiel zeigt, dass eine Änderung dieser Art im Zieltext kein Problem darstellt, solange auf der inhaltlichen Ebene keine Verschiebungen entstehen.

4.5.3.3 Terminologie

Aufgrund verschiedener Rechtssysteme, die sich historisch und kulturell unterschiedlich entwickelt haben, stellt das Finden passender Äquivalente in den jeweiligen Zielsprachen wohl eine der größten Herausforderungen beim Übersetzen juristischer Fachtexte dar. Da es dieser Umstand in vielen Fällen unmöglich macht, ein hundertprozentig übereinstimmendes Äquivalent für Rechtsbegriffe zu finden, müssen sich RechtsübersetzerInnen anderer Lösungsmöglichkeiten bedienen, die bereits in Kapitel 3 dieser Arbeit behandelt wurden. Die folgenden beispielhaften Auszüge aus der Aktienanwartschaftsvereinbarung und ihrer Übersetzung zeigen, für welche Ansätze sich die Übersetzerin entschieden hat.

4.5.3.3.1 Fachbegriffe

unsecured creditor	unbesicherter Gläubiger
Stock Award Agreement, Seite 1, Absatz 1	Übersetzung, Seite 1, Absatz 1
authorized agent	bevollmächtigter Übertragungsvertreter
Stock Award Agreement, Seite 2, Absatz 8(a)	Übersetzung, Seite 2, Absatz 8(a)
legal representative	rechtlicher Vertreter
Stock Award Agreement, Seite 2, Absatz 8(a)	Übersetzung, Seite 2, Absatz 8(a)
principles of conflicts of laws	Kollisionsnormen
Stock Award Agreement, Seite 5, Absatz 20	Übersetzung, Seite 5, Absatz 20

Tabelle 27: Fachbegriffe

In den obenstehenden Beispielen hat sie sich für deutsche Begriffe entschieden, die für die vorliegende Übersetzung inhaltlich ausreichend übereinstimmen. Ausgehend von Arntz und Pichts (vgl. 1982:141) Standpunkt, dass eine teilweise Äquivalenz ausreichend ist, wenn sich die Begriffe in ihren wesentlichen Eigenschaften decken und in ihren unwesentlichen Eigenschaften unterscheiden, sind die Entscheidungen der Übersetzerin legitim und nachvollziehbar.

4.5.3.3.2 Übersetzung von Berufsbezeichnungen

Im folgenden Beispiel hat sich die Übersetzerin dazu entschlossen, den ausgangssprachlichen Begriff unübersetzt zu lassen und ihn in einer Fußnote näher zu beschreiben.

Vice President, Human Resources	Vice President, Personalabteilung
Stock Award Agreement, Seite 6	Übersetzung, Seite 6

Tabelle 28: Die Übersetzung von Berufsbezeichnungen

Besonders in Bezug auf die verschiedenen Positionen und Berufsbezeichnungen innerhalb eines Unternehmens, existieren in der englischen und deutschen Sprache einige „false friends“ bzw. gibt es oft keine passenden Äquivalente in der jeweils anderen Sprache. Existieren ähnlich lautende Berufsbezeichnungen in beiden Sprachen, kann es vorkommen, dass sie sich bezüglich ihrer Aufgabengebiete und hierarchischen Position innerhalb eines Unternehmens unterscheiden. Im vorliegenden Vertrag wird der „Vice President“ des Unternehmens erwähnt. In amerikanischen Unternehmen hat der „Vice President“ zwar in der Regel eine leitende Funktion, ist aber nicht unbedingt der stellvertretende Präsident in dem Sinne, wie man die deutsche Berufsbezeichnung „Vizepräsident“ auffassen würde. Es ist daher anzunehmen, dass sich die Übersetzerin, völlig zu Recht, aufgrund entsprechenden Vorwissens, für den Originalbegriff und eine zusätzliche Anmerkung in einer Fußnote entschieden hat. Die Übersetzerin begründet ihre Entscheidung außerdem damit, dass in Unternehmen des deutschsprachigen Raums oft englische Berufsbezeichnungen verwendet werden und somit ein gewisses Vorwissen der RezipientInnen bezüglich des englischen Begriffs angenommen werden kann. Die Erklärung in Form einer Fußnote trägt zum weiteren Verständnis bei.

4.6 Zusammenfassende Bemerkungen

Die umfassende Analyse des Anwartschaftsvertrages und seiner Übersetzung verdeutlichen die Vielschichtigkeit von Rechtssprache sowie Rechtstexten und die daraus folgende komplexe Herausforderung, diese zu übersetzen. Im Zuge der Analyse des Ausgangsmaterials wird ersichtlich, vor welche Schwierigkeiten RechtsübersetzerInnen gestellt werden und wie viel Wissen nötig ist, um zweckmäßige Lösungen für die Übersetzung zu finden. Bei der Untersuchung des Zieltextes wird aufgezeigt, dass RechtsübersetzerInnen mit entsprechendem Wissen zwar aufgrund eingehender Befassung mit dem Ausgangstext und dem Skopos des Translats einigen grundlegenden Ansätzen folgen können, jedoch im Einzelfall immer wieder vor neue Herausforderungen gestellt werden. Diese ergeben sich, wie auch schon im vorangegangenen Kapitel aufgezeigt wurde, u. a. aus unterschiedlichen Rechtsordnungen und der Systemgebundenheit der Terminologie, die RechtsübersetzerInnen ein hohes Maß an juristischem und rechtsvergleichendem Wissen abverlangen.

5. Conclusio

Ohne Zweifel ist die Translationswissenschaft eine Disziplin, die – wie viele andere, vor allem geisteswissenschaftliche, Disziplinen – oft nicht ausreichend gewürdigt wird. Dieser Umstand ergibt sich vor allem daraus, dass Laien auf dem Gebiet der Translation häufig dazu neigen, translatorische Kompetenz mit sprachlicher Kompetenz gleichzusetzen. Sprachliches bzw. fremdsprachliches Wissen hat in unserer heutigen Zeit zunehmend an Bedeutung gewonnen und ist in nahezu jedem Beruf ein Muss geworden. Wird nun translatorische Kompetenz fälschlicherweise mit Fremdsprachenkenntnissen verwechselt, ist es nicht verwunderlich, dass eine universitäre translationswissenschaftliche Ausbildung als Voraussetzung für professionelles Handeln zunächst nicht als unbedingt notwendig erachtet wird. Die im Verlauf des ersten Kapitels beschriebenen Teilkompetenzen der Übersetzungskompetenz sowie die angeführten Kompetenzmodelle zeigen jedoch deutlich, dass es sich bei der professionellen Übersetzungskompetenz um einen überaus komplexen Begriff handelt, der in keinsten Weise mit sprachlicher Kompetenz oder gar mit einer von Natur aus gegebenen Prädisposition zu Übersetzen gleichgesetzt werden darf. Überdies wurde verdeutlicht, dass sowohl translationstheoretisches als auch praktisches Wissen für die kompetente Ausübung der Profession des Translators bzw. der Translatorin erforderlich sind. Diese Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass eine umfangreiche Ausbildung als Translationsexperte bzw. als Translationsexpertin essentiell ist.

Ausgehend von dieser Schlussfolgerung und der Tatsache, dass reflektiertes und bewusstes Handeln im Zentrum der translatorischen Kompetenz stehen, stellen mentale Prozesse einen wichtigen Faktor für die Untersuchung unterschiedlicher Vorgehensweisen von ÜbersetzungsexpertInnen und Laien bzw. NovizInnen dar. Die in dieser Arbeit im Rahmen der Translationsprozessforschung beschriebenen Studien ergeben, dass unterschiedliche Vorgehensweisen der ÜbersetzungsexpertInnen und der NovizInnen auch zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. Auch was Übersetzungs- und RechtsexpertInnen betrifft, werden Unterschiede in der Herangehensweise deutlich. Aus diesen aus den angeführten Studien gewonnenen Erkenntnissen kann somit geschlussfolgert werden, dass sich unterschiedliche Wissens- und Ausbildungshintergründe erheblich auf den Übersetzungsprozess und in Folge auf das fertige Translat auswirken.

Im Bereich der Fachübersetzung im Allgemeinen und im Bereich der Rechtsübersetzung im Speziellen müssen ÜbersetzerInnen über ein hohes Maß an Fachkompetenz verfügen. Besonders der Rechtssprache wird meist ein Sonderstatus unter den Fachsprachen zugesprochen und ihre Übersetzung wird generell als äußerst schwieriger Vorgang dargestellt. Wie in Kapitel 3 dargestellt wurde, ergibt sich diese Auffassung zunächst aus einigen speziellen Charakteristika der Rechtssprache sowie aus weiteren Merkmalen, die sie mit ande-

ren Fachsprachen teilt. Aus den Ergebnissen dieser Arbeit geht hervor, dass aufgrund unterschiedlicher Rechtssysteme sowie aufgrund der engen Beziehung zwischen Rechts- und Gemeinsprache, vor allem das Finden passender Äquivalente in der Zielsprache für ausgangssprachliche Rechtsbegriffe eine überaus komplexe Herausforderung darstellt. Dies zeigt, dass für das Übersetzen von Rechtstexten ein hohes Maß an juristischer Fachkompetenz, insbesondere an rechtsvergleichender Kompetenz, unabdingbar ist.

Die in Kapitel 3 gewonnenen Erkenntnisse wurden durch die Analyse eines Rechtstextes und seines durch eine ausgebildete und auf Rechts spezialisierte Übersetzerin angefertigten Translats weiter untermauert. Es geht deutlich hervor, dass, bewusstes und reflektiertes Handeln seitens der RechtsübersetzerInnen nötig ist, um zu einem passenden Ergebnis zu kommen. Überdies geht aus der Analyse deutlich hervor, wie wichtig die intendierte Funktion des Translats für übersetzungsbezogene Entscheidungen ist. Weiters wird ersichtlich, dass aufgrund des hohen Grades an Fachlichkeit von Rechtstexten eine systematische Analyse eben jener für RechtsübersetzerInnen zum Erwerb übersetzungsrelevanten Wissens führt. Diese Tatsache sollte für die Translationswissenschaft sowie die Rechtswissenschaft, die sich beide mit dem Thema Rechtsübersetzung auseinandersetzen, verdeutlichen, dass eine zukünftig engere Zusammenarbeit der Disziplinen nicht nur wünschenswert sondern auch förderlich wäre.

6. Literaturverzeichnis

- Arntz, Reiner. 2001. *Fachbezogene Mehrsprachigkeit in Recht und Technik*. Hildesheim [u. a.]: Olms.
- Arntz, Reiner. 2007. Terminologien als Spiegel der Sprachkultur. In: Wotjak, Gerd (Hg.) *Quo vadis Translatologie? Ein halbes Jahrhundert universitäre Ausbildung von Dolmetschern und Übersetzern in Leipzig. Rückschau, Zwischenbilanz und Perspektive aus der Außensicht*. Berlin: Frank & Timme, 1-16.
- Arntz, Reiner/ Picht, Heribert. 1982. *Einführung in die übersetzungsbezogene Terminologearbeit*. Hildesheim [u. a.]: Olms.
- Austermühl, Frank. 2001. *Electronic Tools for Translators*. Manchester [u. a.]: St. Jerome Publishing.
- Baumann, Klaus-Dieter/ Kalverkämper, Hartwig. 1992. *Kontrastive Fachsprachenforschung*. Tübingen: Narr.
- Bleckmann, Albert. 1977. Ermessensmißbrauch und détournement de pouvoir – Probleme des Übersetzens juristischer Texte. In: Bender, Karl-Heinz/ Berger, Klaus/ Wandruszka, Mario (Hgg.) *Imago linguae. Beiträge zur Sprache. Deutung und Übersetzen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Fritz Paepcke*. München: Fink, 95-101.
- Blum, Brian A. 2007⁴. *Contracts: Examples and Explanations*. New York [u. a.]: Aspen Publishers.
- Bocquet, Claude. 1994. *Pour une methode de traduction juridique*. Prilly: CB Service.
- Brinker, Klaus. 2010⁷. *Linguistische Textanalyse. Eine Einführung in Grundbegriffe und Methoden*. Berlin: ESV.
- Cao, Deborah. 1996. Towards a model of translation proficiency. In: *Target* 8:2, 325-340.
- Cao, Deborah. 2007. *Translating Law*. Clevedon [u. a.]: Multilingual Matters.
- Chiocchetti, Elena. 2008. Criteri di armonizzazione della terminologia della Convenzione delle Alpi. In: Chiocchetti, Elena/ Voltmer, Leonhard (Hgg.) *Normazione, armonizzazione e pianificazione linguistica/ Normalisation, harmonisation et planification linguistique*. Bozen: EURAC, 19-30.

- Chiocchetti, Elena/ Stanizzi, Isabella. 2009. Kriterien zur Normung und Harmonisierung von mehrsprachiger Rechtsterminologie. In: Šarčević, Susan/ Sočanac, Lelija (Hgg.) *Legal Language in Action: Translation, Terminology, Drafting and Procedural Issues*. Zagreb: Nakladni zavod Globus, 167-182.
- Clancey, William J. 1997. *Situated Cognition. On Human Knowledge and Computer Representations*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Clark, Andy. 1997. *Being there. Putting Brain, Body, and World Together Again*. Cambridge: MIT Press.
- Constantinesco, Léontin-Jean. 1971. *Rechtsvergleichung Band I. Einführung in die Rechtsvergleichung*. Köln [u. a.]: Econonia.
- Constantinesco, Léontin-Jean. 1983. *Rechtsvergleichung Band III. Die rechtsvergleichende Wissenschaft*. Köln [u. a.]: Economica.
- Cornu, Gérard. 1990². *Vocabulaire juridique*. Paris: Presses Universitaires de France.
- Cornu, Gérard. 2000. *Linguistique juridique. 2e éd.* Paris: Montchrestien.
- Cranz, Helmut. 1964. *Das Vertragsbuch. Ein Wegweiser durch das Vertragsrecht*. Hamburg [u. a.]: Fischer Bücherei KG.
- De Cruz, Peter. 1999. *Comparative Law in a Changing world*. London: Cavendish Publishing.
- De Groot, Gerard-René. 1999. Das Übersetzen juristischer Terminologie. In: de Groot, Gerard-René/Schulze, Reiner (Hgg.) *Recht und Übersetzen*. Baden-Baden: Nomos, 11-46.
- Dimitrova, Englund Birgitta. 2005. *Expertise and Explication in the Translation Process*. Amsterdam [u. a.]: Benjamins.
- Ebert, Kurt Hans. 1978. *Rechtsvergleichung: Einführung in die Grundlagen*. Bern: Stämpfli & Co.
- Ericcson, Karl A./ Simon, Herbert A. 1993. *Protocol Analysis. Verbal Reports as Data*. Cambridge [u. a.]: Massachusetts Institute of Technology.
- Ericsson, Anders K./ Charness, Neil. 1997. Cognitive and Developmental Factors in Expert Performance. In: Feltovich, Paul J. (Hg.) *Expertise in Context. Human and Machine*. Cambridge [u. a.]: MIT Press, 3-41.

- Faber, Dorrit/ Hjort-Pedersen, Mette. 2009. Translation preferences in legal translation: lawyers and professional translators compared. In: Alves, Fabio/ Göpferich, Susanne/ Mees, Inger M. (Hgg.) *Methodology, Technology and Innovation in Translation Process Research*. Frederiksberg: Samfundslitteratur, 339–357.
- Funke, Joachim. 1992. *Wissen über dynamische Systeme: Erwerb, Repräsentation und Anwendung*. Berlin: Springer.
- Gadamer, Hans-Georg. 1976. Die Universalität des hermeneutischen Problems. In: *Kleine Schriften I. der Philosophie*. Tübingen: Mohr, 101-112.
- Garre, Marianne. 1999. *Human Rights in Translation. Legal Concepts in Different Languages*. Copenhagen [u.a]: Handelshøjskolens Forlag.
- Gémar, Jean-Claude. 2005. *Jurilinguistique: entre langues et droits*. Bruxelles [u. a.]: Bruylant.
- Gläser, Rosemarie. 1990. *Fachtextsorten im Englischen*. Tübingen: Narr.
- Göpferich, Susanne. 1999². Paralleltexzte. In: Snell-Hornby, Mary/ Hönig, Hans G./ Kußmaul, Paul/ Schmitt Peter A. (Hgg.) *Handbuch Translation*. Stauffenburg: Narr, 184–186.
- Göpferich, Susanne. 2008. *Translationsprozessforschung. Stand-Methoden-Perspektiven*. Tübingen: Narr.
- Göpferich, Susanne. 2009. *Behind the mind. methods, models and results in translation process research*. Frederiksberg: Samfunslitteratur Press.
- Göpferich, Susanne. 2010. *New approaches in translation process research*. Frederiksberg: Samfunslitteratur Press.
- Grass, Thierry. 1999. *La traduction juridique bilingue français-allemand: problématique et résolution des ambiguïtés terminologiques*. Bonn: Romanistischer Verlag.
- Groffier, Ethel/Reed, David. 1990. *La lexicographie juridique. Principes et méthodes*. Cowansville (Quebec): Yvon Blais.
- Hansen, Gyde. 1999². Die Rolle der fremdsprachlichen Kompetenz. In: Snell-Hornby, Mary/ Hönig, Hans G./ Kußmaul, Paul/ Schmitt Peter A. (Hgg.) *Handbuch Translation*. Stauffenburg: Narr, 341-343.

- Harris, Brian. 1977. The importance of natural language translation. In: Working Papers on Bilingualism 12, 99-114.
- Hehl, Hans. 2001². *Die elektronische Bibliothek. Literatur- und Informationsbeschaffung im Internet*. München: Saur.
- Heidinger, Franz J./ Hubalek, Andrea. 2004⁴. *Angloamerikanische Rechtssprache. Praxis-Handbuch für Rechtsanwälte, Wirtschaftsjuristen und Wirtschaftstreuhänder*. Wien: LexisNexis.
- Herzog, Gottfried/ Mühlbauer, Holger. 2007². *Normen für Übersetzer und technische Autoren*. Berlin [u. a.]: Beuth.
- Hoffmann, Lothar. 1987³. *Kommunikationsmittel Fachsprache. Eine Einführung*. Berlin: Akademie-Verlag.
- Holz-Mänttari, Justa. 1981. Hilfsmittel des Übersetzers. Hilfstexte als Hintergrund- und Paralleltexte. In: *Mitteilungsblatt für Dolmetscher Und Übersetzer* 5, 8-9.
- Hönig, Hans G. 1991. Holmes' 'Mapping Theory' and the landscape of mental translation processes. In: Leuven-Zwart, Kitty M. van./ Naajkens, Ton. (Hgg.) *Translation Studies: The State of the Art. Proceedings from the First James s. Holmes Symposium on Translation Studies*. Amsterdam: Rodopi, 77–89.
- Hönig, Hans G. 1995. *Konstruktives Übersetzen*. Tübingen: Stauffenburg.
- Hönig, Hans G. 1999². Textverstehen und Recherchieren. In: Snell-Hornby, Mary/ Hönig, Hans G./ Kußmaul, Paul/ Schmitt Peter A. (Hgg.) *Handbuch Translation*. Stauffenburg: Narr, S 184-186.
- Hönig, Hans G/ Kußmaul, Paul. 1991³. *Strategie der Übersetzung. Ein Lehr- und Arbeitsbuch*. Tübingen:Narr.
- Hughes, Brian/ Alcaraz Varó, Enrique. 2002. *Legal Translation Explained*. Manchester [u. a.]: St. Jerome Publishing.
- Hutchins, John. 1997. From First Conception to First Demonstration: the Nascent Years of Machine Translation, 1947–1954. A Chronology. In: *Machine Translation, 1997:12/3*.
- Ickler, Theodor. 1997. *Die Disziplinierung der Sprache: Fachsprachen in unserer Zeit*. Tübingen: Narr.

- Jakobsen, Arnt Lykke. 1999a. Logging target text production with Translog. In: Gyde Hansen (Hg.) *Probing the process in translation: Methods and results. Copenhagen Studies in Language* 24, 9-20.
- Jakobsen, Arnt Lykke. 1999b. Translog Documentation. In: Gyde Hansen (Hg.) *Probing the process in translation: Methods and results. Copenhagen Studies in Language* 24, 149-184.
- Jenkins, Iredell. 1980. *Social Order and the Limits of Law: A Theoretical Essay*. Princeton NJ: Princeton University Press.
- Jessnitzer, Kurt. 1982. *Dolmetscher. Ein Handbuch für die Praxis der Dolmetscher, Übersetzer und ihrer Auftraggeber im Gerichts-, Beurkundungs- und Verwaltungsverfahren*. Köln [u. a.]: Heymann.
- Kadrić, Mira/ Kaindl, Klaus/ Kaiser-Cooke, Michèle. 2012⁵. *Translatorische Methodik*. Wien: Facultas.
- Kahl, Arno/Weber Karl. 2008². *Allgemeines Verwaltungsrecht*. Wien: Facultas.
- Kaiser-Cooke, Michèle. 1993. *Machine translation and the human factor*. Knowledge and decision making in the translation process. Dissertation, Universität Wien.
- Kaiser-Cooke, Michèle. 2004. *The Missing Link. Evolution, Reality and the Translation Paradigm*. Frankfurt: Lang.
- Kaiser-Cooke, Michèle. 2007. *Wissenschaft Translation Kommunikation*. Wien: Facultas.
- Kalverkämper, Hartwig. 1981. *Orientierung zur Textlinguistik*. Tübingen: Niemeyer.
- Kelsen, Hans. 1979. *Allgemeine Theorie der Normen*. Wien: Manz.
- Kielar, Barbara. 1977. *Language of the Law in the Aspect of Translation, dissertationes Universitatis Varsoviensis*. Warszawa: Wydawnictwa Uniwersytetu Warszawskiego.
- Kileva-Stamenova, Renate. 2008. Zweisprachige Rechtswörterbücher als Übersetzungshilfe – Wunsch und Realität (anhand des Sprachenpaares Bulgarisch und Deutsch). In: Jensenšek, Vida/ Lipavac Oštir, Alja (Hgg.) *Wörterbuch und Übersetzung. 4. Internationales Kolloquium zur Lexikographie und Wörterbuchforschung*. Hildesheim: Olms, 118-130.

- Kjaer, Anne Lise. 1990. Normbetingede ordforbindelser i tysk juridisk sprog. In: *ARK* 56. København: Handelshøjskolen.
- Kjaer, Anne Lise. 1999. Überlegungen zum Verhältnis von Sprache und Recht bei der Übersetzung von Rechtstexten der Europäischen Union. In: Sandrini, Peter (Hg.). *Übersetzen von Rechtstexten. Fachkommunikation im Spannungsfeld zwischen Rechtsordnung und Sprache*. Tübingen: Narr, 63-79.
- Kocbek, Andrea. 2009. A Targeted Approach to Legal Translation. In: Sarcevic, Susan/ Socanac, Leliya (Hgg.) *Legal Language in Action: Translation, Terminology, Drafting and Procedural Issues*. Zagreb: Nakladni zavod Globus, 43-62.
- Krings, Hans P. 1986. *Was in den Köpfen von Übersetzern vorgeht. Eine empirische Untersuchung zur Struktur des Übersetzungsprozesses an fortgeschrittenen Französischlern*. Tübingen: Narr.
- Krings, Hans P. 1988. Blick in die „Black Box“. Eine Fallstudie zum Übersetzungsprozeß bei Berufsübersetzern. In: Arntz, Reiner (Hg.) *Textlinguistik und Fachsprache*. Hildesheim [u. a.]: Olms, 393-411.
- Krings, Hans P. 2005. Wege ins Labyrinth – Fragestellungen und Methoden der Übersetzungsprozessforschung im Überblick. In: *Meta* 50:2. Montréal: Les Presses de l'Université de Montréal, 342-358.
- Kußmaul, Paul. 1999. Semantik. In: Snell-Hornby, Mary/ Hönig, Hans G./ Kußmaul, Paul/ Schmitt Peter A. (Hgg.) *Handbuch Translation*. Stauffenburg: Narr, 70-72.
- Kußmaul, Paul. 2003. *Der Professionalität auf der Spur*. In: Nord, Britta/ Schmitt, Peter A. (Hgg.) *Traducta Navis. Festschrift zum 60. Geburtstag von Christiane Nord*. Tübingen: Stauffenberg, 131-149.
- Kußmaul, Paul. 2010². *Verstehen und Übersetzen. Ein Lehr- und Arbeitsbuch*. Tübingen: Narr.
- Kvam, Sigmund. 1999. Syntax. In: Snell-Hornby, Mary/ Hönig, Hans G./ Kußmaul, Paul/ Schmitt Peter A. (Hgg.) *Handbuch Translation*. Stauffenburg: Narr, 53-56.
- Larenz, Karl. 1983⁵. *Methodenlehre der Rechtswissenschaft*. Berlin [u. a.]: Springer.
- Madsen, Dorte. 1997. Towards a Description of Communication in the Legal Universe. Translation of Legal Texts and the Skopos Theory. In: *Fachsprache* 1997:1-2, 17-27.

- Mayer-Maly, Theo. 1969. Auslegen und Verstehen. In: *Juristische Blätter* 91:15/16, 413-417.
- Müller, Elke. 2010. *Sprache – Recht – Übersetzen. Betrachtungen zur juristischen Fachkommunikation mit einer Darstellung am Beispiel von deutschen und spanischen Strafurteilen*. Hamburg: Kovač.
- Müller-Tochtermann, Helmut. 1959. Struktur der deutschen Rechtssprache. Beobachtungen und Gedanken zum Thema Fachsprache und Allgemeinsprache. In: *Muttersprache* 1959, 84-92.
- Nord, Britta. 2002. *Hilfsmittel beim Übersetzen. Eine empirische Studie zum Rechercheverhalten professioneller Übersetzer*. Frankfurt: Lang.
- Nord, Christiane. 1991. *Textanalyse und Übersetzen. Theoretische Grundlagen, Methode und didaktische Anwendung einer übersetzungsrelevanten Textanalyse*. Heidelberg: Groos.
- Nord, Christiane. 1993. *Einführung in das funktionale Übersetzen*. Tübingen [u. a.]: Francke.
- Nord, Christiane. 1997. *Translating as a Purposeful Activity. Functionalist Approaches Explained*. Manchester: St. Jerome.
- Nord, Christiane. 2009⁴. *Textanalyse und Übersetzen. Theoretische Grundlagen, Methode und didaktische Anwendung einer übersetzungsrelevanten Textanalyse*. Tübingen: Groos.
- Oksaar, Els. 1978. Sprachliche Mittel in der Kommunikation zwischen Fachleuten und zwischen Fachleuten und Laien im Bereich des Rechtswesens. In: Mentrup, Wolfgang (Hg.) *Fachsprachen und Gemeinsprache. Jahrbuch 1978 des Instituts für Deutsche Sprache*. Düsseldorf: Schwann, 100-113.
- Oldenburg, Hermann. 1992. *Angewandte Fachtextlinguistik: „conclusions“ und Zusammenfassungen*. Tübingen: Narr.
- Otto, Walter. 1981. Die Paradoxie einer Fachsprache. In: Radtke, Ingulf (Hg.) *Die Sprache des Rechts und der Verwaltung*. Stuttgart: Klett-Cotta, 44-57.
- PACTE. 2000. Acquiring Translation Competence. Hypotheses and Methodological Problems in a Research Project. In: Beeby, Allison/ Ensinger, Doris/ Presas, Marisa (Hgg.) *Investigating Translation*. Amsterdam: Benjamins, 99-106.

- PACTE. 2003. Building a Translation Competence Model. In: Alves, Fabio (Hg.) *Triangulating Translation. Perspectives in process oriented research*. Amsterdam: Benjamins, 43-66.
- PACTE. 2005. Investigating Translation Competence. Conceptual and Methodological Issues. In: *Meta Vol. 50/2*, 609-619.
- Pápai, Vilma. 2004. Explicitation: A universal of translated text? In: Kujamäki, Pekka/ Mauranen, Anna. (Hgg.) *Translation Universals. Do they exist?* Amsterdam [u. a.]: Benjamins, 143-164.
- Pavlović, Nataša. 2009. More ways to explore the translating mind: collaborative translation protocols. In: Göpferich, Susanne/ Jakobsen, Lykke Arnt/ Mees, Inger M. (Hgg.) *Behind the Mind. Methods, models and results in translation process research*. Copenhagen: Samfundslitteratur, 81-105.
- Pigeon, Louis-Philippe. 1982. La rédaction bilingue des lois fédérales. In: *Revue générale de droit 13*, 177-186.
- Pommer, Sieglinde. 2006. *Rechtsübersetzung und Rechtsvergleichung*. Frankfurt am Main [u. a.]: Lang.
- Prunč, Erich. 1997. Translationskultur. Versuch einer konstruktiven Kritik des translatorischen Handelns. In: Vermeer, Hans/ Ammann Margret (Hgg.) *TextConText 11*, 99–127.
- Prunč, Erich. 2011². *Entwicklungslinien der Translationswissenschaft. Von den Asymmetrien der Sprachen zu den Asymmetrien der Macht*. Berlin: Frank & Timme.
- Punkki-Roscher, Marja. 1995. *Nominalstil in populärwissenschaftlichen Texten. Zur Syntax und Semantik der komplexen Nominalphrasen*. Wien [u.a.]: Lang.
- Pym, Anthony. 2003. Redefining translation competence in an electronic age. In defence of a minimalist approach. In: *META 48:4*, 481–497.
- Pym, Anthony. 2005. Explaining Explicitation. In: Károly, Krisztina/ Fóris, Ágota (Hgg.) *New trends in translation studies. In honour of Kinga Klaudy*. Budapest: Akadémiai Kiadó, 29-43.
- Reichelt, Gerte. 2006. *Sprache und Recht. Unter Besonderer Berücksichtigung des Europäischen Gemeinschaftsrechts*. Wien: Manz.
- Reinart, Sylvia. 2009. *Kulturspezifik in der Fachübersetzung*. Berlin: Frank & Timme.

- Reinfried, Hubert. 1983. *Deutsches Rechtsbuch. Was jeder vom Recht wissen muss*. Regensburg: Walhalla-und-Praetoria-Verlag.
- Reiß, Katharina/ Snell-Hornby, Mary/ Kadrić, Mira. 1995. *Grundfragen der Übersetzungswissenschaft. Wiener Vorlesungen*. Wien: WUV.
- Reiß, Katharina/ Vermeer, Hans J. 1984. *Grundlegung einer allgemeinen Translationstheorie*. Tübingen: Niemeyer.
- Resch, Renate. 1999². Die Rolle der muttersprachlichen Kompetenz. In: Snell-Hornby, Mary/ Hönig, Hans G./ Kußmaul, Paul/ Schmitt Peter A. (Hgg.) *Handbuch Translation*. Stauffenburg: Narr, 343-345.
- Resch, Renate. 2006. *Translatorische Textkompetenz. Texte im Kulturtransfer*. Frankfurt: Lang.
- Risku, Hanna. 1998. *Translatorische Kompetenz: Kognitive Grundlagen des Übersetzens als Expertentätigkeit*. Tübingen: Narr.
- Risku, Hanna. 2002. *Interkulturelle Fachkommunikation als kooperative Textgestaltung*. Tübingen: Stauffenburg.
- Risku, Hanna. 2004. *Translationsmanagement. Interkulturelle Fachkommunikation im Informationszeitalter*. Tübingen: Narr.
- Rosenne, Shabtai. 1987. Publications of the International Court of Justice. In: *American Journal of International Law* 81, 681-696.
- Rothkegel, Annely. 1984. Frames und Textstruktur. In: Rothkegel, Annely/Sandig, Barbara (Hgg.). *Text – Textsorten – Semantik*. Hamburg: Buske, 238-261.
- Salmi-Tolonen, Tarja. 2004. Legal Linguistic Knowledge and Creating and Interpreting Law in Multilingual Environments. In: *Brooklyn Journal of International Law* 29:3, 1167-1191.
- Sandrini, Peter. 1996. *Terminologiarbeit im Recht. Deskriptiver begriffsorientierter Ansatz vom Standpunkt des Übersetzers*. Wien: TermNet.
- Sandrini, Peter. 1999. *Übersetzen von Rechtstexten: Fachkommunikation im Spannungsfeld zwischen Rechtsordnung und Sprache*. Tübingen: Narr.

- Sandrini, Peter. 2009. Der transkulturelle Vergleich von Rechtsbegriffen. In: Šarčević, Susan (Hg.) *Legal Language in Action: Translation, Terminology, Drafting and Procedural Issues*. Zagreb: Nakladni zavod Globus, 151-165.
- Šarčević, Susan. 1990. Strategiebedingtes Übersetzen aus den kleineren Sprachen im Fachbereich Jura. In: *Babel* 36:3, 155-166.
- Šarčević, Susan. 1991. Bilingual and Multilingual Dictionaries: New Standards for the Future. In: *Meta* 36:4, 615-626.
- Šarčević, Susan. 1997. *New Approach To Legal Translation*. The Hague [u. a.]: Kluwer Law International.
- Schmidt-König, Christine. 2005. *Die Problematik der Übersetzung juristischer Terminologie. Eine systematische Darstellung am Beispiel der deutschen und französischen Rechtssprache*. Münster [u. a.] LIT Verlag Münster.
- Schmitt, Peter A. 1999^{2a}. Technische Arbeitsmittel. In: Snell-Hornby, Mary/ Hönig, Hans G./ Kußmaul, Paul/ Schmitt Peter A. (Hgg.) *Handbuch Translation*. Stauffenburg: Narr, 186-199.
- Schmitt, Peter A. 1999^{2b}. Textauswahlkriterien: Allgemeinsprachliche Texte – Fachtexte – Dolmetschen. In: Snell-Hornby, Mary/ Hönig, Hans G./ Kußmaul, Paul/ Schmitt Peter A. (Hgg.) *Handbuch Translation*. Stauffenburg: Narr, 359-360.
- Schopp, Jürgen F. 2005. »Gut zum Druck«? – *Typographie und Layout im Übersetzungsprozeß*. Tampere: Tampere University Press.
- Simonnæs, Ingrid. 2012. *Rechtskommunikation national und international im Spannungsfeld von Hermeneutik, Kognition und Pragmatik*. Berlin: Frank & Timme.
- Smith, Sylvia A. 1995. Cultural Clash. Anglo-American Case Law and German Civil Law in Translation. In: Morris, Marshall (Hg.) *Translation and the Law*. Amsterdam: John Benjamins, 179-200.
- Snell-Hornby, Mary. 1988. *Translation Studies. An integrated approach*. Amsterdam [u.a.]: Benjamins.
- Snell-Hornby, Mary. 1990. 'Slippery when wet.': Paralleltexte als Übersetzungshilfe. In: *Der Deutschunterricht* 1/90, 10-16.

- Spillner, Bernd. 1981. Textsorten im Sprachvergleich: Ansätze zu einer Kontrastiven Textologie. In: Kühlwein, Wolfgang/ Thome, Gisela/ Wilss, Wolfram (Hgg.) *Kontrastive Linguistik und Übersetzungswissenschaft: Akten des Internationalen Kolloquiums Trier/Saarbrücken, 25.-30.09.1978*. München: Fink, 239-250.
- Stolze, Radegundis. 1992a. *Hermeneutisches Übersetzen. Linguistische Kategorien des Verstehens und Formulierens beim Übersetzen*. Tübingen: Narr.
- Stolze, Radegundis. 1992b. Rechts- und Sprachvergleich beim Übersetzen juristischer Texte. In: Baumann, Klaus-Dieter/ Kalverkämper, Hartwig (Hgg.). *Kontrastive Fachsprachenforschung*. Tübingen: Narr. 223-230.
- Stolze, Radegundis. 1994. *Übersetzungstheorien*. Tübingen: Narr.
- Stolze, Radegundis. 1999. *Die Fachübersetzung: Eine Einführung*. Tübingen: Narr.
- Stolze, Radegundis. 2009. *Fachübersetzen. Ein Lehrbuch für Theorie und Praxis*. Berlin: Frank & Timme.
- Stolze, Radegundis. 2011. *The Translator's Approach – Introduction to Translational Hermeneutics. Theory and Examples from Practice*. Berlin: Frank & Timme.
- Suchman, Lucy. 1987. *Plans And Situated Actions. The Problem of Human-Machine Communication*. New York: Cambridge University Press.
- Tarp, Sven. 1995. Wörterbuchfunktionen: Utopische und realistische Vorschläge für die bilinguale Lexikographie. In: Wiegand, Ernst (Hg.). *Studien zur zweisprachigen Lexikographie mit Deutsch II*. New York [u. a.]: Olms, 17-61.
- Venkula, Jaana. 1994. Miksi tieto ei leviä? In: Venkula, Jaana (Hg.) *Tiedon suhde toimintaan*. Helsinki: Yliopistopaino, 47-69.
- Vermeer, Hans J. 1982. *The first European Tamil grammar*. Heidelberg: Groos.
- Vermeer, Hans J. 1986. Übersetzen als kultureller Transfer. In: Snell-Hornby, Mary (Hg.) *Übersetzungswissenschaft – eine Neuorientierung*. Tübingen: Francke, 30–53.
- Vermeer, Hans J. 1989. Skopos and Commission in Translational Action. In: Chesterman, Andrew (Hg.) *Readings in Translation Theory*. Helsinki: Oy Finn Lectura Ab, 173-187.
- Vlachopoulos, Stefanos. 1997. Übersetzungsorientierte Stilanalyse eines common law-Vertrages. In: *Lebende Sprachen 1997:1*, 10-12.

- Vlachopoulos, Stefanos. 1999. Die Übersetzung von Vertragstexten: Anwendung und Didaktik. In: Sandrini, Peter (Hg.) *Übersetzen von Rechtstexten. Fachkommunikation im Spannungsfeld zwischen Rechtsordnung und Sprache*. Tübingen: Narr, 137-154.
- Weisflog, Walter E. 1996. *Rechtsvergleichung und juristische Übersetzung. Eine interdisziplinäre Studie*. Zürich: Schulthess.
- Wiesmann, Eva. 2004. *Rechtsübersetzung und Hilfsmittel zur Translation. Wissenschaftliche Grundlagen und computergestützte Umsetzung eines lexikographischen Konzepts*. Tübingen: Narr.
- Will, Renate. 1997. Muttersprachliche Kompetenz – ein entscheidender Faktor im Übersetzungsprozeß. In: Fleischmann, Eberhard/ Kutz, Wladimir/ Schmitt, Peter A. (Hgg.) *Translationsdidaktik. Grundfragen der Übersetzungswissenschaft*, 243-240.
- Wilss, Wolfram. 1988. *Kognition und Übersetzen. Zu Theorie und Praxis der menschlichen und maschinellen Übersetzung*. Tübingen: Niemeyer.
- Wills, Wolfram. 1992. *Übersetzungsfertigkeit. Annäherungen an einen komplexen übersetzungspraktischen Begriff*. Tübingen: Narr.
- Witte, Heidrun. 2000. *Die Kulturkompetenz des Translators. Begriffliche Grundlegung und Didaktisierung*. Tübingen: Stauffenburg.
- Zenderowska-Korups, Grazyna. 2004. *Sprachliche Schematismen des Deutschen und ihre Vermittlung im Unterricht DaF*. Wien [u. a.]: Lang.

Anhang I – Stock Award Agreement

STOCK AWARD AGREEMENT UNDER 2001 STOCK PLAN

Award Number [REDACTED]

1. Award of Stock Awards. [REDACTED] (hereinafter the "Company"), in the exercise of its sole discretion pursuant to the [REDACTED] 2001 Stock Plan (the "Plan"), does on 5/3/2004 (the "Award Date") hereby award to [REDACTED] (the "Awardee") 150 Stock Awards ("SAs") upon the terms and subject to the conditions hereinafter contained. Capitalized terms used but not defined herein shall have the meanings assigned to them in the Plan. SAs represent the Company's unfunded and unsecured promise to issue Common Shares at a future date, subject to the terms of this Award Agreement and the Plan.

Awardee has no rights under the SAs other than the rights of a general unsecured creditor of the Company.

2. Vesting Schedule and Conversion of SAs.

(a) Subject to the terms of this Award Agreement and the Plan and provided that Awardee remains continuously employed throughout the vesting periods set out below, the SAs shall vest and be converted into an equivalent number of Common Shares that will be distributed to the Awardee as follows; provided that fractional SAs shall be converted into Common Shares as set out in Section 8(c) of this Award Agreement:

Vesting Date	Percentage of SAs
One (1) year from the Award Date	20%
Two (2) years from the Award Date	20%
Three (3) years from the Award Date	20%
Four (4) years from the Award Date	20%
Five (5) years from the Award Date	20%

(b) THE AWARDEE'S RIGHTS IN THE SAs SHALL BE AFFECTED, WITH REGARD TO BOTH VESTING SCHEDULE AND TERMINATION, BY LEAVES OF ABSENCE, CHANGES IN THE NUMBER OF HOURS WORKED, PARTIAL DISABILITY, AND OTHER CHANGES IN AWARDEE'S EMPLOYMENT STATUS AS PROVIDED IN THE COMPANY'S CURRENT POLICIES IN SUCH MATTERS. ACCOMPANYING THIS AWARD AGREEMENT IS A CURRENT COPY OF THE COMPANY'S POLICIES IN SUCH MATTERS. THESE POLICIES MAY CHANGE FROM TIME TO TIME WITHOUT NOTICE IN THE COMPANY'S SOLE DISCRETION, AND AWARDEE'S RIGHTS WILL BE GOVERNED BY THE POLICIES IN EFFECT AT THE TIME OF ANY EMPLOYMENT STATUS CHANGE. CONTACT "STOCK" FOR A COPY OF THE MOST CURRENT POLICY STATEMENT AT ANY POINT IN TIME.

3. Termination. Unless terminated earlier under Section 4, 5, or 6 below, an Awardee's rights under this Award Agreement with respect to the SAs issued under this Award Agreement shall terminate at the time such SAs are converted into Common Shares.

4. Termination of Awardee's Status as a Participant. Except as otherwise specified in Section 5 and 6 below, in the event of termination of Awardee's Continuous Status as a Participant (as such term is defined in Section 2(j) of the Plan), Awardee's rights under this Award Agreement in any unvested SAs shall terminate. For the avoidance of doubt, an Awardee's Continuous Status as a Participant terminates at the time the Awardee's actual employer ceases to be the Company or a "Subsidiary" of the Company, as that term is defined in Section 2(z) of the Plan, and as further described in Section 10(k) of this Award Agreement.

5. Disability of Awardee. Notwithstanding the provisions of Section 4 above, in the event of termination of Awardee's Continuous Status as a Participant as a result of total and permanent disability (as such term is defined in Section 12(c) of the Plan), the next vesting date for the SAs, set out in Section 2(a), above, shall accelerate by twelve (12) months as of such date of termination. If Awardee's disability originally required him or her to take a short-term disability leave which was later converted into long-term disability, then for the purposes of the preceding sentence the date on which Awardee ceased performing services shall be deemed to be the date of commencement of the short-term disability leave. The Awardee's rights in any unvested SAs that remain unvested after the application of this Section 5 shall terminate at the time Awardee ceases to be in Continuous Status as a Participant.

6. Death of Awardee. Notwithstanding the provisions of Section 4 above, in the event of the death of Awardee:

- (a) If Awardee is, at the time of death, in Continuous Status as a Participant, the next vesting date for the SAs, set out in Section 2(a) above, shall accelerate by twelve (12) months as of the date of death.
- (b) The Awardee's rights in any unvested SAs that remain after the application of Section 6(a) shall terminate at the time of the Awardee's death.

7. Value of Unvested SAs. In consideration of the award of these SAs, Awardee agrees that upon and following termination of Awardee's Continuous Status as a Participant for any reason (whether or not in breach of local labor laws), and regardless of whether Awardee is terminated with or without cause, notice, or pre-termination procedure or whether Awardee asserts or prevails on a claim that Awardee's employment was terminable only for cause or only with notice or pre-termination procedure, any unvested SAs under this Award Agreement shall be deemed to have a value of zero dollars (\$0.00).

8. Conversion of SAs to Common Shares; Responsibility for Taxes.

(a) Provided Awardee has satisfied the requirements of Section 8(b) below, on the vesting of any SAs, such vested SAs shall be converted into an equivalent number of Common Shares that will be distributed to Awardee or, in the event of Awardee's death, to Awardee's legal representative, as soon as practicable. The distribution to the Awardee, or in the case of the Awardee's death, to the Awardee's legal representative, of Common Shares in respect of the vested SAs shall be evidenced by a stock certificate, appropriate entry on the books of the Company or of a duly authorized transfer agent of the Company, or other appropriate means as determined by the Company. In the event ownership or issuance of Common Shares is not feasible due to local exchange controls, securities regulations, tax laws or other provisions of applicable law, as determined by the Company in its sole discretion, Awardee, or in the event of Awardee's death, the Awardee's legal representative, shall receive cash proceeds in an amount equal to the value of the Common Shares otherwise distributable to Awardee, net of the satisfaction of the requirements of Section 8(b) below.

(b) Regardless of any action the Company or Awardee's actual employer takes with respect to any or all income tax (including federal, state and local taxes), social insurance, payroll tax, payment on account or other tax-related withholding ("Tax Related Items"), Awardee acknowledges that the ultimate liability for all Tax Related Items legally due by Awardee is and remains Awardee's responsibility and that the Company and/or the Awardee's actual employer (i) make no representations or undertakings regarding the treatment of any Tax Related Items in connection with any aspect of the SAs, including the grant of the SAs, the vesting of SAs, the conversion of the SAs into Common Shares or the receipt of an equivalent cash payment, the subsequent sale of any Common Shares acquired at vesting and the receipt of any dividends; and (ii) do not commit to structure the terms of the grant or any aspect of the SAs to reduce or eliminate the Awardee's liability for Tax Related Items.

Prior to the issuance of Common Shares upon vesting of SAs or the receipt of an equivalent cash payment as provided in Section 8(a) above, Awardee shall pay, or make adequate arrangements satisfactory to the Company or to the Awardee's actual employer (in their sole discretion) to satisfy all withholding and payment on account obligations of the Company and/or the Awardee's actual employer. In this regard, Awardee authorizes the Company or the Awardee's actual employer to withhold all applicable Tax Related Items legally payable by Awardee from Awardee's wages or other cash compensation payable to Awardee by the Company or the Awardee's actual employer. Alternatively, or

in addition, if permissible under local law, the Company or the Awardee's actual employer may, in their sole discretion, (i) sell or arrange for the sale of Common Shares to be issued on the vesting of SAs to satisfy the withholding or payment on account obligation, and/or (ii) withhold in Common Shares, provided that the Company and the Awardee's actual employer shall withhold only the amount of shares necessary to satisfy the minimum withholding amount. Awardee shall pay to the Company or to the Awardee's actual employer any amount of Tax Related Items that the Company or the Awardee's actual employer may be required to withhold as a result of Awardee's receipt of SAs, the vesting of SAs, or the conversion of vested SAs to Common Shares that cannot be satisfied by the means previously described. Except where applicable legal or regulatory provisions prohibit, the standard process for the payment of an Awardee's Tax Related Items shall be for the Company or the Awardee's actual employer to withhold in Common Shares only to the amount of shares necessary to satisfy the minimum withholding amount. The Company may refuse to deliver Common Shares to Awardee if Awardee fails to comply with Awardee's obligation in connection with the Tax Related Items as described herein.

(c) In lieu of issuing fractional Common Shares, on the vesting of a fraction of a SA, the Company shall convert any such fraction of a SA which represents 0.5 or more of a SA to one Common Share and shall extinguish any such fraction of a SA which represents less than 0.5 of a SA without issuing any Common Shares.

(d) Until the distribution to Awardee of the Common Shares in respect to the vested SAs is evidenced by a stock certificate, appropriate entry on the books of the Company or of a duly authorized transfer agent of the Company, or other appropriate means, Awardee shall have no right to vote or receive dividends or any other rights as a shareholder with respect to such Common Shares, notwithstanding the vesting of SAs. The Company shall cause such distribution to Awardee to occur promptly upon the vesting of SAs. No adjustment will be made for a dividend or other right for which the record date is prior to the date Awardee is recorded as the owner of the Common Shares, except as provided in Section 14 of the Plan.

(e) By accepting the Award of SAs evidenced by this Award Agreement, Awardee agrees not to sell any of the Common Shares received on account of vested SAs at a time when applicable laws or Company policies prohibit a sale. This restriction shall apply so long as Awardee is an Employee, Consultant or outside director of the Company or a Subsidiary of the Company.

9. Non-Transferability of SAs. Awardee's right in the SAs awarded under this Award Agreement and any interest therein may not be sold, pledged, assigned, hypothecated, transferred, or disposed of in any manner, other than by will or by the laws of descent or distribution, prior to the distribution of the Common Shares in respect of such SAs. SAs shall not be subject to execution, attachment or other process.

10. Acknowledgment of Nature of Plan and SAs. In accepting the Award, Awardee acknowledges that:

- (a) the Plan is established voluntarily by the Company, it is discretionary in nature and may be modified, amended, suspended or terminated by the Company at any time, as provided in the Plan;
- (b) the Award of SAs is voluntary and occasional and does not create any contractual or other right to receive future awards of SAs, or benefits in lieu of SAs even if SAs have been awarded repeatedly in the past;
- (c) all decisions with respect to future awards, if any, will be at the sole discretion of the Company;
- (d) Awardee's participation in the Plan is voluntary;
- (e) SAs are an extraordinary item that does not constitute compensation of any kind for services of any kind rendered to the Company or to the Awardee's actual employer, and SAs are outside the scope of Awardee's employment contract, if any;
- (f) SAs are not part of normal or expected compensation or salary for any purposes, including, but not limited to, calculation of any severance, resignation, termination, redundancy, end of service payments, bonuses, long-service awards, pension or retirement benefits or similar payments;
- (g) neither the award of SAs nor any provision of this Award Agreement, the Plan or the policies adopted pursuant to the Plan confer upon Awardee any right with respect to employment or continuation of current employment, and in the event that Awardee is not an employee of the Company or any Subsidiary of the Company, SAs shall not be interpreted to form an employment contract or relationship with the Company or any Subsidiary of the Company;
- (h) the future value of the underlying Common Shares is unknown and cannot be predicted with certainty;

(i) if Awardee receives Common Shares, the value of such Common Shares acquired on vesting of SAs may increase or decrease in value;

(j) no claim or entitlement to compensation or damages arises from termination of SAs, and no claim or entitlement to compensation or damages shall arise from any diminution in value of the SAs or Common Shares received upon vesting of SAs resulting from termination of the Awardee's employment by the Company or the Awardee's actual employer (for any reason whatsoever and whether or not in breach of local labor laws) and Awardee irrevocably releases the Company and the Awardee's actual employer from any such claim that may arise; if, notwithstanding the foregoing, any such claim is found by a court of competent jurisdiction to have arisen, then, by signing this Award Agreement, Awardee shall be deemed irrevocably to have waived his or her entitlement to pursue such claim; and

(k) notwithstanding any terms or conditions of the Plan to the contrary and consistent with Section 4, above, in the event of involuntary termination of Awardee's employment (whether or not in breach of local labor laws), Awardee's right to receive SAs and vest under the Plan, if any, will terminate effective as of the date that Awardee is no longer actively employed and will not be extended by any notice period mandated under local law (e.g., active employment would not include a period of "garden leave" or similar period pursuant to local law); furthermore, in the event of involuntary termination of employment (whether or not in breach of local labor laws), Awardee's right to receive Common Shares pursuant to the SAs after termination of employment, if any, will be measured by the date of termination of Awardee's active employment and will not be extended by any notice period mandated under local law; the Committee shall have the exclusive discretion to determine when the Awardee is no longer actively employed for purposes of the award of SAs.

11. Data Privacy Notice and Consent. *Awardee hereby explicitly and unambiguously consents to the collection, use and transfer, in electronic or other form, of Awardee's personal data as described in this Award Agreement by and among, as applicable, Awardee's employer, the Company, its Subsidiaries and its affiliates for the exclusive purpose of implementing, administering and managing Awardee's participation in the Plan.*

Awardee understands that the Company and Awardee's employer may hold certain personal information about Awardee, including, but not limited to, Awardee's name, home address and telephone number, date of birth, social insurance number or other identification number, salary, nationality, job title, any shares of stock or directorships held in the Company, details of all SAs or any other entitlement to Common Shares awarded, canceled, vested, unvested or outstanding in Awardee's favor, for the purpose of implementing, administering and managing the Plan ("Data"). Awardee understands that Data may be transferred to any third parties assisting in the implementation, administration and management of the Plan, that these recipients may be located in Awardee's country, or elsewhere, and that the recipient's country may have different data privacy laws and protections than Awardee's country. Awardee understands that Awardee may request a list with the names and addresses of any potential recipients of the Data by contacting Awardee's local human resources representative. Awardee authorizes the recipients to receive, possess, use, retain and transfer the Data, in electronic or other form, for the purposes of implementing, administering and managing Awardee's participation in the Plan, including any requisite transfer of such Data as may be required to a broker, escrow agent or other third party with whom the Common Shares received upon vesting of the SAs may be deposited. Awardee understands that Data will be held only as long as is necessary to implement, administer and manage Awardee's participation in the Plan. Awardee understands that Awardee may, at any time, view Data, request additional information about the storage and processing of Data, require any necessary amendments to Data or refuse or withdraw the consents herein, in any case without cost, by contacting in writing Awardee's local human resources representative. Awardee understands that refusal or withdrawal of consent may affect Awardee's ability to participate in the Plan. For more information on the consequences of Awardee's refusal to consent or withdrawal of consent, Awardee understands that Awardee may contact Awardee's local human resources representative.

12. Administration. The authority to manage and control the operation and administration of this Award Agreement shall be vested in the Committee (as such term is defined in Section 2(f) of the Plan), and the Committee shall have all powers and discretion with respect to this Award Agreement as it has with respect to the Plan. Any interpretation of the Award Agreement by the Committee and any decision made by the Committee with respect to the Award Agreement shall be final and binding on all parties.

13. Plan Governs. Notwithstanding anything in this Award Agreement to the contrary, the terms of this Award Agreement shall be subject to the terms of the Plan, and this Award Agreement is subject to all interpretations, amendments, rules and regulations promulgated by the Committee from time to time pursuant to the Plan.

14. Notices. Any written notices provided for in this Award Agreement which are sent by mail shall be deemed received three business days after mailing, but not later than the date of actual receipt. Notices shall be directed, if to Awardee, at the Awardee's address indicated by the Company's records and, if to the Company, at the Company's principal executive office.

15. Language. If Awardee has received this Award Agreement or any other document related to the Plan translated into a language other than English and if the translated version is different than the English version, the English version will control.

16. Electronic Delivery. The Company may, in its sole discretion, decide to deliver any documents related to SAs awarded under the Plan or future SAs that may be awarded under the Plan by electronic means or request Awardee's consent to participate in the Plan by electronic means. Awardee hereby consents to receive such documents by electronic delivery and agrees to participate in the Plan through an on-line or electronic system established and maintained by the Company or another third party designated by the Company.

17. Exhibit A. Notwithstanding any provision in this Award Agreement to the contrary, the SAs shall be subject to any special terms and provisions as set forth in Exhibit A, if any.

18. Acknowledgment. By Awardee's acceptance as evidenced below, Awardee acknowledges that Awardee has received and has read, understood and accepted all the terms, conditions and restrictions of this Award Agreement, the Plan, and the current policies referenced in Section 2(b) of this Award Agreement. Awardee understands and agrees that this Award Agreement is subject to all the terms, conditions, and restrictions stated in this Award Agreement and in the other documents referenced in the preceding sentence, as the latter may be amended from time to time in the Company's sole discretion.

19. Board Approval. These SAs have been awarded pursuant to the Plan and accordingly this Award of SAs is subject to approval by an authorized committee of the Board of Directors. If this Award of SAs has not already been approved, the Company agrees to submit this Award for approval as soon as practical. If such approval is not obtained, this award is null and void.

20. Governing Law. This Award Agreement shall be governed by the laws of the State of Washington, U.S.A., without regard to Washington laws that might cause other law to govern under applicable principles of conflicts of law. For purposes of litigating any dispute that arises under this Award of SAs or this Award Agreement, the parties hereby submit to and consent to the jurisdiction of the State of Washington, and agree that such litigation shall be conducted in the courts of King County, Washington, or the federal courts for the United States for the Western District of Washington, and no other courts, where this Award of SAs is made and/or to be performed.

21. Severability. If one or more of the provisions of this Award Agreement shall be held invalid, illegal or unenforceable in any respect, the validity, legality and enforceability of the remaining provisions shall not in any way be affected or impaired thereby and the invalid, illegal or unenforceable provisions shall be deemed null and void; however, to the extent permissible by law, any provisions which could be deemed

null and void shall first be construed, interpreted or revised retroactively to permit this Award Agreement to be construed so as to foster the intent of this Award Agreement and the Plan.

22. Complete Award Agreement and Amendment. This Award Agreement (including any special terms and provisions set forth in Exhibit A), the Notice of Receipt of Stock Awards (if any), and the Plan constitute the entire agreement between Awardee and the Company regarding SAs. Any prior agreements, commitments or negotiations concerning these SAs are superseded. This Award Agreement may be amended only by written agreement of Awardee and the Company, without consent of any other person. Awardee agrees not to rely on any oral information regarding this Award of SAs or any written materials not identified in this Section 22.

EXECUTED the day and year first above written.

[REDACTED]

[REDACTED]

Vice President, Human Resources

AWARDEE'S ACCEPTANCE:

I have read and fully understood this Award Agreement and, as referenced in Section 18 above, I accept and agree to be bound by all of the terms, conditions and restrictions contained in this Award Agreement and the other documents referenced in it. I intend to express my acceptance of the Award and this Award Agreement by typing my name in the Awardee acceptance window provided in "step 2" of the award acceptance checklist, and I further intend the typing of my name to have the same force and effect in all respects as a handwritten signature.

Anhang II - Übersetzung

VEREINBARUNG ÜBER AKTIENANWARTSCHAFTEN NACH DEM AKTIENPROGRAMM [REDACTED] AUS DEM JAHR 2001

Anwartschaft Nummer [REDACTED]

1. Gewährung von Aktienanwartschaften. Die [REDACTED] (im Folgenden die „Gesellschaft“) gewährt in Ausübung ihres alleinigen Ermessens nach dem Aktienprogramm der [REDACTED] aus dem Jahr 2001 (das „Programm“) am 3.5.2004 (das „Gewährungsdatum“) [REDACTED] (der „Anwärter“) 150 Aktienanwartschaften („AA“) gemäß den Bestimmungen und zu den Bedingungen, die im Folgenden enthalten sind. Begriffe mit großen Anfangsbuchstaben¹, die in dieser Vereinbarung verwendet, jedoch nicht definiert werden, haben die ihnen im *Programm* zugewiesene Bedeutung. AA stellen das nicht kapitalgedeckte und nicht besicherte Versprechen zur Begebung von *Stammaktien* zu einem zukünftigen Zeitpunkt nach den Bestimmungen dieser Anwartschaftsvereinbarung und des *Programms* dar.

Der *Anwärter* hat außer den Rechten eines allgemeinen unbesicherten Gläubigers der *Gesellschaft* keine sonstigen Rechte aus den AA.

2. Zeitplan für die Unverfallbarkeit und Umwandlung von AA.

(a) Vorbehaltlich der Bestimmungen dieser Anwartschaftsvereinbarung und des *Programms* und unter der Voraussetzung, dass der *Anwärter* während der unten angegebenen Fristen für die Unverfallbarkeit durchgehend Mitarbeiter war, werden die AA unverfallbar und in eine entsprechende Anzahl von *Stammaktien* umgewandelt, die dem *Anwärter* wie folgt zugeteilt werden, wobei Bruchteile von AA nach Punkt 8(c) dieser Anwartschaftsvereinbarung in *Stammaktien* umgewandelt werden.

Datum der Unverfallbarkeit	Prozent von AA
Ein (1) Jahr ab dem <i>Gewährungsdatum</i>	20%
Zwei (2) Jahre ab dem <i>Gewährungsdatum</i>	20%
Drei (3) Jahre ab dem <i>Gewährungsdatum</i>	20%
Vier (4) Jahre ab dem <i>Gewährungsdatum</i>	20%
Fünf (5) Jahre ab dem <i>Gewährungsdatum</i>	20%

(B) DIENSTFREISTELLUNGEN, ÄNDERUNGEN IN DER ANZAHL DER ARBEITSSTUNDEN, TEILWEISE ARBEITSUNFÄHIGKEIT UND SONSTIGE ÄNDERUNGEN DES BESCHÄFTIGUNGSSTATUS DES ANWÄRTERS, DIE IN DEN AKTUELLEN EINSCHLÄGIGEN LEITLINIEN DER GESELLSCHAFT ANGEFÜHRT SIND, WIRKEN SICH AUF DIE RECHTE DES ANWÄRTERS AN DEN AA SOWOHL HINSICHTLICH DES ZEITPLANS FÜR DIE UNVERFALLBARKEIT ALS AUCH DER BEENDIGUNG AUS. DIESER ANWARTSCHAFTSVEREINBARUNG LIEGT EINE AKTUELLE AUSFERTIGUNG DER EINSCHLÄGIGEN UNTERNEHMENSLEITLINIEN BEI. DIESE LEITLINIEN KÖNNEN JEWEILS OHNE BENACHRICHTIGUNG IM ALLEINIGEN ERMESSEN DER GESELLSCHAFT GEÄNDERT WERDEN, WOBEI DIE RECHTE DES ANWÄRTERS DEN ZUM ZEITPUNKT EINER ALLFÄLLIGEN ÄNDERUNG DES BESCHÄFTIGUNGSSTATUS GELTENDEN LEITLINIEN UNTERLIEGEN. SIE KÖNNEN SICH JEDERZEIT AN DIE ABTEILUNG „AKTIEN“ WENDEN, UM EINE AUSFERTIGUNG DER AKTUELLESTEN LEITLINIEN ZU ERHALTEN.

3. Beendigung. Soweit die Rechte eines *Anwärters* aus dieser Anwartschaftsvereinbarung hinsichtlich der nach dieser Anwartschaftsvereinbarung gewährten AA nicht gemäß Punkt 4, 5 oder 6 unten enden, enden sie zu dem Zeitpunkt, zu dem diese AA in *Stammaktien* umgewandelt werden.

4. Beendigung des Teilnehmerstatus des Anwärters. Soweit in Punkt 5 und 6 unten nicht anders vorgesehen, enden die Rechte des *Anwärters* aus dieser Anwartschaftsvereinbarung an noch nicht unverfallbaren AA mit Beendigung seines *kontinuierlichen Status als Teilnehmer* (wie in Punkt 2(j) des *Programms* definiert). Zur Vermeidung von Zweifeln wird festgehalten, dass der *kontinuierliche Status des Anwärters als Teilnehmer* ab dem Zeitpunkt endet, ab dem die *Gesellschaft* oder eine „*Tochtergesellschaft*“ der *Gesellschaft*, wie in Punkt 2(z) des *Programms* definiert und in Punkt 10(k) dieser Anwartschaftsvereinbarung näher beschrieben, nicht mehr der tatsächliche Arbeitgeber des *Anwärters* ist.

5. Arbeitsunfähigkeit des Anwärters. Unbeschadet der Bestimmungen in Punkt 4 oben wird bei Beendigung des *kontinuierlichen Status des Anwärters als Teilnehmer* aufgrund einer totalen und dauerhaften

¹ Anm.d.Ü.: Da Nomen im Deutschen generell mit großen Anfangsbuchstaben geschrieben werden, werden definierte Begriffe in Kursivschrift hervorgehoben.

Arbeitsunfähigkeit (wie in Punkt 12(c) des *Programms* definiert) das nächste Datum der Unverfallbarkeit von AA, angeführt in Punkt 2(a) oben, bezogen auf das Datum der Beendigung um zwölf (12) Monate vorverlegt. Musste sich der *Anwärter* ursprünglich wegen kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit freistellen lassen und wurde daraus später eine langfristige Arbeitsunfähigkeit, gilt im Sinne des vorherigen Satzes das Datum, an dem der *Anwärter* die Erbringung von Arbeitsleistungen einstellte, als Datum des Beginns der Freistellung wegen kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit. Die Rechte des *Anwärters* an noch nicht unverfallbaren AA, die nach Anwendung dieses Punkts 5 verfallbar bleiben, enden zu dem Zeitpunkt, zu dem der *kontinuierliche Status des Anwärters als Teilnehmer* endet.

6. Tod des *Anwärters*. Unbeschadet der Bestimmungen von Punkt 4 oben gilt bei Tod des *Anwärters*:

(a) Hat der *Anwärter* zum Zeitpunkt seines Todes den *kontinuierlichen Status als Teilnehmer*, wird das nächste Datum der Unverfallbarkeit von AA, angeführt in Punkt 2(a) oben, bezogen auf das Datum des Todes um zwölf (12) Monate vorverlegt.

(b) Die Rechte des *Anwärters* an noch nicht unverfallbaren AA, die nach Anwendung von Punkt 6(a) verbleiben, enden zum Zeitpunkt des Todes des *Anwärters*.

7. Wert noch nicht unverfallbarer AA. Hinsichtlich der Gewährung dieser AA erklärt sich der *Anwärter* damit einverstanden, dass bei und nach Beendigung seines *kontinuierlichen Status als Teilnehmer* aus welchem Grund auch immer (unabhängig davon, ob unter Verletzung lokaler arbeitsrechtlicher Normen oder nicht) und unabhängig davon, ob das Arbeitsverhältnis des *Anwärters* aus wichtigem Grund, durch Kündigung oder unter Einhaltung eines Prozedere vor der Beendigung beendet wird oder ob der *Anwärter* den Anspruch geltend macht oder damit durchdringt, dass sein Arbeitsverhältnis nur aus wichtigem Grund oder nur unter Einhaltung einer Kündigungsfrist oder eines Prozedere vor der Beendigung beendet werden konnte, noch nicht unverfallbare AA nach dieser Anwartschaftsvereinbarung einen Wert von null Dollar (\$ 0,00) haben.

8. Umwandlung von AA in *Stammaktien*; Steuerpflicht.

(a) Hat der *Anwärter* die in Absatz 8(b) unten genannten Anforderungen erfüllt, werden unverfallbare AA in dem Zeitpunkt, in dem sie unverfallbar werden, in eine entsprechende Anzahl *Stammaktien* umgewandelt, die dem *Anwärter*, oder im Falle seines Todes seinem rechtlichen Vertreter, zugeteilt werden, sobald dies tunlich ist. Die Zuteilung von *Stammaktien* für die unverfallbaren AA an den *Anwärter*, oder im Falle seines Todes an seinen rechtlichen Vertreter, ist durch eine Aktienurkunde, durch einen entsprechenden Eintrag in den Büchern der *Gesellschaft*, durch einen ordnungsgemäß bevollmächtigten Übertragungsvertreter der *Gesellschaft* oder durch sonstige geeignete, von der *Gesellschaft* bestimmte Mittel nachzuweisen. Soweit das Eigentum an oder die Begebung von *Stammaktien* aufgrund der lokalen Börsenaufsicht, aufgrund von Wertpapiervorschriften, Steuergesetzen oder sonstigen Bestimmungen anwendbaren Rechts nicht möglich ist, erhält der *Anwärter*, oder im Falle seines Todes sein rechtlicher Vertreter, im alleinigen Ermessen der *Gesellschaft* Barmittel in der Höhe, die dem Wert der *Stammaktien* entspricht, welche dem *Anwärter* sonst nach Abzug der Erfüllung der in Absatz 8(b) unten genannten Anforderungen zuzuteilen wären.

(b) Unabhängig von Maßnahmen, die die *Gesellschaft* oder der tatsächliche Arbeitgeber des *Anwärters* hinsichtlich der Einbehaltung von Einkommensteuer (einschließlich Bundessteuern, bundesstaatlicher und lokaler Steuern), Sozialversicherung, Lohnsteuer, Akontozahlungen oder sonstiger steuerbezogener Einbehalte („steuerbezogene Posten“) trifft, nimmt der *Anwärter* zur Kenntnis, dass die letztendliche Haftung für alle *steuerbezogenen Posten*, die nach dem Gesetz vom *Anwärter* abzuführen sind, in seiner Verantwortung liegt und bleibt und dass die *Gesellschaft* bzw. der tatsächliche Arbeitgeber des *Anwärters* (i) keine Zusicherungen oder Verpflichtungserklärungen hinsichtlich der Behandlung von *steuerbezogenen Posten* im Zusammenhang mit einem Aspekt der AA, einschließlich der Gewährung von AA, der Unverfallbarkeit von AA, der Umwandlung von AA in *Stammaktien* oder des Erhalts einer entsprechenden Barzahlung, des nachfolgenden Verkaufs von bei Unverfallbarwerden der AA erworbenen *Stammaktien* und des Erhalts von Dividenden, abgibt; und (ii) sich nicht dazu verpflichtet, die Bedingungen der Gewährung oder eines Aspekts der AA so zu gestalten, dass dadurch die Haftung des *Anwärters* für *steuerbezogene Posten* vermindert wird oder entfällt.

Vor der Begebung von *Stammaktien* bei Unverfallbarwerden der AA oder dem Erhalt einer entsprechenden Barzahlung nach Punkt 8(a) oben leistet der *Anwärter* Zahlungen oder trifft angemessene, von der *Gesellschaft* oder seinem tatsächlichen Arbeitgeber (in ihrem/seinem alleinigen Ermessen) gebilligte Vorkehrungen, um alle Verpflichtungen zur Einbehaltung oder Vorauszahlung der *Gesellschaft* bzw. des tatsächlichen Arbeitgebers des *Anwärters* zu erfüllen. In dieser Hinsicht ermächtigt der *Anwärter* die *Gesellschaft* oder seinen tatsächlichen Arbeitgeber, alle betreffenden *steuerbezogenen Posten* einzubehalten, die der *Anwärter* von seinem Lohn oder sonstigen monetären Vergütung, die die *Gesellschaft* oder sein tatsächlicher Arbeitgeber dem *Anwärter* zu zahlen hat, nach dem Gesetz abzuführen hat. Alternativ oder zusätzlich dazu kann die *Gesellschaft* oder der tatsächliche Arbeitgeber des *Anwärters* in ihrem/seinem alleinigen Ermessen, soweit dies nach lokalem Recht zulässig ist, (i) die bei Unverfallbarwerden der AA zu begebenden *Stammaktien* verkaufen oder verkaufen lassen, um die

Einbehaltungs- oder Vorauszahlungsverpflichtung zu erfüllen, bzw. (ii) *Stammaktien* einbehalten, vorausgesetzt die *Gesellschaft* und der tatsächliche Arbeitgeber des *Anwärters* behalten Aktien nur in einer Höhe ein, die zur Erfüllung des Mindestbetrags der Einbehaltung erforderlich ist. Der *Anwärter* zahlt der *Gesellschaft* oder seinem tatsächlichen Arbeitgeber den Betrag an *steuerbezogenen Posten*, zu dessen Einbehaltung die *Gesellschaft* oder der tatsächliche Arbeitgeber des *Anwärters* infolge des Erhalts von AA durch den *Anwärter*, des Unverfallbarwerdens von AA oder der Umwandlung von unverfallbar gewordenen AA in *Stammaktien* verpflichtet sein können, wenn diese Verpflichtung nicht auf die zuvor genannte Weise erfüllt werden kann. Soweit anwendbare gesetzliche oder aufsichtsbehördliche Bestimmungen dies nicht untersagen, besteht die Standardvorgehensweise zur Zahlung von *steuerbezogenen Posten* eines *Anwärters* darin, dass die *Gesellschaft* oder der tatsächliche Arbeitgeber des *Anwärters* Aktien in Form von *Stammaktien* nur in der Höhe einbehalten, die zur Erfüllung des Mindestbetrags der Einbehaltung erforderlich ist. Die *Gesellschaft* kann sich weigern, dem *Anwärter* *Stammaktien* zu übergeben, wenn der *Anwärter* seiner hierin genannten Verpflichtung im Zusammenhang mit den *steuerbezogenen Posten* nicht nachkommt.

(c) Anstelle der Begebung von Bruchteils-*Stammaktien* wandelt die *Gesellschaft* bei Unverfallbarwerden eines Bruchteils einer AA diesen Bruchteil einer AA, wenn er 0,5 oder mehr einer AA ausmacht, in eine *Stammaktie* um und eliminiert einen Bruchteil einer AA, der weniger als 0,5 einer AA ausmacht, ohne *Stammaktien* zu begeben.

(d) Bis die Zuteilung der *Stammaktien* an den *Anwärter* für die unverfallbar gewordenen AA durch eine Aktienurkunde, durch einen entsprechenden Eintrag in den Büchern der *Gesellschaft*, durch einen ordnungsgemäß bevollmächtigten Übertragungsvertreter der *Gesellschaft* oder durch sonstige geeignete, von der *Gesellschaft* bestimmte Mittel nachgewiesen wurde, ist der *Anwärter* trotz Unverfallbarwerdens der AA nicht berechtigt, ein Stimmrecht auszuüben oder Dividenden oder sonstige Rechte als Aktionär hinsichtlich dieser *Stammaktien* zu erhalten. Die *Gesellschaft* hat für die rasche Zuteilung an den *Anwärter* bei Unverfallbarwerden der AA zu sorgen. Mit Ausnahme der Bestimmungen von Punkt 14 des *Programms* werden keine Anpassungen für eine Dividende oder ein sonstiges Recht vorgenommen, deren/dessen Stichtag vor dem Datum liegt, an dem der *Anwärter* als Eigentümer der *Stammaktien* eingetragen wird. (e) Durch Annahme der *Gewährung* von AA nach dieser Anwartschaftsvereinbarung verpflichtet sich der *Anwärter*, keine der aufgrund von unverfallbar gewordenen AA erworbenen *Stammaktien* zu einem Zeitpunkt zu verkaufen, zu dem anwendbare Gesetze oder Leitlinien der *Gesellschaft* einen derartigen Verkauf untersagen. Diese Einschränkung gilt, solange der *Anwärter* Mitarbeiter, Berater oder nicht geschäftsführendes Mitglied des Geschäftsführungsgremiums der *Gesellschaft* oder einer *Tochtergesellschaft* der *Gesellschaft* ist.

9. Nichtübertragbarkeit von AA. Das Recht des *Anwärters* an den nach dieser Anwartschaftsvereinbarung gewährten AA und Ansprüche darauf dürfen vor Zuteilung der *Stammaktien* für AA außer durch Verfügung von Todes wegen oder nach der gesetzlichen Erbfolge oder den gesetzlichen Regelungen über die Verteilung des Nachlasses nicht verkauft, verpfändet, abgetreten, belastet, übertragen oder auf sonstige Weise veräußert werden. AA dürfen keiner Exekution, Pfändung oder einem sonstigen Verfahren unterliegen.

10. Anerkennung der Art des *Programms* und der AA. Durch Annahme der Anwartschaft nimmt der *Anwärter* zur Kenntnis, dass

- (a) das *Programm* von der *Gesellschaft* freiwillig eingerichtet wurde, im Ermessen der *Gesellschaft* liegt und von der *Gesellschaft* jederzeit wie im *Programm* vorgesehen modifiziert, geändert, ausgesetzt oder beendet werden kann;
- (b) die *Gewährung* von AA freiwillig und unregelmäßig erfolgt und kein vertragliches oder sonstiges Recht auf die zukünftige *Gewährung* von AA oder Leistungen anstelle von AA entstehen lässt, auch wenn AA in der Vergangenheit wiederholt gewährt wurden;
- (c) alle Entscheidungen bezüglich etwaiger zukünftiger *Gewährungen* im alleinigen Ermessen der *Gesellschaft* liegen;
- (d) die Teilnahme des *Anwärters* am *Programm* freiwillig ist;
- (e) AA einen außerordentlichen Posten darstellen, der keine Vergütung welcher Art auch immer von gegenüber der *Gesellschaft* oder dem tatsächlichen Arbeitgeber des *Anwärters* erbrachten Leistungen welcher Art auch immer bedeutet, und AA außerhalb des Umfangs eines etwaigen Arbeitsvertrags des *Anwärters* liegen;
- (f) AA nicht zur normalen oder erwarteten, für welche Zwecke auch immer gewährten Vergütung oder zum Gehalt zählen, insbesondere nicht zur Berechnung von Abfindungen, Zahlungen bei Kündigung durch den Arbeitnehmer, Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder Freisetzung von Mitarbeitern, Abfertigungen, Boni, Prämien für langjährige Mitarbeit, Pensions- oder Ruhestandsleistungen oder sonstigen Zahlungen;
- (g) weder die *Gewährung* von AA noch eine Bestimmung dieser Anwartschaftsvereinbarung, des *Programms* oder der gemäß dem *Programm* erlassenen Leitlinien dem *Anwärter* ein Recht auf

Beschäftigung oder Fortsetzung des aktuellen Beschäftigungsverhältnisses geben, und, falls der *Anwärter* kein Mitarbeiter der *Gesellschaft* oder einer *Tochtergesellschaft* der *Gesellschaft* ist, AA nicht dahingehend ausgelegt werden dürfen, dass sie einen Arbeitsvertrag oder ein Verhältnis mit der *Gesellschaft* oder einer *Tochtergesellschaft* der *Gesellschaft* begründen;

(h) der zukünftige Wert der zugrunde liegenden *Stammaktien* nicht bekannt ist und nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden kann;

(i) der Wert der bei Unverfallbarwerden der AA erworbenen *Stammaktien* sich erhöhen oder vermindern kann, falls der *Anwärter* *Stammaktien* erhält;

(j) aus der Beendigung von AA kein Anspruch oder keine Berechtigung auf Entschädigung oder Schadenersatz erwächst und aus der Minderung des Werts von AA oder *Stammaktien*, die bei Unverfallbarwerden von AA erworben wurden, infolge der Beendigung des Arbeitsverhältnisses des *Anwärters* durch die *Gesellschaft* oder den tatsächlichen Arbeitgeber des *Anwärters* (aus welchem Grund auch immer, und unabhängig von einer Verletzung von lokalen arbeitsrechtlichen Normen) kein Anspruch oder keine Berechtigung auf Entschädigung oder Schadenersatz entsteht, wobei der *Anwärter* unwiderruflich gegenüber der *Gesellschaft* und dem tatsächlichen Arbeitgeber des *Anwärters* auf jegliche derartige Ansprüche, die entstehen können, verzichtet; falls ein zuständiges Gericht feststellt, dass unbeschadet des Vorgenannten ein derartiger Anspruch entstanden ist, wird davon ausgegangen, dass der *Anwärter* durch Unterzeichnung dieser Anwartschaftsvereinbarung unwiderruflich auf seine Berechtigung zur Geltendmachung dieses Anspruchs verzichtet hat; und

(k) unbeschadet gegenteiliger Bestimmungen und Bedingungen des *Programms* und in Übereinstimmung mit Punkt 4 oben endet ein etwaiges Recht des *Anwärters* auf Erhalt von AA und deren Unverfallbarkeit gemäß dem *Programm* bei unfreiwilliger Beendigung des Arbeitsverhältnisses des *Anwärters* (unabhängig davon, ob unter Verletzung lokaler arbeitsrechtlicher Normen oder nicht) mit Wirksamkeit zu dem Datum, zu dem der *Anwärter* nicht mehr aktiv beschäftigt ist, und wird nicht durch eine nach lokalem Recht vorgesehene Kündigungsfrist verlängert (z.B. umfasst aktive Beschäftigung keine Dienstfreistellung oder einen ähnlichen Zeitraum nach lokalem Recht); weiters wird bei unfreiwilliger Beendigung des Arbeitsverhältnisses (unabhängig davon, ob unter Verletzung lokaler arbeitsrechtlicher Normen oder nicht) das Recht des *Anwärters* auf Erhalt von *Stammaktien* gemäß den AA nach einer etwaigen Beendigung des Arbeitsverhältnisses nach dem Datum der Beendigung der aktiven Beschäftigung des *Anwärters* bewertet und nicht durch eine nach lokalem Recht vorgesehene Kündigungsfrist verlängert; es liegt im alleinigen Ermessen des Ausschusses zu entscheiden, wann der *Anwärter* im Sinne der Gewährung von AA nicht mehr aktiv beschäftigt ist.

11. *Datenschutzhinweis und Zustimmung.* *Der Anwärter stimmt hiermit ausdrücklich und eindeutig der Sammlung, Verwendung und Übertragung seiner persönlichen, in dieser Anwartschaftsvereinbarung angeführten Daten in elektronischer oder sonstiger Form durch seinen Arbeitgeber, die Gesellschaft, ihre Tochtergesellschaften und ihre verbundenen Unternehmen bzw. zwischen diesen untereinander zum ausschließlichen Zweck der Umsetzung, Administrierung und Verwaltung der Teilnahme des Anwärters am Programm zu.*

Der Anwärter nimmt zur Kenntnis, dass die Gesellschaft und der Arbeitgeber des Anwärters berechtigt sind, bestimmte persönliche Informationen über den Anwärter, insbesondere seinen Namen, seine Anschrift und Telefonnummer, sein Geburtsdatum, seine Sozialversicherungsnummer und sonstige Identifikationsnummer, sein Gehalt, seine Staatsbürgerschaft, seine Stellenbezeichnung, seine Aktien an der Gesellschaft oder Mitgliedschaften im Geschäftsführungsgremium der Gesellschaft und Angaben zu allen AA oder sonstigen Berechtigungen bezüglich Stammaktien, die gewährt wurden, aberkannt wurden, unverfallbar geworden sind oder noch nicht unverfallbar sind oder die zugunsten des Anwärters noch ausstehen, zum Zweck der Umsetzung, Administrierung und Verwaltung der Teilnahme des Anwärters am Programm aufzubewahren („Daten“). Der Anwärter nimmt zur Kenntnis, dass Daten an Dritte übertragen werden dürfen, die an der Umsetzung, Administrierung und Verwaltung des Programms mitwirken, und dass diese Empfänger im Land des Anwärters oder an einem anderen Ort ansässig sein können sowie dass im Land des Empfängers abweichende Datenschutzgesetze und -vorschriften gelten können als im Land des Anwärters. Der Anwärter nimmt zur Kenntnis, dass er eine Liste mit den Namen und Adressen aller möglicher Empfänger der Daten anfordern kann, indem er sich an den Vertreter der Personalabteilung an seinem Arbeitsplatz wendet. Der Anwärter ermächtigt die Empfänger zum Erhalt, zum Besitz, zur Verwendung, zur Aufbewahrung und zur Übertragung der Daten in elektronischer oder sonstiger Form zum Zweck der Umsetzung, Administrierung und Verwaltung seiner Teilnahme am Programm, einschließlich der möglicherweise erforderlichen Übertragung der Daten an einen Makler, Treuhänder oder Dritten, bei dem die bei Unverfallbarwerden der AA erhaltenen Stammaktien hinterlegt werden können. Der Anwärter nimmt zur Kenntnis, dass die Daten so lange aufbewahrt werden können, wie dies zur Umsetzung, Administrierung und Verwaltung seiner Teilnahme am Programm erforderlich ist. Der Anwärter nimmt zur Kenntnis, dass er jederzeit

kostenlos in die Daten Einsicht nehmen kann, zusätzliche Informationen über die Aufbewahrung und Verarbeitung der Daten anfordern kann, erforderliche Änderungen an den Daten verlangen kann oder seine hierin gegebenen Zustimmungen verweigern oder widerrufen kann, indem er sich schriftlich an den Vertreter der Personalabteilung an seinem Arbeitsplatz wendet. Der Anwärter nimmt zur Kenntnis, dass die Verweigerung oder der Widerruf einer Zustimmung Auswirkungen auf die Möglichkeit seiner Teilnahme am Programm haben kann. Der Anwärter nimmt zur Kenntnis, dass er sich für weitere Informationen über die Folgen seiner Verweigerung oder seines Widerrufs der Zustimmung an den Vertreter der Personalabteilung an seinem Arbeitsplatz wenden kann.

12. Administration. Die Befugnis, die Durchführung und Administrierung dieser Anwartschaftsvereinbarung zu leiten und zu regeln, liegt beim *Ausschuss* (wie in Punkt 2(f) des *Programms* definiert), wobei der *Ausschuss* über alle Befugnisse und alles Ermessen hinsichtlich dieser Anwartschaftsvereinbarung verfügt, über die er hinsichtlich des *Programms* verfügt. Die Auslegung der Anwartschaftsvereinbarung durch den *Ausschuss* und vom *Ausschuss* hinsichtlich der Anwartschaftsvereinbarung getroffene Entscheidungen sind endgültig und für alle Parteien verbindlich.

13. Geltungsbereich des Programms. Unbeschadet gegenteiliger Bestimmungen in dieser Anwartschaftsvereinbarung unterliegen die Bestimmungen dieser Anwartschaftsvereinbarung den Bestimmungen des *Programms*, wobei alle vom *Ausschuss* gemäß dem *Programm* jeweils festgelegten Auslegungen, Änderungen, Regeln und Vorschriften auch für diese Anwartschaftsvereinbarung gelten.

14. Mitteilungen. Alle in dieser Anwartschaftsvereinbarung vorgesehenen schriftlichen Mitteilungen, die per Post gesendet werden, gelten drei Geschäftstage nach ihrer Absendung, spätestens jedoch am Tag des tatsächlichen Erhalts, als zugegangen. Mitteilungen an den *Anwärter* sind an die in den Aufzeichnungen der *Gesellschaft* aufscheinende Adresse des *Anwärters*, Mitteilungen an die *Gesellschaft* an den Sitz der Hauptverwaltung zu richten.

15. Sprache. Hat der *Anwärter* diese Anwartschaftsvereinbarung oder ein sonstiges Dokument in Bezug auf das *Programm* als Übersetzung in eine andere Sprache als Englisch erhalten und weicht die übersetzte Version von der englischen Version ab, ist die englische Version maßgeblich.

16. Elektronische Übermittlung. Die *Gesellschaft* kann in ihrem alleinigen Ermessen beschließen, alle Dokumente im Zusammenhang mit den gemäß dem *Programm* gewährten AA oder mit zukünftigen AA, die gemäß dem *Programm* gewährt werden können, auf elektronischem Weg zu senden oder die Zustimmung des *Anwärters* zur Teilnahme am *Programm* auf elektronischem Weg einholen. Der *Anwärter* stimmt hiermit dem Erhalt dieser Dokumente auf elektronischem Weg zu und erklärt sich damit einverstanden, am *Programm* durch ein Online- oder elektronisches System, das von der *Gesellschaft* oder einem von der *Gesellschaft* benannten Dritten errichtet wurde und unterhalten wird, teilzunehmen.

17. Beilage A. Unbeschadet gegenteiliger Bestimmungen in dieser Anwartschaftsvereinbarung unterliegen die AA etwaigen besonderen, in Beilage A angeführten Bestimmungen und Bedingungen.

18. Anerkennung. Mit der unten nachgewiesenen Annahme durch den *Anwärter* anerkennt der *Anwärter*, dass er alle Bestimmungen, Bedingungen und Beschränkungen dieser Anwartschaftsvereinbarung, des *Programms* und der aktuellen, in Punkt 2(b) dieser Anwartschaftsvereinbarung genannten Leitlinien gelesen, verstanden und akzeptiert hat. Der *Anwärter* nimmt zur Kenntnis und erklärt sich damit einverstanden, dass diese Anwartschaftsvereinbarung allen in dieser Anwartschaftsvereinbarung und in den sonstigen im vorigen Satz angeführten Dokumenten genannten Bestimmungen, Bedingungen und Beschränkungen unterliegt, wobei letztere jeweils im alleinigen Ermessen der *Gesellschaft* geändert werden können.

19. Genehmigung durch das Geschäftsführungsgremium. Diese AA wurden gemäß dem *Programm* gewährt, wobei diese *Gewährung* von AA dementsprechend der Genehmigung durch einen dazu ermächtigten Ausschuss des Geschäftsführungsgremiums unterliegt. Falls diese *Gewährung* von AA noch nicht genehmigt wurde, verpflichtet sich die *Gesellschaft*, diese *Gewährung* sobald wie tunlich zur Genehmigung vorzulegen. Wird eine derartige Genehmigung nicht eingeholt, ist diese *Gewährung* null und nichtig.

20. Anwendbares Recht. Diese Anwartschaftsvereinbarung unterliegt dem Recht des Bundesstaats Washington, U.S.A., ungeachtet von Gesetzen des Bundesstaats Washington, die nach den anwendbaren Kollisionsnormen die Anwendbarkeit eines anderen Rechts begründen würden. Für die Austragung von Streitigkeiten aus dieser *Gewährung* von AA oder dieser Anwartschaftsvereinbarung unterwerfen sich die Parteien hiermit der Zuständigkeit des Bundesstaats Washington, stimmen dieser zu und verpflichten sich dazu, derartige Streitigkeiten vor keine anderen Gerichte als die Gerichte im Verwaltungsbezirk King,

Washington, oder die Bundesgerichte für die Vereinigten Staaten für den westlichen Sprengel von Washington zu bringen, wo diese *Gewährung* von AA vorgenommen wird bzw. durchzuführen ist.

21. Salvatorische Klausel. Falls eine oder mehrere Bestimmungen dieser Anwartschaftsvereinbarung in jeglicher Hinsicht für ungültig, rechtswidrig oder undurchsetzbar erachtet wird/werden, wird die Gültigkeit, Rechtmäßigkeit und Durchsetzbarkeit der übrigen Bestimmungen dadurch in keiner Weise berührt oder beeinträchtigt, wobei die ungültigen, rechtswidrigen oder undurchsetzbaren Bestimmungen als null und nichtig gelten; soweit dies gesetzlich zulässig ist, werden jedoch Bestimmungen, die als null und nichtig gelten könnten, zuerst rückwirkend ausgelegt, interpretiert oder überarbeitet, damit diese Anwartschaftsvereinbarung so ausgelegt werden kann, dass dadurch der Zweck dieser Anwartschaftsvereinbarung und des *Programms* zur Geltung gebracht wird.

22. Vollständige Anwartschaftsvereinbarung und Änderungen. Diese Anwartschaftsvereinbarung (einschließlich besonderer in Beilage A genannter Bedingungen und Bestimmungen), die Bestätigung des Erhalts von *Aktienanwartschaften* (falls zutreffend) und das *Programm* stellen die gesamte Vereinbarung zwischen dem *Anwärter* und der *Gesellschaft* hinsichtlich von AA dar. Vorherige Vereinbarungen, Verpflichtungserklärungen oder Verhandlungen bezüglich dieser AA werden dadurch außer Kraft gesetzt. Diese Anwartschaftsvereinbarung kann nur durch schriftliche Vereinbarung zwischen dem *Anwärter* und der *Gesellschaft*, ohne Zustimmung einer anderen Person, geändert werden. Der *Anwärter* verpflichtet sich, sich nicht auf mündliche Informationen bezüglich dieser *Gewährung* von AA oder auf schriftliche Unterlagen, die nicht in diesem Punkt 22 genannt sind, zu stützen.

UNTERZEICHNET am/im oben genannten Tag und Jahr.

Vice President², Personalabteilung

ANNAHMEERKLÄRUNG DES ANWÄRTERS:

Ich habe diese Anwartschaftsvereinbarung gelesen und zur Gänze verstanden, und wie in Punkt 18 oben festgelegt akzeptiere ich alle in dieser Anwartschaftsvereinbarung und in sonstigen darin genannten Dokumenten enthaltenen Bestimmungen, Bedingungen und Beschränkungen und erkläre mich damit einverstanden, daran gebunden zu sein. Ich möchte meine Annahme der *Gewährung* und dieser Anwartschaftsvereinbarung durch Eingabe meines Namens in das Feld zur Annahme durch den *Anwärter* wie in „Schritt 2“ der Checkliste für die Annahme einer *Gewährung* angeführt erklären und möchte weiters, dass die Eingabe meines Namens in jeder Hinsicht dieselbe Kraft und Wirkung wie eine handschriftliche Unterschrift haben soll.

Abstracts - Deutsch und Englisch

Abstract (Deutsch)

Um als professionelle/r Übersetzer bzw. Übersetzerin tätig sein zu können, sind eine Vielzahl unterschiedlicher Kompetenzen, die weit über sprachliches Wissen hinausgehen, nötig. Im Rahmen der Fachübersetzung stellt TranslatorInnen besonders das Übersetzen von Rechtstexten immer wieder vor Herausforderungen, da sie mit dem Problem verschiedener Rechtssysteme konfrontiert werden und in vielen Fällen Rechtskonzepte übersetzt werden müssen, die im Zielsystem nicht existieren.

Das erste Kapitel dieser Arbeit befasst sich mit der Komplexität des Begriffs „Translationsexpertise“. Die translatorische Kompetenz setzt sich aus verschiedenen Teilkompetenzen zusammen, zu denen fachliches, kulturelles und sprachliches Wissen zählt, sowie Kompetenz im Umgang mit translatorischen Hilfsmitteln und Recherchekompetenz. Darüber hinaus werden noch weitere Faktoren, wie theoretisches und praktisches Wissen, die Einfluss auf die translatorische Kompetenz haben, behandelt.

Das darauffolgende Kapitel befasst sich mit der Translationsprozessforschung. Die Ergebnisse der angeführten Studien lassen Schlüsse auf die mentalen Denkprozesse von TranslatorInnen zu. Die Studien zeigen Unterschiede zwischen professionellen ÜbersetzerInnen und NovizInnen und liefern mögliche Gründe dafür, warum RechtsexpertInnen beim Übersetzen von juristischen Fachtexten anders vorgehen als ÜbersetzungsexpertInnen.

Das dritte Kapitel dient der Darstellung der Komplexität von Rechtssprache und Rechtstexten sowie Problemstellen die sich bei der Übersetzung von Rechtstexten ergeben können. Des Weiteren wird eine Reihe an möglichen Übersetzungsstrategien und –methoden angeführt.

Im vierten und letzten Kapitel der Arbeit werden ein angloamerikanischer Vertrag sowie seine deutsche Übersetzung analysiert, die von einer professionellen Übersetzerin mit Spezialisierung auf Rechtstexte bereitgestellt wurden. Die Analyse des Ausgangsmaterials liefert Informationen über das Wesen juristischer Fachtexte und übersetzungsrelevante Informationen. Die Untersuchung des Zieltextes verdeutlicht diverse Problemstellen, auf die die Übersetzerin während des Übersetzungsprozesses gestoßen ist und zeigt die angewandten Übersetzungsstrategien und Methoden auf.

Abstract (Englisch)

In order to become a professional and competent translator, it is necessary to acquire a multitude of various skills that go far beyond linguistic competence. Regarding technical translation, legal translation in particular tends to present a great challenge for translators, as they have to deal with different legal systems and are frequently confronted with legal concepts that do not exist in the legal system of the target language.

The first chapter of this thesis describes the complexity of the term translation expertise. Translation competence consists of different sub-competencies, which include technical, cultural and language skills regarding the source as well as the target language, know-how about different translation tools and research competence. Additionally, other factors that have an impact on translators' competence, such as the importance of theoretical and practical knowledge are being discussed.

The following chapter deals with translation process research. The studies mentioned include results that give an insight in the mental thought processes of translators. These studies present differences in approach between professional translators and novices as well as reasons why legal experts might follow a different approach than translation experts.

The third chapter shows the complexity of legal language and legal texts as well as difficulties that may occur in connection with the translation of legal texts. Moreover, a variety of possible translation strategies and methods are being discussed.

The fourth and final chapter consists of the analysis of an Anglo-American contract as well as its German translation, which have been provided by a professional translator, who specialises in legal texts. While the analysis of the source text offers information about the nature of legal texts as well as information, particularly relevant for its translation, the examination of the target text reveals specific sources of difficulties encountered during the translation process and the translation strategies and methods chosen by the translator.

LEBENS LAUF

Angaben zur Person

Name	Jacqueline Weiß, BA
E-Mail	jacqueline.weisz@gmx.at
Geburtsdatum	10. 01. 1987

Berufserfahrung

seit Feb. 2010	Freiberuflich tätige Lehrerin für Helen Doron Early English Learning Centre Tullnerfeld, Hasenstraße 4, 3430 Tulln
----------------	--

Saison 2009	Kundenbetreuung und Sicherheitseinweisung bei Weinviertel Draisine
Saison 2008	Juhász & Markgraf Verkehrsconsulting OEG
Saison 2007	Kranzgasse 11/10, 1150 Wien

28. Juli – 30. Sept. 2008	Praktikum (Rezeption und Marketing) bei
01. Juli – 30. Sept. 2007	VELUX Österreich GmbH
01. Juli – 31. Juli 2005	Veluxstraße 3, 2120 Wolkersdorf
01. Juli – 13. Aug. 2004	

Derzeitige Ausbildung

seit Okt. 2010	MA-Studium Deutsch als Fremd- und Zweitsprache Universität Wien, Institut für Germanistik Universitätsring 1, 1010 Wien
----------------	---

seit Okt. 2009	MA-Studium Fachübersetzen Universität Wien, Zentrum für Translationswissenschaft Gymnasiumstraße 50, 1190 Wien
----------------	--

Ausbildung/Studium

Okt. 2006 – Okt. 2009	BA-Studium Transkulturelle Kommunikation Universität Wien Zentrum für Translationswissenschaft Gymnasiumstraße 50, 1190 Wien
Sept. 2001 – Juni 2006	Bundeshandelsakademie Mistelbach Zweig: International Business (fremdsprachenorientiert) Brennerweg 8, 2130 Mistelbach

Sept. 1997 – Juni 2001	Weinviertler Erlebnishauptschule 2151 Asparn an der Zaya 330
Sept. 1993 – Juni 1997	Volksschule Asparn an der Zaya Schulgasse 338, 2151 Asparn an der Zaya

Auslandsaufenthalte

30. Juni – 30. Aug. 2009	ESL-Kurs, Rice University, Houston Texas 6100 Main Street, Houston, TX 77005-1827, USA
23. Sept. – 01. Okt. 2004	Mini stage Linguistique - École Supérieure PIERRE OVERALL 33, Chemin des Fades, 06110 Le Cannet, France
14. Sept. – 28. Sept. 2003	Sprachaufenthalt 4 & 5 St. Alkmund's Place, Shrewsbury SY1 1UJ, Great Britain
21. Sept. – 28. Sept. 2003	Kurzpraktikum bei Powney's Bookshop 4 & 5 St. Alkmund's Place, Shrewsbury SY1 1UJ, Great Britain

Sprachkenntnisse und Fortbildung

A-Sprache	Deutsch
B-Sprache	Englisch
C-Sprache	Französisch
Weitere Sprachkenntnisse	Kleines Latinum, Spanisch (A1)
Mitgliedschaften	Jungmitglied des Berufsverbandes für Übersetzen und Dolmetschen UNIVERSITAS Austria
11. Mai – 12. Mai 2012	UNIVERSITAS Fortbildungsseminar zu UGB und IFRS Vortragende: Robin Bonthron und MMag. Ines Hofmann
28. April 2012	UNIVERSITAS Fortbildungsseminar: Rechtssprachenproblematik bei internationalen Verträgen in Theorie und Praxis Vortragender: MMag. Franz Heidinger, LL.M

Weitere Kompetenzen

EDV-Kenntnisse	Windows, MS-Office, Outlook 2007, Trados (Grundkenntnisse), SAP (Grundkenntnisse)
Führerschein	Klasse B